

I Deutsche Architektur

Berlin
Januar
1965

Über den Aufbau des Stadtzentrums von Dresden • Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970

2142 E

Deutsche Architektur

erscheint monatlich

Inlandheftpreis 5,- MDN

Bestellungen nehmen entgegen:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

• Sowjetunion

Alle Postämter und Postkontore

sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

• Volksrepublik China

Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

• Tschechoslowakische Sozialistische Republik

Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 –
Bratislava, Leningradska ul. 14

• Volksrepublik Polen

P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

• Ungarische Volksrepublik

Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

• Rumänische Volksrepublik

Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

• Volksrepublik Bulgarien

Direktion R. E. P., Sofia 11 a, Rue Paris

• Volksrepublik Albanien

Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

• Österreich

GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

• Für alle anderen Länder:

Der örtliche Buchhandel

und der VEB Verlag für Bauwesen,

Berlin W 8, Französische Straße 13–14

Für Westdeutschland und Westberlin:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Die Auslieferung

erfolgt über HELIOS Literatur-Vertriebs-GmbH,

Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167

Vertriebs-Kennzeichen: A 2142 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin W 8,
Französische Straße 13–14

Verlagsleiter: Georg Waterstradt

Telefon: 22 02 31

Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin

Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin

(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „Deutsche Architektur“, Berlin W 8,
Französische Straße 13–14

Telefon: 22 02 31

Lizenznummer: 1145 des Presseamtes

beim Vorsitzenden des Ministerrats

der Deutschen Demokratischen Republik

Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 1395/64

Satz und Druck

Märkische Volksstimme, Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16/01)



Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung,

Berlin C 2, Rosenthaler Straße 28–31,

und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen in den
Bezirken der DDR

Gültige Preisliste Nr. 2

Aus dem vorigen Heft:

Haus des Lehrers in Berlin

Der Alexanderplatz in Berlin

Hochhäuser und Citygedanke in Deutschland

Im nächsten Heft:

Zur 4. Baukonferenz

Bauten der Deutschen Post

Oscar Niemeyer – Baumeister und Mensch

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 7. November 1964

Illusdruckteil: 16. November 1964

Titelbild:

Giebel des Kinderkaufhauses in der Webergasse, Dresden

Foto: Dirk Radig, Dresden

Fotonachweis:

Rat der Stadt Dresden, Chefarchitekt, Bildstelle (18); VEB Dresden-Projekt (10);
D. Radig, Dresden (13); Horst Wache, Dresden (2); Herbert Fiebig, Berlin-Jo-
hannisthal (2); Deutsche Bauinformation bei der Deutschen Bauakademie (1);
VEB Hochbauprojektierung Erfurt (1); VEB (K) Dienstleistungskombinat Erfurt,
Abt. Foto (2); Werner Steinmann, Nordhausen (1); Fritz Helmholz, Nordhausen
(2); Ewald Henn, Erfurt (1)

1 Deutsche Architektur

XIV. Jahrgang
Berlin
Januar 1965

■ 4	Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (Entwurf)	Deutsche Bauakademie
■ 8	Über den Aufbau des Stadtzentrums von Dresden	
9	Die Planung des Gebietes Prager Straße in Dresden	Peter Sniegon
14	Wettbewerb Postplatz Dresden	
14	■ Der Postplatz – ein städtebaulicher Akzent beim Aufbau des Stadtzentrums von Dresden	Kurt W. Leucht
16	■ Die fünf prämierten Entwürfe	red.
22	■ Die nichtprämierten Entwürfe	red.
24	Einkaufszentrum Webergasse in Dresden	red.
33	Perspektivplanung Zentraler Park Dresden	Werner Bauch, Harald Linke, Wolfgang Henke, Johannes Bauch Gerhard Kosel
■ 36	Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970	
■ 40	Wohngebiet und Landschaft	
40	Die Randbebauung neuer Wohngebiete	Siegfried Klügel
44	Die Randbebauung des Wohnkomplexes VI in Schwedt (Oder) entlang der Fernverkehrsstraße 166	Günter Andres
■ 46	Planung und Entwicklung von Wohngebieten in der Stadt Erfurt	Walter Nitsch, Ewald Henn
■ 53	Entwicklung und Planung der Stadt Nordhausen	
53	Zur bisherigen baulichen Entwicklung der Stadt Nordhausen	Adolf Weißbarth
54	Planung und Bebauung des Stadtzentrums von Nordhausen	Ewald Henn
■ 57	Vielgeschossiger Wohnungsbau	
57	Wirtschaftlichkeit, Qualität und Baukastensystem im vielgeschossigen Wohnungsbau	Siegfried Kress
58	Vorschlag zur Grundrißentwicklung im Baukastensystem	Eberhard Mueller
61	Fünf Jahre VEB Verlag für Bauwesen	red.
■ 61	Informationen	
63	Aus Leserbriefen	red.
63	An unsere Leser	red.

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Eckhard Feige, Redakteure
Herbert Hölz, Typograph

Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Helmut Achenbach, Dipl.-Ing. Ekkehard Böttcher, Professor Edmund Collein,
Dipl.-Ing. Hans Gericke, Professor Hermann Henselmann, Professor Walter Howard,
Dipl.-Ing. Eberhard Just, Dipl.-Ing. Hermann Kant, Dipl.-Ing. Gerhard Kröber,
Dipl.-Ing. Joachim Näther, Oberingenieur Günter Peters, Dr.-Ing. Christian Schädlich,
Professor Dr. E. h. Hans Schmidt, Architekt Kurt Tauscher,
Dipl.-Ing. Lothar Trautmann, Professor Dr.-Ing. habil. Helmut Trautzettel

Mitarbeiter im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag),
D. G. Chodschajewa (Moskau), Jan Tetzlaff (Warschau)

■ Über den Aufbau des Stadtzentrums von Dresden

Die in den letzten Jahren im Stadtkern von Dresden fertiggestellten Bauten, insbesondere die städtebaulichen Ensembles um den Altmarkt einschließlich des Einkaufszentrums Webergasse, sowie die Rekonstruktion historischer Bauten, an erster Stelle des Zwingers, waren ein wichtiger Abschnitt beim Aufbau des Stadtzentrums. In der nächsten Etappe werden die Bauten an der Ernst-Thälmann-Straße vollendet und der Aufbau des Gebiets Prager Straße in Angriff genommen.

Sniegion, Peter

Die Planung des Gebietes Prager Straße in Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, S. 9 bis 13, 6 Abb., 1 Lageplan, 3 Schemata

Ursprünglich als reines Einkaufs- und Kulturzentrum vorgesehen mit überwiegend ein-, zwei- oder dreigeschossiger Bebauung und lediglich zwei Hotels als Höhendominante, weist die jetzt für die Bebauung des Gebietes Prager Straße vorgesehene Konzeption Hochhäuser mit insgesamt 1500 Wohnungen sowie drei Hochhäuser für Hotels mit insgesamt 2300 Betten aus. Außerdem sind Läden, Gaststätten, ein Warenhaus als Kompaktkbau und ein Filmtheater mit 1000 Plätzen vorgesehen. Die neue Konzeption geht davon aus, im Bebauungsgebiet viele Funktionen zu vereinen, da nur so die Einheit aller Bereiche hergestellt, ein möglichst großer Anspruch befriedigt und somit eine differenzierte städtebauliche Gestaltung erreicht werden kann.

Leucht, Kurt W.

Der Postplatz — ein städtebaulicher Akzent beim Aufbau des Stadtzentrums von Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, S. 14 bis 15

Der Postplatz war bereits vor der furchtbaren Zerstörung Dresdens der Platz, der das Zentrum der Stadt eröffnete, und Knotenpunkt vieler Verkehrs-linien des Nahverkehrs. Beim Neuaufbau des Stadtzentrums ist dem Postplatz eine noch größere Bedeutung im Kranz der städtebaulichen Ensembles der Komposition der Gesamtstadt viele räumliche und funktionelle Beziehungen auf. Heute ist der Platz zum größten Straßenbahnsteigepunkt Dresdens geworden, außerdem ist er Bindeglied im Grünsystem der Stadt. Beim Neuaufbau des Postplatzes geht es darum, auf der Grundlage des Perspektivplanes der Volkswirtschaft mit dem höchsten Nutzeffekt ein abgerundetes, voll nutzbares städtebauliches Ensemble zu schaffen, das zur Vervollkommen des Stadtzentrums von Dresden beiträgt.

red.

Die prämierten und nichtprämierten Entwürfe des Wettbewerbes Postplatz Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, S. 16 bis 23, 16 Abb., 6 Lagepläne, 4 Grundrisse

In der Wettbewerbsausschreibung wurden der Entwurf eines Postgebäudes und eines Hauses der Banken für drei Bankinstitutionen nach vorgegebenem Raumprogramm sowie die städtebauliche Einordnung dieser beiden Gebäude an der Westseite des Postplatzes verlangt. Eingereicht wurden insgesamt zehn Arbeiten, von denen fünf prämiert wurden.

red.

Einkaufszentrum Webergasse Dresden

Deutsche Architektur 14 (1965) 1, S. 24 bis 32, 24 Abb., 1 Lageplan, 1 Grundriß

Das in sich abgeschlossene Einkaufs- und Dienstleistungszentrum enthält ein viergeschossiges Kaufhaus für Kinderkonfektion, Läden und Dienstleistungseinrichtungen sowie eine Gaststätte und bildet gegenüber den großen Freiräumen des Altmarktes und der Wallstraße einen intimen Fußgängerbereich, in denen der Passant ungestört einkaufen und verweilen kann.

Bauch, Werner; Linke, Harald; Henke, Wolfgang; Bauch, Johannes

Perspektivplanung Zentraler Park Dresden

Deutsche Architektur, Berlin (14) 1, S. 33 bis 35, 5 Lagepläne, 4 Grundrisse, 3 Ansichten, 1 Schnitt

Der historische „Große Garten“ soll entsprechend seiner veränderten Funktion zu einem Volkspark ausgebaut werden. Die Verfasser untersuchten zunächst, wie der Park beansprucht wird und welche Erfordernisse bei Volksfesten auftreten. In der Planung wird vorgeschlagen, den Park in eine Lärmzone und einen lärmarmen Bereich zu gliedern und ihnen die entsprechenden Funktionen und Bauten zuzuordnen. Außerdem wird dargelegt, wie der Park in das Gesamtgrün der Stadt einbezogen werden kann.

Kosel, Gerhard

Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, S. 36 bis 39

Im Zeitraum des Perspektivplanes bis 1970 stehen vor den Städtebauern und Architekten folgende Hauptaufgaben: Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen bei den Bauten für die Industrie und die Landwirtschaft auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Höchststandes; Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung im komplexen Wohnungsbau; Aufbau der Stadtzentren. Zur Erfüllung dieser wichtigsten Aufgaben kommt es darauf an, auch im Städtebau das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft durchzusetzen.

Klügel, Siegfried

Die Randbebauung neuer Wohngebiete

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, S. 40 bis 43, 15 Bebauungspläne, 10 Perspektiven

Die Randbebauung neuer erbauter Wohngebiete wird in fast allen Fällen durch viele kurze Baukörper von gleicher Höhe und Fassade gebildet. Dadurch entstehen viele Einblinksmöglichkeiten in untergeordnete Räume, Überschneidungen im Erscheinungsbild und Unübersichtlichkeit. Verschiedentlich wurde versucht, diesem Fehler durch eine übermäßige Spreizung des Raumes und hohe Bebauung zu begegnen. Das führte jedoch, wenn man von der unwirtschaftlichen Nutzung von Bauland absieht, zu Maßstäbfehlern, durch die der räumliche Zusammenhang verlorengeht. Vorgeschlagen wird, die Randbebauung neuer Wohngebiete durch lange Wohnblocks klar zu fassen. Dadurch entstehen nur wenige, aber funktionell und kompositorisch wichtige Öffnungen in der Bebauung, und das Wohngebiet wird eindeutig gegliedert und übersichtbar.

8 ■ О восстановительном строительстве городского центра города Дрездена

Основным разделом восстановительных строительных работ центра города Дрездена за последние годы были градостроительный ансамбль в районе старого рынка, так называемого «Альтмаркта», включая торговый центр на улице Вебергассе, а также работы по реконструкции исторических памятников, в первую очередь дворца Цвингер. Последующим этапом восстановительного строительства были здания и сооружения в районе улицы Прагер Штрассе и в районе улицы Эрнст-Тельман-Штрассе.

9 Снитгон, Петр

Планирование строительных работ в районе улицы Прагер Штрассе в городе Дрездене

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 14 (1965 г.) 1, стр. 9 до 13, 6 рис., 1 план расположения, 3 схемы

Предусмотренная в свое время исключительно в качестве торгового и культурного центра область улицы Прагер Штрассе, включающая преимущественно одноэтажные, двухэтажные и трехэтажные строения и всего лишь две гостиницы, в качестве многоэтажных зданий, концепция настоящего времени охватывает многоэтажные здания, включающие общей сложностью 1500 квартир, а также три многоэтажных здания, предназначенные для гостиниц, имеющих общей сложностью 2300 коек. Кроме того, предусмотрены торговые точки, магазины, рестораны, один универсам, в качестве компактного строения и кинотеатр на 1000 мест.

14 Лейхт, Курт В.

Почтовая площадь — градостроительный акцент при восстановительном строительстве центра города Дрездена

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 14 (1965 г.) 1, стр. 14 до 15

Почтовая площадь, еще до ужасного разрушения города Дрездена, уже представляла собой начало центра города и являлась железнодорожным узлом ближнего сообщения. В рамках восстановительного строительства центра города, почтовой площади уделяется еще большее значение среди градостроительного ансамбля городского центра. В объемном и функциональном отношении градостроительной концепции всего города почтовая площадь занимает также не последнее место. Сегодня, эта площадь является крупнейшим узлом уличного движения города Дрездена, а также центром зеленых насаждений города.

16 От редакции

Премиированные и непремированные эскизы для конкурса «Почтовая площадь в Дрездене»

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 14 (1965 г.) 1, стр. 16 до 23, 16 рис., 6 планов расположения, 4 горизонтальные проекции

Требования конкурса сводились к тому, чтобы получить эскиз для строительства здания почты и банка, для трех банковских учреждений, соответственно данной объемной программе, а также градостроительное расположение этих обоих зданий в западной части почтовой площади. Общей сложностью было получено десять эскизов, из которых пять получили премию.

24 От редакции

Торговый центр Вебергассе в городе Дрездене

Журнал «Дейче Архитектур» 14 (1965 г.) 1, стр. 24 до 32; 24 рис., 1 план расположения, 1 горизонтальная проекция

Завершенный центр торговли и обслуживания населения охватывает четырехэтажный универсам для детской готовой одежды, магазины и учреждения для обслуживания населения, а также ресторан. Все эти строения образуют по отношению к большому свободным пространствам старого рынка и улицы Вальштрассе интимную область пешеходов, где они спокойно и удобно могут осуществлять свои закупки.

33 Баух, Вернер; Линке, Гаральт; Хенке, Вольфганг;

Баух Иоганнес

Перспективное планирование Центрального парка в городе Дрездене

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин (14) 1, стр. 33 до 35; 5 планов расположения, 4 горизонтальных проекции, 3 вида, 1 чертёж в разрезе

Исторический «Большой парк», соответственно измененным функциям должен быть превращен в Народный парк. В первую очередь авторы исследовали посещаемость парка и какие требования встают при проведении мероприятий народных праздников. Планом предусматривается разделить парк на две зоны: шумовую и малозумную. Соответственно этому разделению каждая зона получит соответствующие функции и надлежащие строения.

36 Козел, Герхард

Градостроение и архитектура в период перспективного плана до 1975 года

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 14 (1965 г.) 1, стр. 36 до 39

В период перспективного плана до 1970 года перед градостроителями и архитекторами стоят следующие основные задачи: повышение коэффициента полезного действия капиталовложений в области строений для промышленности и сельского хозяйства на основе научно-технического высшего уровня; повышение жизненного уровня населения в комплексном жилищном строительстве; восстановительное строительство городских центров. Для выполнения этих важных задач необходимо провести также и в градостроительстве внедрение новой экономической системы планирования и руководства народным хозяйством.

40 Ключель, Зигфрид

Застройка окраин новых жилых районов

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 14 (1965 г.) 1, стр. 40 до 43; 15 планов застройки, 10 перспектив

Застройка окраин нововыстроенных жилых районов почти во всех случаях осуществляется при помощи множества коротких строительных элементов одинаковой высоты с однородным фасадом. Таким образом создается множество возможностей ознакомления с помещениями второстепенной важности, пересечение в области действительного вида и невидимости. Уже неоднократно учреждались попытки устранить путем чрезмерного расширения помещений, а также посерством формы высотного строительства. Это привело, однако к масштабным недостаткам, невзирая уже на неэкономичное использование строительной площади, из-за чего была потеряна объемная связность. Поэтому предлагается проводить застройку окраин новых жилых районов длинными жилыми блоками.

■ Reconstruction of the centre of Dresden

The completion of numerous buildings in the city of Dresden, during the past years must be considered an important phase as far as the centre's reconstruction is concerned. That falls true particularly for the town planning compositions around the Old Market which include also the Webergasse shopping centre as well as for a number of historical buildings such as the famous Zwinger. The next stage will be marked by the completion of the Ernst Thälmann Straße houses as well as by the initiation of works in the Prager Straße area.

Sniegion, Peter

Planning of the Prager Straße area at Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 9-13, 6 fig., 1 lay-out plan, 3 diagrams

The construction concept of the Prager Straße area which had originally been confined to a centre of shopping and cultural activities with the majority of houses being single, two, or three-storey designs and only two hotels as multi-storey foci has now been changed to include multi-storey houses for a total of 1,500 flats as well as three multi-storey buildings as hotels for a total of 2,300 beds. There will, furthermore, be shops, restaurants, a department store designed as a monoblock structure, as well as a cinema with 1,000 seats. The new concept is intended to get many functions united in the site area, since that would be the only way to establish a unity of all spheres for an optimum satisfaction of demands and a differentiated town planning.

Leucht, Kurt W.

Postplatz, a heading of town planning in the reconstruction of the centre of Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 14-15

Postplatz had been the gate to the centre and junction of many urban means of communication, already before Dresden was devastated. The importance of Postplatz among the town planning schemes in the centre of Dresden will be even raised in the course of reconstruction. Postplatz will have to absorb numerous spatial and functional relationships within the town planning composition of the city as a whole. That square which has now become the biggest tram changing stop of Dresden plays the role of a link in the green area system of the town.

The intention which is implied in the reconstruction scheme of Postplatz is to complete on the basis of the national economy long-term plan an efficient town planning composition which will harmonically add to the perfection of the centre of Dresden, at a maximum economic effect.

Editor

Prized and non-prized designs from the Dresden Postplatz Competition

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 16-23, 16 fig., 6 lay-out plans, 4 ground-plans

The competition requirements which were published in the invitation included the designs of a post-office building and of a bank building to accommodate three banks and the town planning integration of the two buildings to the Western side of Postplatz. The designs were to be elaborated after given construction schedules. Five out of ten entries were prized.

Editor

Webergasse shopping centre at Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 24-32, 24 fig., 1 lay-out plan, 1 ground-plan

This coherent shopping and service centre which comprises a four-storey department store for ready-made children clothing, a number of shops and services, and a restaurant makes a cosy pedestrian compound, a contrast to the large spaces of Old Market and Wallstraße, where people may quietly shop and rest.

Bauch, Werner; Linke, Harald; Henke, Wolfgang; Bauch, Johannes

Long-term planning for the Central Park at Dresden

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 33-35, 5 lay-out plans, 4 ground-plans, 3 views, 1 section

The historical "Grosser Garten" (Great Park) is to be extended to a public people's park according to its changed function. The authors start by investigating the requirements when public feasts are to be held in the park. It is proposed in the plans to have the park subdivided into one noise zone and one noiseless area, each of them getting their appropriate functions and buildings integrated. It is, furthermore, explained how to integrate the park into the green area system of the town.

Kosel, Gerhard

Town planning and architecture in the period of the long-term plan up to 1970

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 36-39

The following main problems must be solved by town builders and architects in the period of the long-term plan by 1970: Increase of investment effects for industrial and agricultural construction on the basis of the maximum level of science and technique; increase of the living standard of the people with regard to complex residential construction; reconstruction of the town centres. Those important objectives will be accomplished only if the New Economic System of Planning and Guidance of the National Economy is applied to the town planning sector.

Klügel, Siegfried

Peripheral construction in new housing estates

Deutsche Architektur, Berlin 14 (1965) 1, pp. 40-43, 15 works plans, 10 prospects

Peripheral construction in recently completed housing estates is usually characterised by numerous short structures of equal heights and faces. This, however, frequently results in insights into subordinated spaces, intersections in appearance, and obscurities. It has frequently been attempted to remedy this setback by excessive spreading of the space and dense construction. This did entail not only uneconomic use of ground but also errors in scale so that the spatial coherence got lost. A clear peripheral construction in new housing estates by means of long dwelling blocks is proposed. This would give only a few openings in the lay-out which are, however, important in function and composition, while the housing estate would become clearer in structure.

8

■ La construction du centre de la ville de Dresden

Les bâtiments terminés dans les derniers ans au centre de Dresden, surtout les ensembles urbanistes autour du Altmarkt, y compris le centre d'achats de la Webergasse, ainsi que la reconstruction d'édifices historiques, en particulier celle du Zwinger, représentaient une période importante de la construction du centre de la ville. Dans la prochaine phase seront finis les bâtiments de la Ernst-Thälmann-Straße; en outre on commencera la construction du quartier de la Prager Straße.

9

Sniegion, Peter

La planification du quartier Prager Straße à Dresden

Architecture Allemande, Berlin 14 (1965) 1, pages 9-13, 6 photos, 1 plan de situation, 3 schémas

D'abord prévue comme centre exclusif d'achats et de culture, et muni de bâtiments d'un seul, de deux ou trois étages et avec seulement deux hôtels comme dominante de la hauteur, maintenant la conception du secteur Prager Strasse comprend des maisons à multiples étages avec en total 1500 logements ainsi que trois maisons, également à multiples étages, servant d'hôtels avec en total 2300 lits. En outre sont planifiés des boutiques, restaurants, un grand magasin comme construction compacte, et un cinéma avec 1000 places. La nouvelle conception part du fait d'unir au quartier de construction beaucoup de fonctions, parce qu'uniquement de cette façon peut être réalisée l'unité de tous les domaines pour contenter une prétension si grande possible et obtenir en même temps une réalisation urbaniste différenciée.

14

Leucht, Kurt W.

Place de la Poste (Post-Platz) - un accent urbaniste à la construction du centre de la ville de Dresden

Architecture Allemande, Berlin 14 (1965) 1, pages 14-15

C'était la Place de la Poste qui, déjà avant la destruction barbare de Dresden, ouvrait le centre de la ville et qui représentait le point de jonction de nombreuses lignes du service de banlieue. Pour la nouvelle construction du centre de la ville, cette place est d'une importance encore plus grande dans l'ensemble de construction urbaniste. Dans la composition de construction urbaniste de la ville entière, cette place comprend beaucoup de relations spatiales et de fonctions. Aujourd'hui la même place représente le centre le plus important de Dresden pour changer de tramway, formant en même temps le lien vis-à-vis du système vert de la ville.

Le but de la nouvelle construction de la Place de la Poste est de créer, sur la base du plan perspectif de l'économie politique, avec un effet maximum un ensemble urbaniste arrondi servant au perfectionnement du centre de la ville de Dresden.

16

red.

Dessins munis de primes et sans primes du concours «Post-Platz»

Place de la Poste à Dresden

Architecture Allemande, Berlin 14 (1965) 1, pages 16-23; 16 photos, 6 plans de situation, 4 tracés

Par les conditions du concours étaient demandés les dessins d'un édifice de Poste et d'un édifice des Banques pour trois institutions de Banque suivant le programme prévu, ainsi que la classification urbaniste de ces deux édifices au côté ouest de la Place de la Poste. Présentés étaient en total dix dessins, dont cinq recevaient des primes.

24

red.

Centre d'achats Webergasse Dresden

Architecture Allemande 14 (1965) 1, pages 24-32; 24 photos, 1 plan de situation, 1 tracé

Le centre d'achats et de services individuel comprend un magasin à quatre étages pour confection d'enfants, des boutiques et des installations de services ainsi qu'un restaurant formant, en comparaison avec les grands espaces libres du Altmarkt et de la Wallstrasse, un domaine intime des piétons, assurant au passant un achat sans être dérangé et un séjour agréable.

33

Bauch, Werner; Linke, Harald; Henke, Wolfgang; Bauch, Johannes

Planification perspective «Parc Central» à Dresden

Architecture Allemande, Berlin 14 (1965) 1, pages 33-35, 5 plans de situation, 4 tracés, 3 vues, 1 coupe

Correspondant à sa fonction changée, le «Grosse Garten» (Grand Jardin historique) doit être transformé en un Parc Populaire. Les auteurs étudiaient d'abord le degré de fréquentation du parc, ainsi que les nécessités à attendre en cas de fêtes populaires. Par la planification est prévu de le subdiviser dans une zone de bruits et un secteur pauvre de bruits, coordonnant en même temps les fonctions et édifices respectifs. En outre est expliqué dans quelle forme le parc peut être compris dans l'ensemble vert total de la ville.

36

Kosel, Gerhard

Urbanisme et architecture dans la période du plan perspectif jusqu'à 1975

Architecture Allemande, Berlin 14 (1965) 1, pages 36-39

Dans la période du plan perspectif jusqu'à 1970 il y a pour les urbanistes et architectes les problèmes principaux suivants: augmentation du rendement des investissements pour les constructions de l'industrie et de l'agriculture sur la base de l'état scientifique-technique maximum; augmentation du standard de vie de la population par la construction complexe de logements; construction des centres de villes. Pour remplir ces tâches extraordinairement importantes, il s'agit de réaliser également dans l'urbanisme le nouveau système économique de la planification et direction de l'économie politique.

40

Klügel, Siegfried

La construction des bords de nouveaux territoires d'habitation

Architecture Allemande, Berlin 14 (1965) 1, pages 40-43, 15 plans d'urbanisation, 10 perspectives

La construction des bords de nouveaux territoires d'habitation dans presque tous les cas est formée par beaucoup de corps de construction courts de la même hauteur et façade. Il y a donc de nombreuses possibilités de coups d'oeil dans des espaces subordonnés, d'intersections au sujet de l'image de présentation et de manque de bonne disposition. A plusieurs reprises on a fait des essais d'éviter ces erreurs par un écartement exagéré de l'espace et des hautes édifices, résultant de cette façon cependant - sans parler de l'utilisation peu économique du terrain - des erreurs d'échelle qui produisent des pertes de cohérence spatiale. Il est donc proposé de prévoir dans l'intérêt d'une disposition claire pour la construction des bords de nouveaux territoires d'habitation des blocs longs. De cette façon il y aura dans la construction quelques ouvertures importantes en sens de fonction et de composition, assurant en même temps une disposition claire du territoire d'habitation.

Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus

Entwurf – herausgegeben von der Deutschen Bauakademie

In der gegenwärtigen Periode wird das Leben in der Deutschen Demokratischen Republik durch den umfassenden Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen des Kampfes um eine friedliche Lösung der nationalen Frage in Deutschland bestimmt.

Das vom VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossene Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik schließt ein gewaltiges Bauprogramm in sich ein: Von komplexen Rationalisierungsmaßnahmen vor allem in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft und in den bedeutendsten Wirtschaftsgebieten ausgehend, werden neue Werke und Industriekomplexe errichtet und vorhandene Produktionskapazitäten rekonstruiert. In diesem Zusammenhang entstehen neue Städte wie Halle-West, Rostock-Lütten Klein, Hoyerswerda und Schwedt, während in den bestehenden Städten der Aufbau und die sozialistische Umgestaltung ausgedehnter Wohngebiete sowie der wichtigsten Stadtzentren, vor allem des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, zunehmend an Umfang und Bedeutung gewinnen.

Das friedliche Aufbauwerk unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates wird in den großen Bauvorhaben in unseren Industriezentren, Städten und Dörfern überzeugend sichtbar. Es ermöglicht mit dem beschleunigten Aufbau unserer Industrie und Landwirtschaft die immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Ansprüche der werktätigen Menschen an zweckmäßige und kulturelle Arbeitsplätze, Wohnungen, gesellschaftliche Bauten und Erholungsanlagen. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik und die sich schnell entwickelnden neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen sowie die technische Revolution und die umfassende Industrialisierung im gesamten Investitionsbauwesen verlangen, alle Probleme des Städtebaus und der Architektur in engstem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu lösen.

Der Städtebau der Deutschen Demokratischen Republik muß darauf gerichtet sein,

- beim Aufbau und der sozialistischen Umgestaltung der Städte den wissenschaftlich-technischen Höchststand durchzusetzen, um beste Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie beste Voraussetzungen für die physische und geistige Entwicklung der Menschen zu schaffen;
- einen hohen Nutzeffekt der Investitionen zu erzielen, den Bauaufwand zu senken, die Bauzeiten zu verkürzen und insbesondere durch Konzentration sowie komplexe Planung und Projektierung die industrielle Baudurchführung auf der Grundlage der Typen und des einheitlichen Sortiments an Elementen und Segmenten des Baukastens zu sichern;
- bequeme und schöne Städte und Dörfer zu gestalten, die zur Entfaltung neuer Formen des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen beitragen und die, als Bestandteil unserer sozialistischen Nationalkultur, Ausdruck unserer sozialistischen Epoche sind.

Die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist mit einer Neuordnung der Beziehungen zwischen zentralgeleiteter Wirtschaft und örtlichen Organen verbunden, die für die Arbeit im Städtebau eine ausschlaggebende Bedeutung besitzt.

Für die Ausarbeitung der Perspektive der Städte, insbesondere ihrer Industriegebiete, ist die Übereinstimmung zwischen der Entwicklung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft und der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in den Wirtschaftsgebieten und Städten grundlegende Voraussetzung. Den Bezirksplankommissionen ist die Aufgabe gestellt, diese Übereinstimmung durch die Programmplanung für die Entwicklung wichtiger Wirtschaftsgebiete und Städte zu gewährleisten und durch territoriale Konzentration und Kombination der Investitionen gemeinsam mit den VVB einen hohen Nutzeffekt der Investitionen zu sichern.

Die Ausarbeitung der Perspektive für die örtliche Wirtschaft in den einzelnen Kreisen und Städten muß sich insbesondere auf die Entwicklung der Versorgungswirtschaft, der Reparatur- und Dienstleistungen, den Wohnungsbau und Aufbau der Stadtzentren, den kommunalen Verkehr sowie den Handel, die Volksbildung, das Gesundheitswesen und die kulturelle Entwicklung erstrecken. Die Leitung nach dem Produktionsprinzip erhöht die Verantwortung der Bezirke und Städte, insbesondere ihrer gewählten Organe, der Bezirkstage, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, für die Durchführung der örtlichen Aufgaben. Das neue ökonomische System fordert die Anwendung ökonomischer Hebel für die örtliche Wirtschaft und eine Haushaltsfinanzierung der Städte, die ein echtes materielles Interesse an der Entwicklung der Bereiche weckt, für welche die Städte selbst verantwortlich sind. Mit der schrittweisen Entwicklung des Bauwesens zu einem selbständigen Zweig der Volkswirtschaft, dem die Aufgabe gestellt ist, dem Auftraggeber komplette funktionstüchtige Anlagen und Gebäude zu übergeben, modernste Methoden der Produktionsorganisation durchzusetzen und die Projektierungs- und Bau-

prozesse nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu leiten, muß die städtebauliche Projektierung auf die Errichtung zusammenhängender, großer Bauvorhaben, wie Industriekomplexe, Wohnkomplexe und Teilabschnitte der Stadtzentren, und die Reparatur und Instandsetzung ganzer Häuserviertel und Straßenzüge konzentriert werden.

Angesichts der großen Aufgaben des Städtebaus der Deutschen Demokratischen Republik und seiner Bedeutung für die Entwicklung der Volkswirtschaft sowie für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung ist es notwendig, die aktive Teilnahme aller Werktätigen und ihre schöpferische Mitwirkung an der Lösung der städtebaulichen Aufgaben und der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne zu sichern.

Der gesellschaftliche Inhalt der sozialistischen Stadt

Die sozialistischen Städte sind die Zentren des Gemeinschaftslebens der Menschen, der materiellen Produktion, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Kultur. Der gesellschaftliche Inhalt der sozialistischen Stadt in der Deutschen Demokratischen Republik erwächst aus der sozialistischen Gesellschaftsordnung und widerspiegelt die Ideen und Grundsätze der sozialistischen Demokratie, besonders die Übereinstimmung der gesellschaftlichen und individuellen Interessen und die sich daraus ergebenden neuen Beziehungen der Menschen zueinander und zur Gesellschaft. Diese Ideen und Grundsätze kommen um so mehr in der Struktur und dem architektonischen Aufbau der Stadt zum Ausdruck, wie das unablässig sich entwickelnde sozialistische Leben selbst neue Bauaufgaben stellt und die Werktätigen als Bauherr und Erbauer ihrer Städte dem Neuen zum Durchbruch verhelfen.

Im sozialistischen Inhalt des Städtebaus der Deutschen Demokratischen Republik kommt seine Überlegenheit gegenüber dem Städtebau kapitalistischer Länder deutlich zum Ausdruck. Auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des kapitalistischen Eigentums an Grund und Boden sind und bleiben die sozialen Gegensätze zwischen den Lebensbedingungen der ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen das charakteristische Merkmal der Städte im Kapitalismus.

Der Städtebau wird unter kapitalistischen Bedingungen den Interessen der Monopole und Grundbesitzer untergeordnet, was dazu führt, daß trotz guter Leistungen auf Teilgebieten die komplizierten Fragen des modernen Städtebaus nicht zum Wohle der gesamten Bevölkerung gelöst werden können.

Die Entwicklung der sozialistischen Städte vollzieht sich hauptsächlich im Prozeß der ständigen Veränderung und Umgestaltung der bestehenden Städte wie auch in den neuen Städten, die im Verlauf des Aufbaus allmählich ihren sozialistischen Inhalt erlangen.

Die Hauptaufgabe besteht darin, in den Städten der Deutschen Demokratischen Republik, als den Zentren der industriellen Produktion, im Interesse eines allseitigen Aufschwungs unserer nationalen Wirtschaft die besten Bedingungen für die wirtschaftlich-technische Entwicklung sowie die Effektivität der Produktion, insbesondere der führenden Zweige der Industrie, zu schaffen. Ebenso erfordert in den Dörfern der allmähliche Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft den Bau moderner Produktionskomplexe.

Die Sorge um den Menschen verlangt, daß in den Städten den Werktätigen die günstigsten Bedingungen für das gesellschaftliche Zusammenleben, für ihre Arbeit, das Wohnen, ihre Bildung, ihre gesellschaftliche und kulturelle Betätigung, ihre Versorgung und Erholung geschaffen werden. Sie verlangt, daß die Wohn- und Lebensbedingungen der in den Altbaugebieten wohnenden Menschen durch Erhaltung und Modernisierung der Wohnungen sowie städtebauliche Rekonstruktionsmaßnahmen zunehmend verbessert werden und daß in den Dörfern die kulturellen und sozialen Errungenschaften der Stadt mehr und mehr Eingang finden.

Die zweckmäßige Organisation und die Schönheit der Stadt, kulturvolle Arbeitsstätten, Wohngebiete und gesellschaftliche Zentren müssen die Bildung neuer Formen des Gemeinschaftslebens sowie die geistige Formung und ästhetische Erziehung der Werktätigen fördern und zur Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur beitragen.

Die Bauwerke und städtebaulichen Ensembles müssen darüber hinaus dem Leben der Gesellschaft von morgen entsprechen. Wir bauen nicht nur für heute, unsere Bauten bestimmen das künftige Gesicht des sozialistischen Deutschlands. In den Fabriken, Städten und Dörfern, die wir heute errichten, werden die Menschen des Kommunismus arbeiten und wohnen.

Die planmäßige Entwicklung der Stadt

Die Entwicklung, der Aufbau und die Rekonstruktion der Städte der Deutschen Demokratischen Republik vollziehen sich planmäßig auf der Grundlage der Perspektiv- und Jahrespläne der Volkswirtschaft.

Die Lösung der zentralen Aufgabe, die nationale Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage des Höchststandes von Wissenschaft und Technik entsprechend den besonderen Entwicklungsbedingungen unseres Landes zu gestalten, erfordert, bei der Planung der Gebiete und Städte von der vorrangigen Entwicklung der führenden Industriezweige und der Standortverteilung der wichtigsten Investitionsvorhaben auszugehen.

Größe, Charakter und Profil der Städte werden in entscheidendem Maße durch die Industrie als dem bedeutendsten stadtbildenden Faktor geprägt und zunehmend durch die Zentren der Wissenschaft und Forschung beeinflusst.

Die planmäßige Entwicklung des Siedlungsnetzes der Deutschen Demokratischen Republik erfordert im Interesse eines höheren volkswirtschaftlichen Effektes die Einschränkung des übermäßigen Wachstums der Großstädte sowie die Bildung von Stadtgruppen, die es ermöglichen, zwischen unmittelbar benachbarten Städten koordinierte, kooperative Beziehungen der Produktion, der technischen Versorgung und Verkehrserschließung sowie der gesellschaftlichen Einrichtungen herzustellen.

Die langfristige Perspektive der Städte wird im Rahmen der Programme zur Entwicklung von Wirtschaftsgebieten bestimmt, die eine maximale Übereinstimmung der Entwicklung der Industriezweige und der Gebiete bei geringstem gebietswirtschaftlichem Aufwand gewährleisten. Die Programme zur Entwicklung der Wirtschaftsgebiete und Städte bilden die Grundlage für die gebietliche und städtebauliche Projektierung. Sie enthalten Festlegungen zum Profil und zur rationellen territorialen Organisation der Produktion, zum planmäßigen Größenwachstum der Städte, zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und des gesellschaftlichen Lebens sowie zu den Etappen des Aufbaus und der Rekonstruktion. Die zur Ausarbeitung der Programme notwendigen Standortuntersuchungen, Netzoptimierungen, Variantenvergleiche komplexer Vorhaben und territorialer Bilanzen müssen sich auf die objektiven Angaben der Ökonomie des Städtebaus stützen und erfordern in verstärktem Maße die Einführung mathematischer Methoden sowie die Anwendung der maschinellen Rechentechnik in der territorialen Planung und städtebaulichen Projektierung.

Die städtebauliche Projektierung trägt dem kontinuierlichen Planungs- und Entwicklungsprozeß durch eine elastische Stadtstruktur und Flächennutzung sowie wissenschaftlich begründete Standortvorschläge Rechnung. Sie muß durch komplexe Bebauungspläne für den Aufbau und die sozialistische Umgestaltung der Stadtzentren, Industrie- und Wohngebiete günstige Voraussetzungen für das industrielle Bauen und die komplexe Fließfertigung, einen hohen Nutzeffekt der Investitionen und die Errichtung in sich geschlossener Stadtensembles schaffen.

Die untrennbare Verbindung der planmäßigen Entwicklung und rationellen Standortverteilung der Produktivkräfte mit der Durchsetzung der Prinzipien des sozialistischen Städtebaus trägt zu einem hohen ökonomischen Nutzeffekt in allen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft bei, fördert die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und führt zu einer immer besseren Ausnutzung der Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Wirtschaftlichkeit der Stadt

Bau und sozialistische Umgestaltung der Städte sowie ihre laufende Unterhaltung beanspruchen einen hohen Anteil des Nationaleinkommens. Die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Stadt stellt somit eine der wichtigsten Aufgaben des Städtebaus dar.

Hauptkriterien für die Wirtschaftlichkeit der Stadt sind die städtebaulichen Bedingungen für

- den rationellen Einsatz der neuen Technik in der Produktion und in den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens,
- die Erreichung eines hohen Nutzeffektes der Investitionen,
- eine rationelle Organisation der Einrichtungen und Anlagen zur materiellen und kulturellen Versorgung der Bevölkerung.

Die städtebaulichen Planungen und Projekte müssen dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit der Stadt, insbesondere durch Konzentration der Produktion sowie der Investitions- und Bautätigkeit, wesentlich zu erhöhen. Damit werden die Anwendung moderner Formen der Produktionsorganisation, die Kooperation von Verkehrs- und technischen Versorgungsanlagen sowie von sozialen und kulturellen Einrichtungen gewährleistet und günstige Voraussetzungen für das kompakte und kombinierte Bauen sowie die komplexe Fließfertigung geschaffen.

Durch die Standort- und Netzoptimierung sind wissenschaftlich begründete Lösungen für die Rekonstruktion von Netzen und Anlagen der Versorgung, des

Verkehrs und der technischen Erschließung der Stadt zu schaffen, um die volkswirtschaftlichen Aufwendungen zu senken.

Die Bestimmung der richtigen Größe der Stadt, ihrer Industriegebiete, Wohngebiete, gesellschaftlichen Zentren und Erholungsgebiete sowie eine zweckmäßige Gliederung, Zuordnung und innere Organisation der einzelnen städtebaulichen Elemente ermöglichen die Organisation der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens der Stadt entsprechend den Erfordernissen der Ökonomie der Zeit. Ein entscheidendes Kriterium für den gesellschaftlichen Nutzeffekt einer städtebaulichen Lösung ist der Gewinn an Freizeit für die Bevölkerung.

Die Wirtschaftlichkeit der Stadt wird durch ihre kompakte Anlage wesentlich erhöht. Das erfordert eine rationelle Nutzung des Stadtterritoriums und die sparsame Inanspruchnahme neuen Baulandes durch Festlegung wissenschaftlich begründeter Einwohnerdichten und Bebauungsverhältnisse sowie durch Ausnutzung aller Möglichkeiten des kompakten und kombinierten Bauens und rationaler Bebauungsformen. In den Städten, in denen ein Mangel an für die Bebauung geeigneten Freiflächen besteht und die Erschließung neuen Baulandes hohe Aufwendungen verursacht, ist mit der allmählichen Rekonstruktion der alten Wohngebiete mit wenig wertvollem Wohnfonds zu beginnen.

Die Wirtschaftlichkeit im Städtebau wird gemessen an der Senkung der Baukosten und des Aufwandes für die Bewirtschaftung der Einrichtungen sowie einer hohen Rentabilität und der möglichst kurzen Rückflußdauer der Investitionen. Das wird erreicht durch optimale Standortwahl, ökonomisch begründete Bauprogramme und Aufgabenstellungen, gute funktionelle und bautechnische Lösungen, weitgehende Kombination und Mehrwecknutzung von Gebäuden mit sparsamer Flächeninanspruchnahme sowie eine rationelle technische Versorgung und Verkehrserschließung.

Die Rekonstruktion der Städte, insbesondere ihrer Altbaugebiete, erfolgt bei weitgehender Verwendung des vorhandenen Fonds an Wohn- und Gesellschaftsbauten sowie bestehender Anlagen des Verkehrs und der technischen Versorgung, wobei nur diejenige Substanz beseitigt wird, die den sozialistischen Lebensformen offensichtlich nicht mehr entspricht oder auf dem Wege der Modernisierung nicht rationell verwendet werden kann.

Bedeutende Reserven können durch die volle Auslastung der vorhandenen Kapazitäten der Gebäude und Anlagen sowie durch die Umverteilung von Produktions- und gesellschaftlichen Einrichtungen ohne wesentliche Baumaßnahmen erschlossen werden.

Der Aufbau der Stadt auf der Grundlage des industriellen Bauens

Mit der Entwicklung zu einem selbständigen Industriezweig wird dem Bauwesen die Aufgabe übertragen, an die Industrie, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft und andere Bereiche der Volkswirtschaft komplette, funktionsfähige Anlagen und schlüsselfertige Gebäude zu übergeben, die den wissenschaftlich-technischen Höchststand mitbestimmen.

Um die in den Volkswirtschaftsplänen bereitgestellten Investitionen mit dem höchsten Nutzeffekt zu realisieren, ist es notwendig, die Industrialisierung des Bauens konsequent und umfassend durchzuführen. Das setzt eine maximale Konzentration der Investitionen und eine komplexe Planung, Projektierung und Baudurchführung großer zusammenhängender Vorhaben, insbesondere von Industrie- und Wohnkomplexen sowie Teilabschnitten der Stadtzentren, voraus. Die Durchführung derartig komplexer Bauprogramme ermöglicht einen einheitlichen technologischen Prozeß für die Bau- und Ausrüstungsmontage nach Zyklogrammen, den Einsatz spezialisierter Baukapazitäten der Vorfertigung und Montage unter einheitlicher Leitung sowie die breite Anwendung der komplexen Fließfertigung als fortschrittlichster Methode der Produktionsorganisation.

Die Durchsetzung des industriellen Bauens in komplexer Fließfertigung stellt an die Planung und Investitionsvorbereitung neue, hohe Anforderungen.

Die entscheidende Grundlage für den industriellen Aufbau großer städtebaulicher Komplexe stellt das Komplexzyklogramm dar, das alle aufeinander abgestimmten Arbeitsprozesse von den Erdarbeiten bis zur Ausrüstungsmontage enthält. Bereits der Ausarbeitung von Bebauungsplänen und Projekten für komplexe städtebauliche Vorhaben ist im Interesse des durchgehenden industriellen Aufbaus des Komplexes das Angebot an Typenunterlagen und das einheitliche Sortiment an Elementen und Segmenten des Baukastensystems zugrunde zu legen.

Aufgabe der Projektierung ist es, die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes über das Projekt zu sichern und Typenprojekte, Typenunterlagen sowie Elemente des Baukastens unter Berücksichtigung der Forderungen des sozialistischen Städtebaus weiterzuentwickeln, um den unterschiedlichen funktionellen Anforderungen und städtebaulichen Situationen besser ge-

recht werden zu können sowie eine größere Variabilität in der architektonischen Gestaltung zu ermöglichen.

In der gesamten Vorfertigung, insbesondere der Betonindustrie, besteht eine wichtige Aufgabe darin, die Qualität der Elemente ständig zu verbessern, eine große Maßgenauigkeit zu erreichen und Elemente mit sichtfertigen, beständigen und schönen Oberflächen herzustellen. Das trägt sowohl zu einer Verbesserung der künstlerischen Gestaltung der Bauwerke als auch zu erheblichen Einsparungen bei der Montage und dem Ausbau bei.

Für die umfangreichen Rekonstruktionsmaßnahmen in den Städten sind technische und technologische Voraussetzungen zu schaffen, um in Betrieben mit hochproduktiven Baureparaturkapazitäten die Bauarbeiten weitgehend zu mechanisieren und in den Prozeß der Industrialisierung des Bauens einzuschließen.

Die Komposition und architektonische Gestaltung der Stadt

Die Werke von Städtebau und Architektur der Deutschen Demokratischen Republik sind Ausdruck der Einheit der technischen und der Kulturrevolution. Indem sie mit Hilfe der fortgeschrittensten Technik das materielle Milieu, in dem das Leben und die Tätigkeit der Menschen verlaufen, formen und den Charakter des gesellschaftlichen Lebens und den Stand der materiellen und geistigen Entwicklung der Gesellschaft anschaulich widerspiegeln, beeinflussen sie zugleich die Entfaltung eines kulturvollen Lebens der Menschen und helfen, das neue sozialistische Bewußtsein und Lebensgefühl der Werktätigen zu entwickeln.

Komposition und architektonische Gestaltung der Stadt umfassen die Herausbildung ihrer strukturellen und räumlichen Ordnung, die allseitige Entwicklung des Massenbaus und neuer typischer Gebäudekategorien sowie die Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten und die architektonische Meisterung des industriellen Bauens. Die Komposition der Stadt faßt die Elemente der Stadt – die Industrie- und Wohngebiete, gesellschaftlichen Zentren, Grün- und Erholungsflächen – in der Einheit der gesamten Stadt zusammen. Sie ordnet die funktionellen und räumlichen Beziehungen der Elemente zueinander und zum Stadtzentrum sowie die Beziehungen der Stadt zu ihrer Umgebung.

Die Komposition und architektonische Gestaltung muß dem einmaligen, individuellen Charakter der Stadt, der durch die Besonderheiten ihrer Größe, ihres wirtschaftlichen und kulturellen Profils, ihrer Verkehrslage und ihrer topographischen und landschaftlichen Situation bedingt ist, Rechnung tragen.

In besonderer Weise werden der individuelle Charakter und die künstlerische Bedeutung einer Stadt durch ihre wertvolle historische Substanz bestimmt. Hierzu gehören einzelne Baudenkmale ebenso wie Denkmale der Stadtbaukunst, die aus Ensembles von Bauten, Straßen- und Platzräumen, Parkanlagen oder ganzen Stadtteilen bestehen. Sie sind entsprechend ihrer Bedeutung und ihrer Anforderungen an Maßstab und räumliche Beziehungen in die Komposition und architektonische Gestaltung der Stadt einzubeziehen.

Die Komposition der Stadt muß ein räumlich und architektonisch klar gegliedertes Ganzes ergeben, das die Tätigkeit und die gesellschaftlichen Beziehungen der Bewohner in ihrer Vielfalt widerspiegelt und in dem die Zusammengehörigkeit der Bewohner und das städtische Leben sichtbar werden.

In der räumlichen Ordnung der Stadt wie in der künstlerischen Gestaltung sind die gesellschaftlichen Zentren besonders hervorzuheben, weil in ihrer Komposition und Architektur die veränderte sozialistische Lebensweise besonders sinnfällig zum Ausdruck kommt.

Die Großzügigkeit und Klarheit der räumlichen Zusammenhänge, der Kontrast zwischen Weiträumigkeit und Intimität, das Zusammenspiel offener und geschlossener Räume, konzentrierte, vielfältige Formen der Bebauung und hohe architektonische Qualität der Bauten müssen den besonderen Charakter einer Stadt bestimmen und zu ihrer Schönheit beitragen.

Die Herausbildung charakteristischer Züge des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik ist untrennbar mit der weiteren Entwicklung des industriellen Bauens verbunden. Auf der Grundlage der Typisierung, Standardisierung und industriellen Massenproduktion entsteht eine neue Qualität der Architektur, die durch die Anlage und den Maßstab großer Baukomplexe, die Einheitlichkeit der Bauwerke und Bauelemente, technisch interessante Lösungen, eine neue Tektonik der Gebäude und eine vielfältige Anwendung neuer Baumaterialien gekennzeichnet ist.

Bei der weiteren Entwicklung der Architektur muß die dem industriellen Massensbau eigene Einfachheit und Einheitlichkeit mit einer notwendigen Vielfalt und Variabilität der Bebauungsformen und der Architektur der Gebäude verbunden werden. Dazu ist es notwendig, austauschbare Elemente und Sektionen zu schaffen, die zur Bereicherung der architektonisch-künstlerischen Gestalt der Bauten und Ensembles beitragen und dem Schönheitsempfinden der Werktätigen entsprechen.

Darüber hinaus ist eine Belebung und Auflockerung der Ensembles durch eine helle harmonische Farbgebung, eine interessante Oberflächenstruktur und Plastik der Bauwerke, eine Vielfalt in der Gestaltung und Ausstattung der Freiflächen sowie die Einbeziehung von unterschiedlichen Elementen der Kleinarchitektur notwendig. Mit den Werken der bildenden Kunst, insbesondere der monumentalen und dekorativen Malerei und Bildhauerei, müssen Ideen-gehalt und künstlerischer Wert der Bauwerke und Ensembles gesteigert und eine Synthese von Architektur und bildender Kunst erreicht werden.

Die städtischen Industriegebiete

In der Entwicklung der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums und der Planung der Volkswirtschaft der Prozeß der Spezialisierung und Konzentration der Produktion, das heißt der Übergang von der kapitalistischen Zersplitterung zur rationalen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Der Städtebau hat diesen Prozeß durch die Neuordnung der Standorte der städtischen Industriebetriebe und die Schaffung rationell organisierter Industriekomplexe maximal zu fördern.

Im Rahmen der Programme zur Entwicklung der Wirtschaftsgebiete und verbunden mit komplexen Rationalisierungsmaßnahmen im betreffenden Zweig ist

es Aufgabe des Städtebaus, Planungsvorschläge und Projekte für die Rekonstruktion oder den Neubau von städtischen Industriekomplexen auszuarbeiten, die zur Senkung des gebietswirtschaftlichen Aufwandes führen und eine moderne Produktionsorganisation mit einer hohen Produktivität der Arbeit gewährleisten.

Die Anlage solcher Industriekomplexe ermöglicht eine Spezialisierung und Kombination der Produktion bei Berücksichtigung der Zusammenfassung gleich- oder ähnlich gearteter Produktionsstätten zu Gruppen kooperierender Betriebe, die gemeinsame Nutzung von Verkehrs- und Versorgungsanlagen sowie der sozialen Einrichtungen. Zugleich werden günstigste Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen, die der Gesunderhaltung der Werktätigen dienen und zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit führen.

Die Konzentration der Bautätigkeit auf die Maßnahmen zur Rationalisierung oder auf den Neubau von Industriekomplexen führt bei Ausschöpfen aller Möglichkeiten des Kompaktbaus und des Freibaus sowie der Baudurchführung in komplexer Fließfertigung zu einer wesentlichen Senkung des Bauaufwandes, der Baukosten und der Bauzeit sowie zu einer geringen Inanspruchnahme von Bauland.

Bei Rationalisierungs- oder Rekonstruktionsmaßnahmen in den vorhandenen Industriebetrieben muß sorgfältig geprüft werden, welche Betriebe am alten Standort oder mit volkswirtschaftlich vertretbarem Aufwand rekonstruiert und erweitert werden können, welche Betriebe aus zweigebundenen oder städtebaulichen Gründen in neue städtische Industriegebiete zu verlagern oder in frei werdende Altbauten umzusetzen sind, und welche Betriebe entsprechend den Forderungen der Zweige und der territorialen Planung aus der Stadt zu verlagern sind.

Dort, wo zusammen mit der Errichtung von Industriekomplexen neue Städte oder Wohngebiete zu bauen sind, muß eine rationelle Einheit von Betrieb und Stadt mit gemeinsamen sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie Verkehrs- und technischen Versorgungsanlagen geschaffen werden, wobei für den Berufsverkehr zwischen Industrie- und Wohngebieten Wegezeiten von höchstens einer halben Stunde zu sichern sind. Industriebetriebe mit hohem Störgrad und Verkehrsaufkommen sind, soweit die störenden Auswirkungen nicht an der Quelle beseitigt werden können, in ausreichender Entfernung zu den Wohngebieten anzulegen oder durch Schutzzonen von ihnen zu trennen.

Der Übergang zur industriemäßigen Produktion in der Landwirtschaft, verbunden mit einer Konzentration auf Hauptproduktionszweige im einzelnen Betrieb, stellt dem Bauwesen die Aufgabe, komplette, funktionsfähige Großanlagen für die spezialisierte Haltung größerer Viehbestände zu errichten.

Die Planung und Projektierung dieser Großanlagen hat in engem Zusammenhang mit der Planung zur Entwicklung der Dörfer und der verarbeitenden Industrie sowie der Planung der Versorgungsgürtel um die Großstädte zu erfolgen und muß im Interesse eines hohen Nutzeffektes der Produktion die spezifischen örtlichen natürlichen und ökonomischen Bedingungen voll ausnutzen.

Die städtischen Wohngebiete

Die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus in der Deutschen Demokratischen Republik wird von der Aufgabe bestimmt, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bevölkerung schrittweise zu verbessern, wobei alle Werktätigen ausreichend mit Wohnraum zu versorgen sind.

Der komplexe Wohnungsbau, der vorrangig in Industrieschwerpunkten und Zentren der landwirtschaftlichen Produktion konzentriert wird, umfaßt neben dem Bau von Wohnkomplexen in bisher unerschlossenem Gelände zunehmend den Wohnungsneubau im Zuge der sozialistischen Umgestaltung alter Stadtgebiete.

Der umfangreiche Bestand an alten Wohnungen erfordert, daß die wachsenden, zur Erhaltung und Modernisierung bereitgestellten Mittel der Volkswirtschaft konzentriert eingesetzt und rationell genutzt werden, um den Wohnkomfort in den Altbaugebieten zu verbessern und das Antlitz der Straßen, Plätze und Häuserviertel zu verschönern.

Um beste Bedingungen für das Wohnen und ein reges politisches sowie geistig-kulturelles Leben in den Wohngebieten zu schaffen und um die breite Anwendung der fortgeschrittensten Methoden des industriellen Bauens zu sichern, ist als Hauptform des Neubaus von Wohnungen der Bau von Wohnkomplexen und die sozialistische Umgestaltung zusammenhängender Teilabschnitte alter Wohngebiete weiterzuentwickeln und durchzusetzen.

Der Wohnkomplex strebt die beste Organisationsform des städtischen Wohnens und der Versorgung für die Bevölkerung an, wobei seine Größe von der Stadtstruktur und Art der Bebauung abhängt. Der Wohnkomplex ist vom Durchgangsverkehr frei zu halten und ausreichend mit Anlagen für den ruhenden Verkehr auszustatten.

Bei der Entwicklung sozialistischer Lebensformen treten die gesellschaftlichen Funktionen des Wohnens, die gesellschaftliche Betreuung und Versorgung mehr und mehr in den Vordergrund. Die Wohngebiete werden mit denjenigen Einrichtungen ausgestattet, die das gesellschaftliche Leben vielseitiger und ideenreicher gestalten und die Teilnahme aller Bürger, besonders aber der Frauen, an der Produktion und am gesellschaftlichen Leben erleichtern. Diese Einrichtungen sind in gesellschaftlichen Zentren zusammenzufassen und vorwiegend als kompakte und kombinierte Anlagen mit weitgehender Kooperation und Mehrzwecknutzung zu errichten, so daß bei voller Auslastung der Einrichtungen eine bequeme Nutzung und rationelle Versorgung gewährleistet und ein hoher Nutzeffekt der Investitionen erreicht wird. Im Interesse einer gesunden und kulturvollen Freizeitgestaltung und der Förderung des Kinder- und Jugend-sports sind in den alten und neuen Wohngebieten Sportplätze und vielseitige Kleinsportanlagen zu schaffen. Für die Erholung und Entspannung der Bewohner und das Spiel der Kinder im Freien sind darüber hinaus Spielplätze, Sitzgruppen und Liegeflächen zu schaffen.

Für die gesamte Wohnbebauung sind neue städtische Bebauungsformen zu entwickeln, die eine höhere Wohndichte und damit eine wirtschaftlichere Nutzung und Inanspruchnahme des Baulandes ermöglichen. Vielgeschossige Gebäude sind vor allem in den Stadtzentren und zentrumsnahen Gebieten vorzusehen, wobei entsprechend den internationalen Erfahrungen der Mehraufwand gegenüber mehrgeschossigen Wohnbauten ständig zu senken ist.

Besondere Bedeutung kommt der schrittweisen Annäherung der Lebensbedingungen in alten Wohngebieten an die in den neuen Wohngebieten zu. Die Mittel für Instandsetzung und Modernisierung der erhaltenen Wohnraumschubstanz müssen auf ganze Häuserviertel und Straßenzüge konzentriert werden. Die Umgestaltung von Altbauwohngebieten schließt neben der Erhöhung der Wohnqualität alter Wohnungen die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der technischen Versorgung, die Ergänzung der gesellschaftlichen Einrichtungen sowie die Schaffung ausreichender Freiflächen ein.

Die Stadtzentren

Von größter Wichtigkeit für die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens der Werktätigen sowie für die städtebauliche und architektonische Gestaltung der Städte sind die Stadtzentren. Im besonderen gilt das für die großen Städte, die als Zentren des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unsere neue sozialistische Gesellschaftsordnung repräsentieren.

Die materiellen und finanziellen Mittel werden in bedeutendem Maße auf den Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, sowie der Zentren von Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt konzentriert. Um eine schnelle und sichtbare Veränderung auch in den Zentren von Rostock, Potsdam, Frankfurt (Oder), Magdeburg, Dessau, Gera und anderer Städte zu erreichen, sind alle geeigneten Bauvorhaben zentraler und bezirklicher Planträger in den Stadtzentren zu errichten und die Vorhaben des komplexen Wohnungsbaus in verstärktem Maße in den Aufbau und die sozialistische Umgestaltung der Zentren einzubeziehen. Der vielgeschossige Wohnungsbau führt insbesondere in den Zentren der Großstädte zu wirtschaftlichen und architektonisch wirksamen Lösungen, schafft Wohnungen nahe den im Stadtkern gelegenen Arbeitsplätzen und trägt wesentlich zur Entwicklung des Lebens in den Stadtzentren bei. Die Aufgabe bei der Errichtung gesellschaftlicher Gebäude besteht darin, die Mittel so einzusetzen, daß für Wirtschaft und Verwaltung, Handel und Versorgung, Kultur und Wissenschaft sowie das Hotel- und Gaststättenwesen nach den modernsten Erkenntnissen organisierte, wirtschaftliche, rentable Bauten und Anlagen entstehen, die das Neue unserer sozialistischen Gesellschaft sichtbar machen und besondere Anziehungspunkte für die Menschen bilden.

Ausgehend von der Konzentration der finanziellen und materiellen Mittel auf die Schwerpunkte des Aufbaus der Stadtzentren sind städtebauliche Programme und Bebauungspläne auszuarbeiten, die sichern, daß in kurzer Bauzeit und mit rationaler Bauorganisation in sich geschlossene Teilabschnitte komplex fertiggestellt werden.

Das Stadtzentrum ist zu einem einheitlichen städtebaulichen Ensemble zu entwickeln, so daß sinnvoll aufgebaute Raumfolgen sowie charakteristische Massenkompositionen entstehen.

Das Stadtzentrum ist so in das gesamtstädtische Verkehrsnetz einzubinden, daß es von Massenverkehrsmitteln gut erschlossen und vom Durchgangsverkehr frei gehalten wird und ausreichende Anlagen für den ruhenden Verkehr vorhanden sind. Besonders in den Einkaufsgebieten sind zusammenhängende Fußgängerbereiche zu schaffen.

In den Stadtzentren sind Grün- und Erholungsflächen anzulegen, wobei landschaftlich hervorragende Gebiete, insbesondere Ufer von Flüssen und Seen, in die sozialistische Umgestaltung der Zentren und der Gesamtstadt einzubeziehen sind.

Die Gestaltung eines individuellen Gesichts unserer Städte, insbesondere ihrer Zentren, verlangt eine hohe Qualität der architektonischen und bildkünstlerischen Komposition der Gebäude und Ensembles in Einklang mit den kulturhistorisch wertvollen Baudenkmalen und charakteristischen landschaftlichen Gegebenheiten.

Der städtische Verkehr

Das Anwachsen der volkswirtschaftlichen Produktion, ihre weitere Spezialisierung und zunehmende Kooperation sowie die Entwicklung vielfältiger Formen des gesellschaftlichen Lebens, verbunden mit der ständigen Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, führen zu einer schnellen Steigerung der Verkehrsbedürfnisse, vor allem in den Städten, und verlangen in enger Wechselbeziehung zur gesamten städtebaulichen Planung eine bedarfsgerechte Organisation des städtischen Verkehrs bei unbedingter Berücksichtigung seiner perspektivischen Entwicklung.

Der Verkehr in der Stadt muß Bequemlichkeit, Sicherheit und eine schnelle Verbindung zwischen den Wohn- und Industriegebieten, den Zentren und Erholungsstätten garantieren.

Das städtische Verkehrssystem umfaßt alle Verkehrsmittel und Verkehrsarten der Stadt und ihres Umlandes. Es besteht aus dem Netz der Hauptstraßen, den Netzen des öffentlichen Nahverkehrs und der Eisenbahn.

Eine zweckmäßige Verteilung und Anordnung der Arbeits-, Wohn-, Kultur- und Erholungsstätten vermeidet unnötige Verkehrsballungen und -störungen. Sie ist Voraussetzung für ein sicheres und wirtschaftliches Verkehrssystem.

Die Ausbildung leistungsfähiger Verkehrsnetze bei gleichzeitig umfassender Kooperation aller Verkehrsträger und -mittel muß darauf gerichtet sein, den Zeitaufwand, insbesondere für den Berufsverkehr, zu senken.

Der Ausbau von klassifizierten Stadtstraßen, die weitgehende Trennung der Verkehrsarten und die Konzentration der Verkehrsströme auf ein Netz von Hauptverkehrsstraßen mit leistungsfähigen Knotenpunkten sind wichtige Grundlagen für die Bewältigung des gegenwärtigen und künftigen Verkehrsaufkommens. Bei konsequenter Klassifizierung der Stadtstraßen können Wohngebiete sparsam erschlossen und zugleich von störenden Verkehrseinflüssen frei gehalten werden.

Der Schwerpunkt des Verkehrssystems liegt im Stadtzentrum, als Folge der Zusammenführung aller öffentlichen und individuellen Verkehrsmittel aus dem übrigen Stadtgebiet, der Stadtrandzone und dem Umland. In den Großstädten sind die auf das Stadtzentrum gerichteten Hauptnetzstraßen nach Möglichkeit als Tangenten auszubilden, die zugleich die Voraussetzung für den Übergang des Ziel- und Quellverkehrs auf das Straßennetz schaffen. Die Qualität der städtebaulichen Ensembles des Zentrums sollte durch zusammenhängende

Fußgängerbereiche mit zentralen Haltestellen der Massenverkehrsmittel erhöht werden.

Die Parkbedürfnisse in den Stadtzentren und Wohngebieten werden unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit vorrangig durch ebenerdige, in den Zentren teilweise mehrgeschossige Parkräume befriedigt. Das starke Ansteigen des Stadtverkehrs erfordert in Großstädten den vorrangigen Einsatz öffentlicher Massenverkehrsmittel mit hoher Beförderungsqualität und die Ausbildung von kreuzungsfreien Stadtschnellstraßen.

Die Art der Bebauung und Freiflächengestaltung im Bereich von Hauptverkehrsstraßen muß von einer weitgehenden Minderung der Verkehrsbelästigungen durch Lärm, Luftverunreinigung und Erschütterung sowie der Verkehrsgefahren ausgehen.

Die kontinuierliche Rekonstruktion der Städte sowie der hohe Investitionsaufwand für die Errichtung neuer Verkehrsbauwerke und -trassen erfordern Lösungen von hoher Wirtschaftlichkeit unter weitgehender Eingliederung brauchbarer vorhandener Verkehrsanlagen in das neue gesamtstädtische Verkehrssystem, wobei etappenweise funktionsfähige Teile des geplanten Gesamtsystems geschaffen werden müssen.

Die stadttechnische Versorgung und Stadthygiene

Die steigenden Anforderungen der Industrie an die technische Versorgung sowie die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung auf eine komfortable technische Versorgung und Ausstattung der Städte und eine Verbesserung der Hygiene des städtischen Lebens erfordern die ausreichende Bereitstellung und Verteilung von Brauch- und Trinkwasser, Elektroenergie, Gas und Fernwärme, eine bedarfsgerechte Entwicklung des Nachrichtenwesens, die hygienisch einwandfreie Ableitung und Behandlung des Abwassers sowie die Beseitigung und rationelle Verwertung der Industrie- und Stadtabfälle.

Der hohe Anlagewert der stadttechnischen Einrichtungen und Netze und ihre geringe Variabilität bedingen eine perspektivische Planung auf der Grundlage des in 20 bis 30 Jahren zu deckenden Bedarfs der Stadt und der einzubeziehenden stadtnahen Gebiete.

Die starke Überalterung vorhandener Netze, besonders auf dem Gebiet der Wasser- und Gasversorgung, erfordert die etappenweise Rekonstruktion dieser Anlagen, wobei funktionell und technisch brauchbare Netze und Anlagen weitgehend zu erhalten und in die neuen Systeme einzubeziehen sind.

Eine weitgehende Kooperation der Netze und Anlagen zwischen den Industriekomplexen und anderen Stadtteilen sowie die Schaffung eigener Betriebswassernetze für die Industriekomplexe sind zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen und zur Senkung der Betriebskosten anzustreben.

Der Wärmeversorgung der Städte dienen vorrangig Heizkraftwerke, die die gemeinsame Versorgung von Industriekomplexen und Wohnkomplexen übernehmen. Das künftig zu erwartende Energieangebot – insbesondere an Gas – muß für die Wärmeversorgung von Wohngebieten durch die Entwicklung entsprechender Systeme nutzbar gemacht werden.

Im Leben der modernen Stadt spielt eine gute Außenbeleuchtung eine große Rolle. Durch die Einführung der neuen Technik, insbesondere eine hohe Leistung und Wirtschaftlichkeit der Leuchten und ihre automatisierte Steuerung, muß ein hoher Effekt der städtischen Beleuchtung erzielt werden.

Durch die Vollautomatisierung des Fernmeldedienstes und die Erhöhung der Anzahl der Wohnungsanschlüsse ist ein systematischer, der künftigen Stadtentwicklung entsprechender Ausbau der Fernmeldenetze zu sichern.

Eine ökonomische Lösung für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der unterirdischen Netze wird vornehmlich durch die günstige Wahl des Standortes hinsichtlich der Baugrund- und Grundwasserverhältnisse, durch die Anpassung der Bebauung und Straßenführung an die Geländebedingungen sowie eine rechtzeitige Abstimmung der für die Versorgungsnetze erforderlichen Flächen mit den Verkehrs- und Freiflächen bestimmt. Eine wesentliche Voraussetzung für die komplexe Fließfertigung bei der Ausführung der Tiefbauten sind koordinierte Netze mit einer weitgehenden Zusammenfassung der Leitungen in Sammelkanälen.

Im Interesse der Gesunderhaltung der Bevölkerung und der Reproduktion ihrer Arbeitskraft sind die Forderungen der Stadthygiene konsequent zu erfüllen. Bei der Standortwahl und Bebauung ist von günstigen klimatischen Bedingungen auszugehen. Die Städte sind durch eine zweckmäßige strukturelle Gliederung und Ausweisung von Schutzzonen, insbesondere aber durch Beseitigung störender Einflüsse der Industrie und des Verkehrs, vor Luftverunreinigung, Lärmbelastigung und Erschütterungen zu schützen. Es gilt, in besonderem Maße für die Einhaltung der hygienisch zulässigen Grenzkonzentrationen der schädlichen Emissionen von Industrie, Verkehr und anderen sowie der Lärmnormative Sorge zu tragen.

Die Erfordernisse der Stadthygiene verlangen darüber hinaus die kontinuierliche Beseitigung und rationelle Verwertung von Müll und Industrieabfällen.

In Wohngebieten müssen vor allem durch günstige Besonnungs- und Durchlüftungsverhältnisse sowie eine ausreichende Ausstattung mit Grün- und Erholungsflächen günstige Bedingungen für eine tägliche Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Werktätigen, ihre Erholung und den Sport geschaffen werden.

Die Stadtrandzonen und städtischen Grünflächen

Die sozialistische Umgestaltung, insbesondere der großen Städte, ist untrennbar verbunden mit einer ständigen Verbesserung der strukturellen, funktionellen und ästhetischen Qualität der Stadtrandzone.

Die Versorgung der Stadtbevölkerung mit leicht verderblichen und transportempfindlichen Lebensmitteln erfordert in den Randzonen großer Städte die Schaffung spezialisierter landwirtschaftlicher Großbetriebe in enger Kooperation mit der verarbeitenden Industrie.

Die technischen Versorgungs- und sanitär-hygienischen Anlagen werden bevorzugt im Randgebiet der Städte angeordnet. Bei der Wahl ihrer Standorte muß von einer störungsfreien Einordnung und wirtschaftlichen Entfernung zu den Versorgungsgebieten ausgegangen werden, wobei alle Möglichkeiten zur

weitgehenden Nutzbarmachung der städtischen Abfälle für die Industrie und Landwirtschaft auszuschöpfen sind.

Zu den wichtigsten Aufgaben bei der Gestaltung der Stadtrandzonen gehören die Verbesserung des Stadtklimas und die Schaffung guter Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung durch die Anlage, die Pflege und den Schutz ausgedehnter Grüngebiete und Wälder sowie die Nutzung der Gewässer in Verbindung mit der Organisation der stadtnahen Erholung. Die Zentren für die Erholung der Bevölkerung sind durch Schnellverkehrsmittel günstig zu erschließen.

Die Gesamtheit der städtischen Grünflächen, wie Parke, Schmuckanlagen, Wohnhöfe, Sport- und Spielplätze, Promenaden, Uferanlagen, Kleingärten, Friedhöfe und dergleichen, ist zu einem zusammenhängenden System zu verbinden, das in die stadtnahe Landschaft überleitet. Ein solches Grünflächensystem beeinflusst entscheidend die Struktur und Komposition der Stadt und ist für die Erfüllung bioklimatischer Funktionen mitbestimmend. Die Grün- und Erholungsflächen müssen in Planung und Gestaltung den wachsenden Bedürfnissen der Werktätigen nach Entspannung und Erholung gerecht werden. Die Freilegung und Gestaltung überbauter Gewässerufer oder anderer für die Stadtkomposition und für die Erfüllung von Erholungsfunktionen wertvoller Landschaftsteile ist anzustreben. Die durch Baumpflanzungen gegebenen reichen Möglichkeiten zur räumlichen Gliederung, zur Akzentuierung und zur Maßstabbildung sind voll auszunutzen. Die Planung und gartenkünstlerische Gestaltung der Grün- und Erholungsgebiete muß zur räumlichen Ordnung und zur Schaffung einer gesunden, bequemen und schönen Stadt beitragen.

In den Wohngebieten sind in enger räumlicher Beziehung zu den gesellschaftlichen Zentren größere zusammenhängende Grünflächen zu schaffen, die der Erholung und regelmäßigen sportlichen Betätigung der Bewohner dienen. Von besonderer Bedeutung ist die Anlage zusätzlicher Grün- und Erholungsflächen sowie von Baumpflanzungen in den dicht bebauten Altbaugebieten der Städte, um die hygienischen Verhältnisse zu verbessern und den Wohnkomfort zu erhöhen.

Die Grünflächen sind fester Bestandteil der komplexen Bebauung und des Zyklus für den Bauablauf. Zur Erreichung des höchsten Nutzeffektes sind die Grünflächen zweckmäßig einzurichten und so zu gestalten, daß für ihre Anlage und Pflege geringe Aufwendungen entstehen und die Bevölkerung die Möglichkeit erhält, dabei anfallende Arbeiten selbst zu übernehmen.

Schlußbemerkung

Mit den Aufgaben, die der VI. Parteitag gestellt hat, und dem Beschluß des Ministerrates über die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft hat eine neue Etappe in der Entwicklung von Städtebau und Architektur der Deutschen Demokratischen Republik begonnen.

Die großen und komplizierten Aufgaben fordern Klarheit in den politisch-ideologischen Fragen des Städtebaus, verlangen umfangreiche Kenntnisse und eine hohe Qualifikation der Städtebauer und Architekten, Ingenieure und Ökonomen, die Treuhänder des Volkes für eine rationelle und zweckmäßige Verwendung riesiger Investitionen der Volkswirtschaft sind und die Aufgabe haben, komplette, funktionstüchtige Bauwerke und Ensembles höchster Vollkommenheit zu schaffen.

Die Planungen zur Entwicklung der Gebiete, Städte und Dörfer sowie die gebietlichen und städtebaulichen Projekte müssen zum Hauptmittel der Durchsetzung der Grundsätze des sozialistischen Städtebaus und des wissenschaftlich-technischen Höchststandes werden. Die Leistungen der Städtebauer und Architekten sind in das System der ökonomischen Hebel mit einzubeziehen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit müssen in erster Linie von dem erzielten ökonomischen Nutzeffekt her bewertet werden. Ihrer Arbeit müssen deshalb progressive Kennziffern des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zugrunde liegen, wobei durch vergleichende Varianten die wirtschaftlichsten und effektivsten Lösungen zu ermitteln sind.

Um einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen städtebaulicher Projekte zu erzielen, ist es notwendig, die qualifiziertesten Architekten und Ingenieure auf die gesellschaftlich und volkswirtschaftlich bedeutendsten Vorhaben zu konzentrieren. Bei der Durchführung des Wettbewerbes in den Projektierungsbüros und der Verteidigung der Projekte muß neben einer hohen funktionellen, technischen und künstlerischen Qualität die ökonomische Lösung einer besonders sorgfältigen Beurteilung unterzogen werden.

Die Verwirklichung der vielfältigen Aufgaben des Städtebaus und die Durchsetzung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen erfordern die enge Zusammenarbeit der Staats- und Wirtschaftsleitungen, der gesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen Institute und Projektierungsbetriebe, um eine disziplinierte und exakt wissenschaftliche Ausarbeitung der Pläne und Projekte zur Vorbereitung der Investitionen und die Durchsetzung des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes zu sichern. Die umfassenden Aufgaben bei der Planung und dem Aufbau unserer Städte verlangen, daß Architekten und Ingenieure in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Neuerern, Meistern, Brigadieren und Organisatoren der Produktion in den Projektierungsbetrieben, auf den Baustellen und in den Betonwerken den wissenschaftlich-technischen Höchststand durchsetzen, um Bauwerke und städtebauliche Ensembles von hoher Qualität zu schaffen.

Die große Bedeutung von Städtebau und Architektur für die Entfaltung der sozialistischen Lebensweise und die Entwicklung der Nationalkultur machen es notwendig, auch in Städtebau und Architektur den Bitterfelder Weg zu beschreiten. Das erfordert, einerseits immer weitere Kreise der Werktätigen in die Beratung von Projekten zur Gestaltung der Städte und Dörfer einzubeziehen und aus den Vorschlägen der Werktätigen zu lernen, andererseits die Werktätigen zu befähigen, als Mitschöpfer einer sozialistischen Baukultur wirksam zu werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Architekten und anderen gesellschaftlichen Organisationen muß erreicht werden, daß die künftigen Bewohner und Nutzer über die städtebaulichen Pläne und die Projekte umfassend informiert werden und bei der Organisation des gesellschaftlichen Lebens und der architektonischen Gestaltung der sozialistischen Stadt und ihrer Ensembles aktiv mitwirken.

Über den Aufbau des Stadtzentrums von Dresden

Den international bekannten Ruf der Elbmetropole Dresden als Zentrum der modernen Industrie, Wissenschaft und Kunst gilt es durch weitere bedeutende städtebauliche Maßnahmen zu festigen und zu verstärken.

Die in den letzten Jahren vollendeten Bauten, insbesondere im Stadtkern mit den städtebaulichen Ensembles um den Altmarkt einschließlich des Einkaufszentrums Webergasse (s. S. 24 ff.) und der Ernst-Thälmann-Straße, sowie die vielfältigen Rekonstruktionsmaßnahmen an historischen Bauten, mit dem Zwinger an erster Stelle, sind eine wichtige Etappe beim Aufbau des Stadtzentrums.

Der trotz aller Erfolge eingetretene Tempoverlust bei der Vollendung dieser Etappe – es fehlen vor allem noch das Haus der sozialistischen Kultur, das Haus der Gastronomie, das Mehrzweckgebäude zwischen Warenhaus und Postplatz sowie das Taschenbergpalais und das Gewandhaus – und die laufende Verschiebung des Baubeginns für diese wichtigen Objekte wurden in erster Linie verursacht durch lange Begutachtungszeiten und Bestätigungsfristen (beim Haus der sozialistischen Kultur = 14 Monate) und durch ungenügende Konzentration bei der Projektierung und Baudurchführung.

In Auswertung der V. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Politbürotagung zum Aufbau des Stadtzentrums von Dresden wird nunmehr eine straffe Konzentration aller Mittel und Kapazitäten – neben der Hauptaufgabe: Fertigstellung der Ernst-Thälmann-Straße – auf das komplexe Investitionsprogramm Gebiet Prager Straße herbeigeführt.

Darüber hinaus fand zur Vorbereitung künftiger Baumaßnahmen, die der Abrundung des Zentrums der Stadt dienen, der Wettbewerb „Postplatz Dresden“ statt (s. S. 14 ff.).



1
Blick auf die Prager Straße von Süden, rechts die Studentenwohnhäuser an der Christianstraße, im Hintergrund die Kreuzkirche und das Rathaus

Die Planung des Gebietes Prager Straße in Dresden

Dipl.-Ing. Peter Sniegón, BDA
Stellvertretender Stadtarchitekt Dresden

Das Gebiet Prager Straße, an einem wichtigen Abschnitt der Fußgängertrasse (Hauptbahnhof – Prager Straße – Altmarkt – Schloßstraße – Dimitroffbrücke – Straße der Befreiung – Platz der Einheit und Neustädter Bahnhof) gelegen, soll den Stadtkern funktionell und gestalterisch ergänzen, woraus sich seine große Bedeutung gegenüber den anderen sechs Komplexen des Stadtzentrums ergibt.

Dieser Bedeutung müssen sowohl die Gestaltung als auch der Inhalt entsprechen.

Ursprünglich war im Wettbewerbsprogramm ein reines Einkaufs- und Kulturzentrum vorgesehen, das überwiegend ein-, zwei- oder dreigeschossige Bauten und als Höhendominanten lediglich die beiden Hotels aufwies. Das führte zwangsläufig zu einer sehr aufgelockerten Bebauung, oftmals sogar zu einem Ausstellungsscharakter, wie er in vielen Wettbewerbsarbeiten zum Ausdruck kam (z. B. Arbeit 351, s. „Deutsche Architektur“, Heft 3/1963), zum anderen zu einer ungenügenden Lebendigkeit außerhalb der funktionellen Spitzenzeiten und schließlich zu einer unökonomischen Nutzung des wertvollen Baugeländes.

Auf Grund der zu diesem Zeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse wurde das Programm mit dem Ziel überarbeitet, im Bebauungsgebiet gesellschaftliche Einrichtungen und damit gesellschaftliches Leben zu konzentrieren, das wertvolle Baugelände durch Erhöhung der Geschosflächenichte ökonomischer zu nutzen und damit die Voraussetzungen zur Bildung großstädtischer Platz- und Straßenräume zu schaffen.

Die Überarbeitung des Programmes ergab eine Reduzierung der Flächen und Plätze in kulturellen und Handelseinrichtungen, wesentlich mehr Bettenplätze in Hotels und die zusätzliche Anordnung von Apparte-

menthäusern mit Ein- und Eineinhalbraumwohnungen.

Ob in den Zentren großer Städte Wohnungen gebaut werden sollen oder nicht, ist eine vieldiskutierte Frage, und die Meinungen reichen hier von absoluter Ablehnung bis zur unbedingten Förderung. Wir vertreten den Standpunkt, daß der Bau von Kleinwohnungen im Zentrum, in vernünftigen Proportionen zu den anderen Einrichtungen, durchaus zu bejahen ist, zumal auch Bedürfnisse hierfür vorliegen. Hinzu kommt, daß die Gestaltung des Zentrums einer Großstadt wie Dresden die Anordnung von vielgeschossigen Gebäuden und Hochhäusern erfordert, wofür im Prinzip nur Wohngebäude, Verwaltungs- oder Hotelbauten in Frage kommen.

Die Hochhäuser im Gebiet Prager Straße werden Hotels und Wohngebäude sein. In den 12- und 16geschossigen Wohnhochhäusern sind insgesamt 1500 Wohnungen angeordnet, von denen sich jedoch im eigentlichen Gebiet Prager Straße nur 780 Wohnungen, überwiegend Einraumwohnungen, befinden.

Im Gegensatz zu den Punkthäusern wurden die 12geschossigen Bauten so konzipiert, daß die neun Wohngeschosse erst über dem erdgeschossigen Stützengeschoß und dem darüber liegenden Zwischengeschoß beginnen, da ein Wohnen in der unteren Zone nicht zumutbar ist und die Durchgängigkeit im Interesse der Flächigkeit des Zentrums gewährleistet sein muß.

Auch gegen die Konzentration von 2300 Hotelbetten im Gebiet Prager Straße wurden Einwände vorgebracht. Wir sind jedoch der Auffassung, daß die Anordnung von Hotels im Zentrum von Dresden richtig ist, da sowohl die Dienstreisenden als auch die Touristen ihre Zielobjekte überwiegend im Zentrum vorfinden und die Frage der Zeiter-

sparsnis gerade hierbei eine große Rolle spielt (Ökonomie der Zeit!).

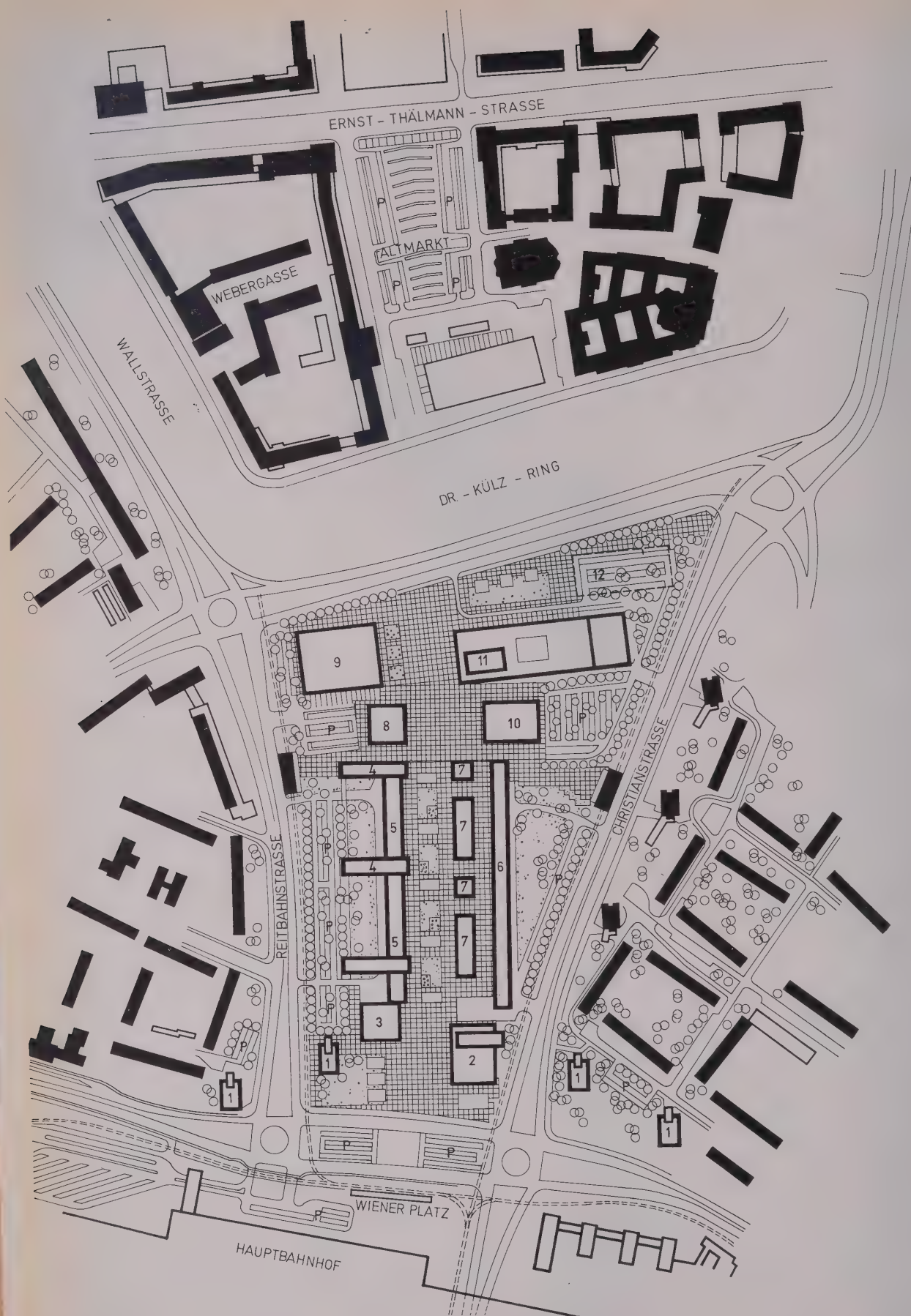
Der Hauptgegenstand der Diskussion war die Frage, ob in den Zentren unserer Großstädte, speziell in einer Größenordnung wie Dresden, eine Spezialisierung nach Funktionskategorien (Trennung in Einkaufs-, Vergnügungs-, kulturelles, Touristen- und Verwaltungszentren und reine Wohnkomplexe) und damit eine Citybildung mit getrennten Funktionszeiten erwünscht ist oder ein Zentrum, das in allen seinen Teilen mehrere Funktionen in sich vereint und somit Ganztagsfunktion erfüllt.

Unserer Ansicht nach kann für das Zentrum oder den Stadtkern einer solchen Großstadt nur das letztere in Frage kommen, da nur so die politisch-kulturelle Aufgabe erfüllt, die Einheit aller Bereiche hergestellt und eine harmonische Befriedigung aller Bedürfnisse erreicht werden kann. Hinzu kommt, daß nur auf der Grundlage dieser Aufgabenstellung und unter Verwendung und variablen Zusammenfügung aller Bauwerkskategorien die notwendige differenzierte städtebauliche Gestaltung erreicht wird.

Unserer Auffassung nach ist eines der wichtigsten Prinzipien des sozialistischen Städtebaus, solche Raumgestaltungen anzustreben, die eine eindeutige Führung von der kleinsten Einheit bis zum Zentrum schaffen. Diese städtebaulichen Ordnungen müssen in Inhalt und Gestaltung dem jeweiligen Charakter entsprechen und eine Steigerung zum Stadtzentrum bringen.

Ausgehend von diesen theoretischen Erwägungen wurden nach Abschluß des Wettbewerbes die wichtigsten Ergebnisse untersucht und auf Grund von Schemaplänen analysiert (Abb. 3 bis 5).

Diese Schemapläne weisen die Unterschiede der Entwürfe in bezug auf Raum-

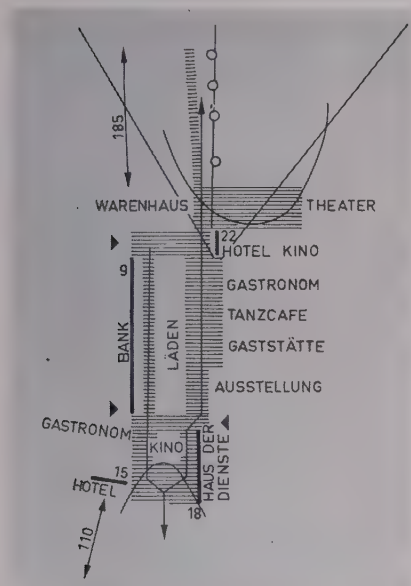


2
Bebauungsplan des Dresdner Zentrums 1 : 5000

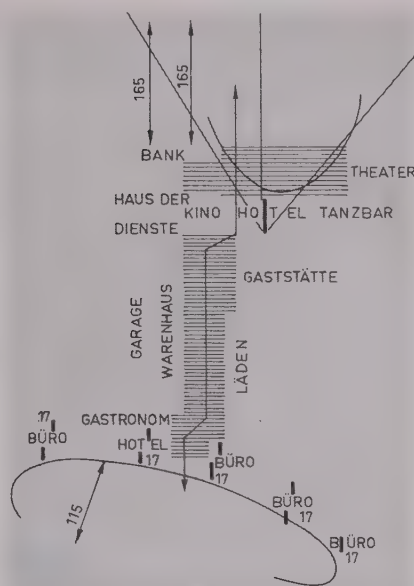
- 1 Sechzehngeschossige Wohnhochhäuser mit Einraumwohnungen
- 2 Fünfzehngeschossige Hotelscheibe mit erdgeschossigem Gaststättenteil
- 3 Zweigeschossige Gaststätte mit Café, Frühstücksraum und Selbstbedienungsgaststätte
- 4 Zwölfgeschossige Touristenbettenhäuser
- 5 Zweigeschossige Spezialläden (Blumen, Buch-

- handlung, Musikinstrumente, Geschenkartikel) mit Büroräumen im ersten Obergeschoß
- 6 Zwölfgeschossiges Appartementhaus mit Ein- und Eineinhalbraumwohnungen sowie Friseur und Annahmestellen für Dienstleistungen im Stützengeschoß
- 7 Zweigeschossige Spezialläden (Ausstattung Damen und Herren, Lederwaren, Delikatégeschäft) mit einer Kellergarage im Untergeschoß
- 8 Zweigeschossige Gaststätte mit Speiserestaurant, Tanzbar und Betriebsrestaurant

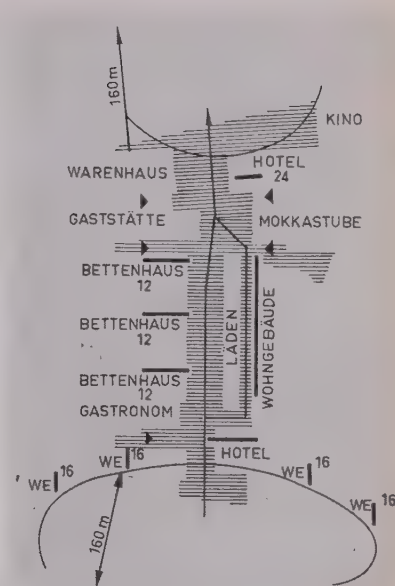
- 9 Ein Warenhaus als Kompaktbau mit 10 000 m² Verkaufsfläche, eine Tiefgarage
- 10 Filmtheater mit 1000 Plätzen sowie Mookastube, Milchbar und Grillbar
- 11 Hotel mit 24geschossigem Bettenhaus und zweigeschossigem Gaststättenteil sowie angehängtem Tanzvarieté mit 480 Plätzen und anschließender Hochgarage
- 12 Reservestandort für ein gesellschaftliches Gebäude



Dipl.-Ing. Silvia Dumajan
Dipl.-Ing. Lothar Kwasnitzka
Gartenarchitekt Hubert Matthes, BDA
Dipl.-Ing. Heinz Willumat
Architektenkollektiv Berlin



Dipl.-Ing. Heiner Kulpe
Dr.-Ing. Manfred Zumpe
Dr.-Ing. Peter Schmiedel
Dipl.-Ing. Ralf Peschel
Dipl.-Ing. Walter Herzog
Technische Universität Dresden,
Lehrstuhl Professor Dipl.-Ing. Göpfert



Autorenkollektiv
Dipl.-Ing. Peter Sniegon
Stellvertretender Stadtarchitekt
Stadtbauamt Dresden

gestaltung, Fußgängerführung, Abstand des Gebietes zum Stadtkern und zum Hauptbahnhof, die Querverbindungen und die Stellung der vielgeschossigen Bauten aus.

Auf Grund dieser Analyse wurden Anfang 1963 für die weitere Bearbeitung folgende Schlußfolgerungen gezogen:

Wiener Platz

Der Wiener Platz ist großräumig unter Anordnung von Hochhäusern ähnlich dem ersten 3. Preis zu gestalten. Dabei sind die Hochbauten ZTE, DEWAG-Werbung und Reichsbahndirektion in der bisherigen Form aufzuheben und die betroffenen Standorte in die Gesamtkomposition einzubeziehen, wie zum Beispiel im ersten 3. Preis oder im zweiten 3. Preis. Die Breite des Wiener Platzes sollte etwa 130 m betragen.

Prager Straße

Um eine lebendige städtebauliche Raumbildung auch mit wechselnden Richtungen zu erreichen, sollten die Untersuchungen über die Hauptachse unter Berücksichtigung des zweiten 3. Preises mit seinem zweimaligen Knick erfolgen. Damit ist es auch möglich, die Fronten zum Ring und zum Wiener Platz parallel zur vorhandenen Bebauung anzuordnen und so eine einheitliche klare Gestaltung zu erreichen. Die Idee des zweiten Weges im Verlauf der Prager Straße gemäß dem 2. Preis (Einkaufspassage, Fußgängerpromenade) ist in die Untersuchung

einzu beziehen. Die Querverbindungen, entsprechend dem 2. und dem zweiten 3. Preis, sind mit vorzusehen.

Ring

Die Eingangssituation mit einem sich zum Ring öffnenden Platz, entsprechend dem 2. Preis und dem ersten 3. Preis, ist im Entwurf aufzunehmen, wobei die Anordnung Warenhaus – Hotel – Theater beibehalten werden sollte. Die Fluchten der Gebäude sind zur Ringbebauung wie beim ersten 3. Preis anzuordnen, wobei eine Ringbreite von 170 m nicht überschritten werden sollte.

Dominanten

Die Hochhausdominante entspricht in Stellung und Standort, gemäß dem 2. Preis und ersten 3. Preis, dem Optimum und gewährleistet Blickbeziehungen zum Wiener Platz, Postplatz, Altmarkt und Pinaischen Platz. Ihre Höhe sollte 24 Geschosse nicht überschreiten. Abgestimmt zu dieser Höhe sollten weitere Hochkörper, ähnlich wie im 2. Preis und im ersten 3. Preis vorgeschlagen, als Rückgrat der Raumkompositionen angeordnet werden.

Auf Grund der Schlußfolgerungen aus der Analyse und dem überarbeiteten Programm und auf Grund der im Juli 1963 gegebenen Empfehlungen der Deutschen Bauakademie erarbeitete eine beim Rat der Stadt Dresden gebildete Komplexbrigade, der Fachkräfte aus vielen Institutionen und Betrieben der DDR, wie zum Beispiel Technische

Universität Dresden, VEB Hochbauprojektierung Dresden, VEB Hochbauprojektierung Bautzen, Hochschule für Binnenhandel Leipzig, Institut für Handelstechnik Berlin, angehört und die insgesamt mit Nachbeauftragten etwa 70 Kolleginnen und Kollegen umfaßte, innerhalb von vier Monaten in einer Phase Bebauungsplan, komplexe Aufgabenstellung und Aufgabenstellung für die einzelnen Objekte.

Aus dem Schemaplan des erarbeiteten Bauungsplanes ist ersichtlich, inwieweit die angeführten Schlußfolgerungen in die Praxis umgesetzt wurden. Die funktionellen Veränderungen gestatteten ein kompakteres Bauen (Geschoßflächendichte 1:1,2) und damit Raumbildungen in zwei Stufen, nämlich Großraumbildungen – besonders am Wiener Platz und im Mittelteil – unter Verwendung von 12-, 16- und 24geschossigen Bauten und die in diesen Räumen angeordneten Kleinräume mit den ein- und zweigeschossigen Bauten.

Entsprechend dem Ergebnis der Diskussion auf dem 9. Plenum der Deutschen Bauakademie und den Empfehlungen der Plenumskommission wurde Anfang 1964 die Grundkonzeption weiter verbessert. So ergaben sich gegenüber der zum 30. 11. 1963 erarbeiteten Aufgabenstellung einige Veränderungen wie die Kombinierung des Filmtheaters und der Mokka-Stube mit Standort südlich des Hotels am Ring und damit Festlegung eines Reservestandortes für ein gesellschaftliches Gebäude am ehemaligen Ringstandort des Kinos, Verlängerung des



6



7

gesamten Mittelteiles und Verkürzung des Hotelbaukörpers Wiener Platz zur stärkeren Herausbildung der richtungsbetonenden Mittelachse, Anordnung eines Bürogeschosses über den Läden der Westseite zur Erreichung einer beiderseitigen Zweigeschossigkeit der Handelseinrichtungen (Abb. 8).

Bei den Aussprachen über die von uns vorgeschlagenen Lösungen tauchte immer wieder die Forderung nach größerer Flächigkeit eines solchen Fußgängerzentrums auf. Wir versuchten das Problem dadurch zu lösen, indem wir das wichtigere Problem der Führung durch die Großraumbildung lösten, während wir zur Erreichung einer gewissen Flächigkeit im Mittelteil zwei unterschiedliche Fußgängerwege mit Querpassagen anordneten, die 12geschossigen Hochbauten auf Stützen stellten und Querverbindungen nach Osten und Westen vorsahen. Eine weitergehende Flächigkeit hätte bedeutet, ebenso bedeutende gesellschaftliche Einrichtungen an der Christianstraße und Reitbahnstraße anzuordnen. Selbst geringen Erweiterungen stehen jedoch technisch-ökonomische Probleme im Wege, denn ein flächiges Zentrum, das nicht nur in den Hauptachsen und Querverbindungen, sondern auf der gesamten Fläche dem Fußgänger vorbehalten sein soll, bedeutet eine absolute unterirdische Anlieferung sowie hundertprozentige Abdeckung des Parkbedarfes in unteren oder oberen Ebenen, abgesehen von einer notwendigen Ausweitung des städtebaulichen Programmes.

Ein solches Programm ist ökonomisch nicht zu vertreten, und wenn in einigen Teilen des Gebietes, wie zum Beispiel zur Reitbahnstraße und zur Christianstraße hin, Räume mit einer anderen Wertigkeit entstehen, so ist damit nicht gesagt, daß diese Teile mit geringerer Aufmerksamkeit gestaltet werden sollen oder daß damit eine „Hinterhofsituation“ entsteht.

Ein weiteres Problem, das im Zusammenhang mit einem flächigen Zentrum auftrat, ist der allseitige Zugang der Baukörper von gesellschaftlichen Einrichtungen. Während solche Kompaktbauten wie das Warenhaus mit seiner unterirdischen Anlieferung ohne weiteres allseitig zugänglich gemacht werden können, ist dies bei anderen Handelsbauten (wie z. B. dem Handelszweckbau für Spezialläden vor dem 12geschossigen Wohnhaus) wesentlich schwieriger. Die Forderungen des Handels laufen im Prinzip auf folgendes hinaus: quadratische Baukörper, erdgeschossige Lager, erdgeschossige Anlieferung. Diese oft ultimativ gestellten Bedingungen gestatten jedoch kein Hineinstellen in den Fußgängerbereich, so daß versucht werden muß, bei solch speziellen städtebaulichen Situationen zu einem annehmbaren Kompromiß zu gelangen.

Über die zwei Entwicklungsstufen (vier einzeln stehende Pavillons – in der Lagerzone unter den 12geschossigen Bau geschobenen Spezialläden) kamen wir schließlich zur Variante mit den kompakten, langgestreckten Zweckbauten mit unterirdischer Anlieferung.

Das waren einige Probleme, die bei der Gestaltung des Gebietes Prager Straße auftraten. Was uns fehlt, sind theoretische Betrachtungen an konkreten Planungsbeispielen, Analysen gebauter Lösungen mit entsprechenden Schlußfolgerungen für die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus, sind offene Architekturkritiken mit konkreter Darlegung von Gegenbeispielen, wie sie uns Professor Schmidt, leider fast als einziger, in der letzten Zeit in einigen Fällen demonstrierte.



8

9



6 | 7

Modellfotos des Gebietes Prager Straße von Süden gesehen

9

Schaubild des Hotels

8

Modellfoto des zentralen Bereichs von Dresden

10

Blick in die Prager Straße von Süden

10



Wettbewerb Postplatz Dresden

Der Postplatz – ein neuer städtebaulicher Akzent beim Aufbau des Stadtzentrums von Dresden

Kurt W. Leucht
Ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie

Warum ist die städtebauliche Gestaltung des Postplatzes hinsichtlich seiner Funktion, des Massenaufbaus, der räumlichen und architektonischen Komposition von so großer Bedeutung? Der Postplatz hatte bereits vor der furchtbaren Zerstörung Dresdens einen Klang in der Welt. Er war für die Besucher als auch für die Einwohner der Stadt der Platz, der das Zentrum der Stadt eröffnete und einleitete. Er war der Knotenpunkt vieler Verkehrslinien des Massennahverkehrs und des individuellen Straßenverkehrs und Vorplatz des Hauptpostamtes. Beim Neuaufbau des Stadtzentrums ist dem Postplatz eine noch höhere Bedeutung im Kranz der städtebaulichen Ensembles des sozialistischen Zentrums beizumessen.

Der neue Postplatz stellt die westliche Begrenzung der innerstädtischen Magistrale, der Ernst-Thälmann-Straße, dar. Der Straßen- und Grünring, der den Kern der Stadt umschließt, endet im westlichen Abschnitt mit der Dr.-Otto-Nuschke-Straße am Postplatz. Die neue Freiburger Straße, als westliche Verlängerung der Magistrale mit einer Reihe von zehngeschossigen Wohnhochhäusern, führt zum Postplatz. Der Postplatz selbst nimmt in der städtebaulichen Komposition der Gesamtstadt folgende räumliche und funktionelle Beziehungen auf:

- zum Haus der sozialistischen Kultur;
- zum Altmarkt als dem politisch-gesellschaftlichen Mittelpunkt;
- zum Pirnaischen Platz als östliche Begrenzung der innerstädtischen Magistrale;
- zum Dippoldisdwalder Platz und zum Hauptbahnhof;
- zum Ensemble des Zwingers und des historischen Theaterplatzes;
- zur Julian-Grimau-Allee mit dem Schauspielhaus und dem Pressezentrum am Brückenkopf der Marienbrücke;
- zur Georgi-Dimitroff-Brücke und der inneren Neustadt;
- zum neuen Ensemble der Prager Straße mit den Hochhäusern am Wiener Platz, dem Bezirkswarenhause und dem Hochhaus am Ring;
- zu dem Kranz der Hochhäuser am Rande des Stadtkerns, wie die Hochhäuser am Brückenkopf der neuen Brücke am Rathenau-Platz, am Pirnaischen Platz, am Georgsplatz, an der Prager Straße, am Dippoldisdwalder Platz, an der Marienbrücke und den Hochhäusern in der Neustadt.

Aber auch als Verkehrsplatz erhält der Postplatz entsprechend der modernen Verkehrskonzeption der Stadt Dresden bedeutend höhere Aufgaben als früher. Der Postplatz hat sich in den letzten Jahren zum größten Straßenbahnhaltepunkt der Stadt entwickelt.

Der neue Postplatz ist aber auch Bindeglied im Grünsystem der Stadt, er verbindet die Grünanlagen des Ringes mit dem Grün des Zwingers und des Zwingerteiches. Ein weiteres wichtiges Anliegen bei der Neugestaltung des Postplatzes war es, das Westkraftwerk mit seinen vier häßlichen Blechschornsteinen aus der Sicht der Magistrale durch geeignete Baumaßnahmen zu verdecken.

Schon allein diese wenigen Festpunkte zeigen, welche hohen Anforderungen an die städtebaulich-architektonische Meisterung des Postplatzes zu stellen sind.

Beim Neuaufbau des Postplatzes geht es um die Verwirklichung eines wichtigen Grundsatzes unseres sozialistischen Städtebaus, nämlich darum, auf der Grundlage des Perspektivplanes der Volkswirtschaft mit höchstem Nutzeffekt abgerundete, voll nutzbare

Auf Empfehlung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Rat der Stadt Dresden im Frühjahr 1964 einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Gestaltung des Postplatzes mit den Neubauten der Deutschen Post und des Hauses der Banken ausgeschrieben. Damit wurde ein außerordentlich wichtiger und bedeutender Abschnitt für den weiteren Aufbau des sozialistischen Stadtzentrums von Dresden planmäßig vorbereitet.

Bei dem Wettbewerb handelte es sich um einen kombinierten bezirksoffenen Wettbewerb, zu dem alle Architekten, Städtebauer und Ingenieure sowie Studenten nach abgeschlossenem Vordiplom des Bezirks Dresden zugelassen waren. Zur Teilnahme besonders aufgefordert wurden:

Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie,
Bezirksdirektion der Deutschen Post Dresden,
VEB Industrieprojektierung I Dresden,
VEB Industrieprojektierung II Dresden,
VEB Dresdenprojekt.

Außerdem beteiligten sich auf besonderen Wunsch einige Architekten, die an der Technischen Universität Dresden studiert haben.

Nachstehend bringen wir unseren Lesern alle zum Wettbewerb eingereichten Entwürfe zur Kenntnis. red.

städtebauliche Ensembles zu schaffen, die planmäßig zur ständigen Vervollkommenung des Stadtzentrums beitragen.

Es geht um mehr als nur Häuser zu bauen.

Vor Jahren war es noch gut, einzelne Gebäude architektonisch und bautechnologisch einwandfrei zu lösen. Wir müssen heute von unseren Architekten und Städtebauern mehr erwarten. Wir müssen höhere Forderungen an die Lösung der städtebaulichen Ensembles stellen. Unsere sich stetig weiterentwickelnde sozialistische Gesellschaft, als unser Auftraggeber, als unser „Bauherr“, verlangt, daß die Architekten und Städtebauer zu den bereits gebauten oder im Bau befindlichen Gebäuden und Ensembles folgerichtig und logisch die Stadt mit höchstem künstlerischen Kräfteinsatz vervollkommen. Es geht nicht darum, in sich gelöste isolierte Gebäude und Ensembles zu schaffen, um sich mit einer betonten Einmaligkeit besonders hervorzuheben. Viele solche Beispiele kennen wir aus der Praxis der Architekten der kapitalistischen Länder. Sondern es ist unsere Pflicht und Aufgabe, die bisherigen städtebaulichen Ensembles so zu ergänzen und zu vervollkommen, daß ein einheitlich wirkendes, geschlossenes Kunstwerk entsteht. Für unser städtebauliches Schaffen darf es keinen Stillstand geben. Die Forderung unserer Gesellschaft nach immer höherer Qualität im Städtebau ist ein ständig wirkender Faktor. Die neue Qualität muß immer aufs neue errungen werden. Das erfordert ein offenes und klares Verhältnis zum Bauherrn, zum Auftraggeber „Gesellschaft“. Für uns Städtebauer gibt es nur einen Auftraggeber, die sozialistische Gesellschaft. Sie wird vertreten durch die gewählten Organe der Partei und des Staates. Solche Aufgaben, wie die Gestaltung des Postplatzes, lassen sich einzig und allein nur dadurch lösen, daß wir das Leben, Denken und Fühlen unseres Volkes erforschen. Deshalb ist der Weg, den der Rat der Stadt Dresden eingeschlagen hat, richtig, nämlich vor, während und nach der Juryentscheidung die Wettbewerbsarbeiten öffentlich auszustellen und die Meinung aller Schichten der Bevölkerung zu hören. Auch die Teilnehmer am Wettbewerb hatten Gelegenheit, vor der Entscheidung der Jury ihre Arbeiten und Gedanken ausführlich zu erläutern.

Die technische Revolution im Bauwesen und damit die Anwendung des maximalen Industrialisierungsgrades beim Bau der Städte erfordert von uns Architekten außerordentlich konkrete und präzise Aussagen. Bei dem Wettbewerb Postplatz ist in dieser Richtung ein erfreulicher Schritt getan worden. Alle Teilnehmer haben die Forderungen der maximalen Industrialisierung im Bauwesen in ihren Vorschlägen zum Ausdruck gebracht. Hervorheben möchte ich dabei ganz besonders die jungen Kollektive aus Absolventen der Technischen Universität Dresden, die in sehr konsequenter Weise die Rastersysteme und die Montagefähigkeit der Bauwerke am Postplatz als Grundlinie für ihre Arbeiten ansahen.

Die Wettbewerbsjury legte für die städtebauliche Bewertung der zehn eingereichten Arbeiten folgende Prinzipien zugrunde:

■ Optische Verlängerung der Dr.-Otto-Nuschke-Straße, Fortsetzung der achtgeschossigen Bebauung bis zum Postplatz. (Damit wird die begonnene städtebauliche Leitlinie des Massenaufbaus an der konkaven Seite des gesamten Ringes vom Rathenau-Platz, Pirnaischen Platz, Georgsplatz, nördliche Endigung der Prager Straße, Dippoldisdwalder Platz bis zum Postplatz in Variationen der vielgeschossigen Höhenakzentuierung folgerichtig fortgesetzt.)

■ Aufnahme der zweigeschossigen Systemlinie der Einkaufszone der Ernst-Thälmann-Straße. (Die zweigeschossige Einkaufszone in der Ernst-Thälmann-Straße und am Altmarkt – siehe S. 24 ff. – ist bereits zu einer einprägsamen städtebaulich-architektonischen



Komposition für das Stadtzentrum Dresden geworden. Auch das in der Projektierung befindliche Ensemble der Prager Straße wird diese zweigeschossige Leitlinie aufnehmen. Durch dieses Gestaltungsmittel wird die Westseite des Postplatzes in das Ensemble der Magistrale und des Stadtkerns eingebunden und die an sich kurze Ernst-Thälmann-Straße optisch verlängert.)

■ Standortwahl und Höhenbegrenzung der Hochhausdominante an der Westseite des Postplatzes mit Rücksicht auf das Schauspielhaus und den Zwinger sowie die räumliche Ordnung des Platzes. (Mit Rücksicht auf den Maßstab des weltberühmten Ensembles des Zwingers darf das Hochhaus an der Westseite des Postplatzes vom Innenhof des Zwingers nicht zu sehen sein. Das Hochhaus oder die Hochhausgruppe müssen ihren Standort möglichst weit im Westen des Platzes finden, damit keine störenden Überschneidungen zum Bühnenhaus des Schauspielhauses und zum Zwinger eintreten. Die maximale Höhe des Hochhauses sollte deshalb 54 m nicht überschreiten.)

■ Wie steht die Höhendominante zu den bereits gebauten zehngeschossigen Wohnhochhäusern der Freiburger Straße? (Der Abstand und die Richtung des 54 bis 60 m hohen Postgebäudes zu den vorhandenen zehngeschossigen Wohnhochhäusern sind von entscheidender Bedeutung für die organische Anbindung des Postplatzensembles an die neue Freiburger Straße. Es darf kein „Vater-und-Sohn“-Maßstab eintreten.)

■ Wie ist die Abschirmung der bereits gebauten fünfgeschossigen Wohnbebauung der Seevorstadt West gelöst? (Ein Blick vom Postplatz oder von der Dr.-Otto-Nuschke-Straße in die vorhandene Bebauung der Seevorstadt West muß mit städtebaulichen Mitteln vermieden werden, um die Geschlossenheit und Einheit des Ringes zu wahren.)

■ Beurteilung der funktionellen, programmgerechten post- und banktechnologischen Lösung der Aufgabe. (Die richtige Anordnung der Funktionsräume der Post, besonders des Fernmeldeamtes, und die Konzentration sowie Mehrzwecknutzung der Betriebsstätte und anderer Funktionsräume müssen zu einer optimalen Lösung führen. Die Fußgängerwege und der Fahrverkehr zur Post und zu den anderen Gebäuden müssen höchste Bequemlichkeit, Sicherheit und eine räumliche Ordnung gewährleisten.)

■ Die maximale Anwendung der industriellen Bauweise. (Montagefähigkeit, Einhaltung der Systemraster, Durchführung der Fließfertigung, Gewährleistung vollnutzbarer Teilabschnitte.)

■ Abdeckung der Forderungen für den ruhenden Verkehr und Erschließung. (Anordnung von Tief- oder Hochgaragen und ihre günstigsten Standorte. Trennung des Parkbetriebes vom Postbetrieb. Berücksichtigung der bestehenden Bebauung, insbesondere der ständigen Erhaltung oder zeitweiligen Nutzung des Elsa-Fenske-Hauses. Sicherung der Baufreiheit.)

Die Jury entschied nach zweitägiger Beratung, einen ersten Preis für die Arbeit des Kollektivs Professor Göpfert, Technische Universität Dresden, zu vergeben und einen zweiten Preis für die Arbeit des Kollektivs der Bezirksdirektion Deutsche Post Dresden.

Erst mit einem gewissen Abstand in Qualität und Wertigkeit folgen die acht anderen Arbeiten. Davon wurden entsprechend den festgelegten Prinzipien zur Beurteilung drei Ankäufe ausgewählt. Die mit Preisen und Ankäufen ausgezeichneten Arbeiten haben gezeigt, daß die Kollektive der Architekten und Ingenieure die Notwendigkeit der folgerichtigen Weiterentwicklung des städtebaulichen Antlitzes der Stadt Dresden voll erkannt haben. Der Wett-

bewerb hat ein gutes und brauchbares Ergebnis gebracht. Die Ideen und Vorschläge des 1. und 2. Preises werden bei der weiteren Ausarbeitung des Projektes Postplatz als Grundlage dienen. Auf Grund der Auswertung des städtebaulichen Wettbewerbes Postplatz sind für den weiteren Aufbau der Stadtzentren folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

■ Eine städtebauliche und architektonische Gestaltung, die die Eigenarten der Städte und Landschaft berücksichtigt und jeder Stadt ein ihr eigenes ausdrucksvolles, charakteristisches Gepräge verleiht;

■ maximale Anwendung der Methoden des industriellen Bauens, des Baukastensystems und der Schnellbaufertigung;

■ einheitliche langfristige Planung und wissenschaftliche Leitung;

■ volle Verantwortung der Nutzer oder Fachplanträger für die Finanzierung der Investitionen aus ihren Mitteln;

■ räumliche und zeitliche Konzentration der materiellen und finanziellen Mittel, um nach gründlicher Vorbereitung in kürzester Zeit wirkungsvolle städtebauliche Komplexe zu schaffen;

■ rationelle Nutzung des Baulandes;

■ Einbeziehung erhaltungswürdiger Bausubstanz und Anwendung strenger Maßstäbe bei Abriß- und Verlagerungsmaßnahmen;

■ räumliche und zeitliche Koordinierung der einzelnen Investitionsvorhaben der Planträger, um durch die Bildung von Investitionskomplexen eine ökonomische Vorbereitung und Durchführung der Investitionen zu erreichen;

■ Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionsvorhaben in den Stadtzentren auf der Grundlage der Investitionsverordnung;

■ Beratung der Entwürfe und Projekte vor Beschlußfassung mit breiten Kreisen der Bevölkerung.

Das städtebauliche Ensemble am Postplatz wird in Gemeinschaft mit dem in Kürze beginnenden Bau des Hauses der sozialistischen Kultur und des großstädtischen Ensembles der Prager Straße ein bedeutender Beitrag zur Weiterentwicklung unserer sozialistischen Nationalkultur auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur sein. Diese Entwicklung ist aber mit der Meisterung der technischen Revolution durch die Arbeiterklasse und der Durchsetzung unseres neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf die vielfältigste Art verbunden, wie Walter Ulbricht auf der II. Bitterfelder Konferenz sagte.

Im besonderen Maße tritt im Städtebau und in der Architektur der Zusammenhang von wissenschaftlich-technischer Umwälzung und Kulturrevolution stark in Erscheinung. Die Bauten in den Zentren unserer Städte entstehen unter den Bedingungen der technischen Umwälzung unserer Volkswirtschaft und damit des Bauwesens. Diese Tatsache wird den Arbeitsprozeß und die Qualität unserer städtebaulichen Arbeiten sowie die Lebensweise der Menschen unserer sozialistischen Gesellschaft grundlegend beeinflussen.

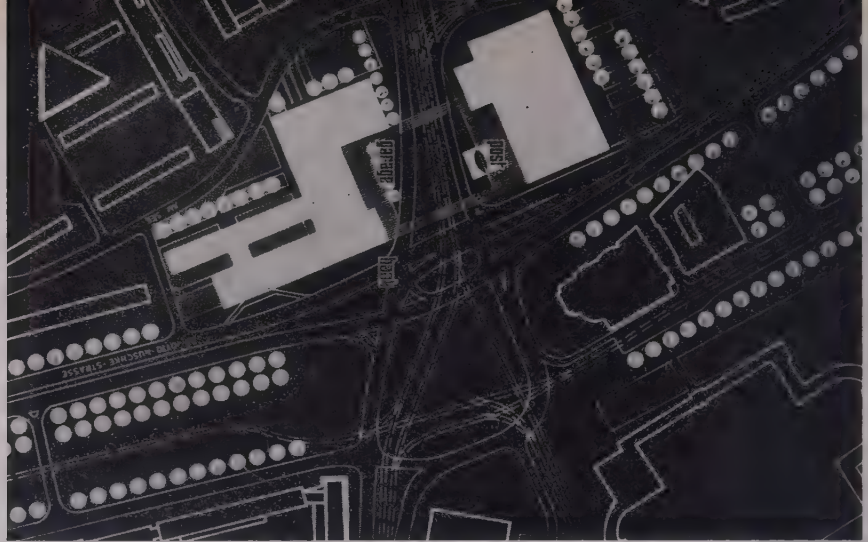
Die künftigen Werke des Städtebaus können aber nur unter aktiver Mitwirkung der bildenden Kunst gedeihen.

Wir haben in Dresden in den letzten Monaten zwischen den Städtebauern, Architekten und bildenden Künstlern Wege der Gemeinschaftsarbeit beschritten, um bei der Gestaltung der Komplexe Prager Straße und Ringbebauung vom ersten Entwurf an ein enges Zusammenwirken zwischen Architekten und bildenden Künstlern zu erreichen. Damit wollen wir einen Beitrag zur realen Weiterentwicklung unserer sozialistischen Nationalkultur in Zusammenarbeit mit allen Werktätigen leisten.

Die fünf prämierten Entwürfe

1. Preis

Professor Rolf Göpfert
Dipl.-Ing. Werner Rösler
Dipl.-Ing. Jürgen Steinkopf
Dipl.-Ing. Horst Witter
Technische Universität Dresden



Begründung der Jury

Der Entwurf zeigt eine gut ausgewogene Massenverteilung. Die Höhenbegrenzung ist auf der Nordseite des Postplatzes in Form von zwei 60 m hohen, 16geschossigen Hochhauskörpern in Doppelstellung erreicht, die durch einen gemeinsamen freiliegenden Verkehrskern miteinander verbunden sind.

Das System der zweigeschossigen Erdgeschoßzone in der Ernst-Thälmann-Straße wird auf der Westseite des Postplatzes folgerichtig aufgenommen.

Beiderseits der Freiburger Straße entstehen Fußgängerräume, die den Eingangssituationen vorge-lagert sind.

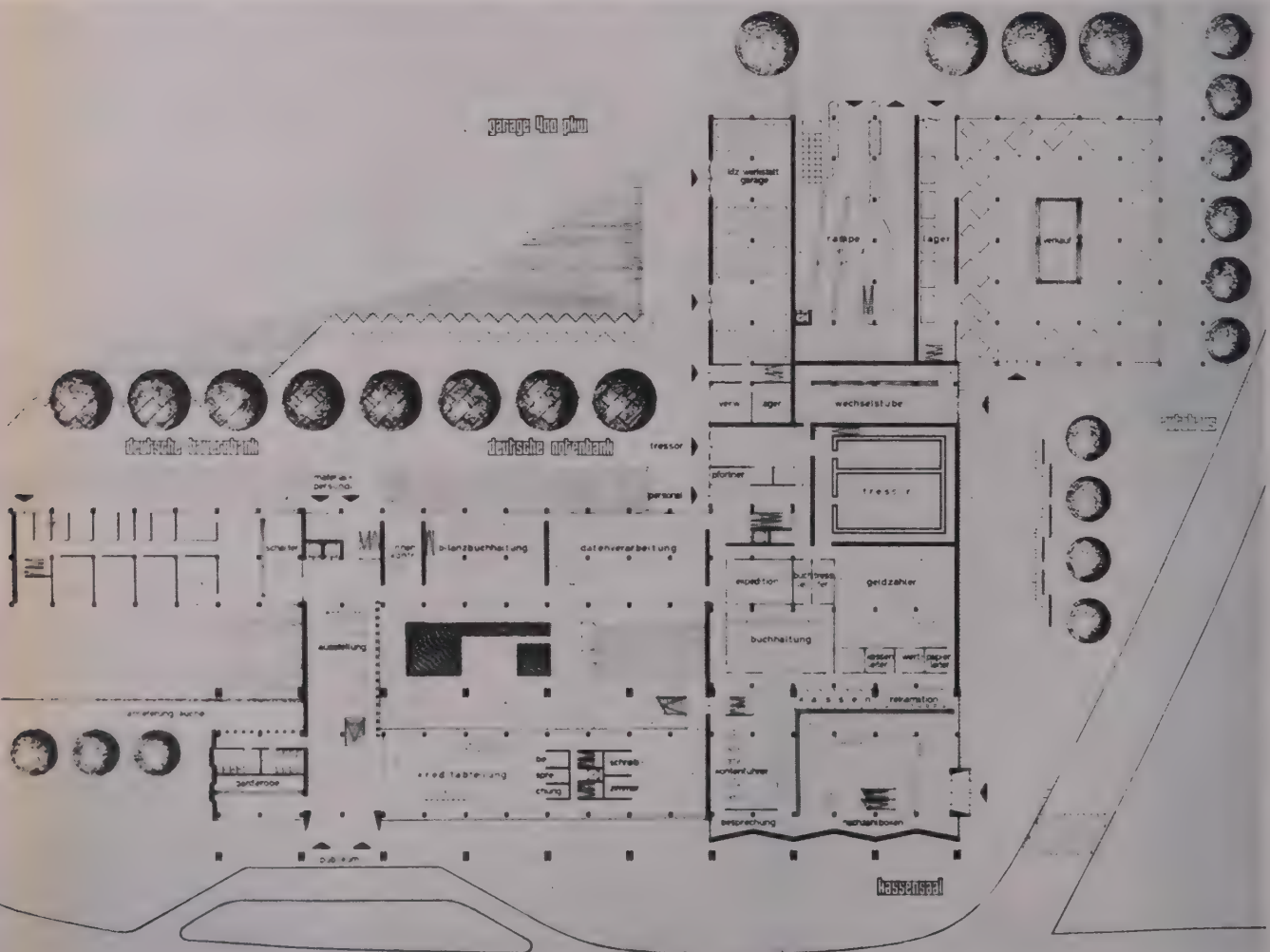
Das Positive dieser Lösung besteht darin, daß die Bebauungshöhen der Dr.-Otto-Nuschke-Straße und Freiberger Straße aufgenommen sind und eine Vielzahl von Elementen vermieden wurde, so daß bei aller Lebendigkeit der Fassadengestaltung ein geschlossener und ruhiger Raumeindruck entsteht. Der Zwinger wird durch die Hochhausgruppe nicht beeinträchtigt.

Die Baudurchführung der Gebäude der Deutschen Post ist auch unter vorläufiger Beibehaltung des Elsa-Fenske-Hauses möglich.

Die Funktionen wurden in allen Gebäuden gelöst, wenn auch manche Zuordnung, speziell bei den postalischen Einrichtungen, besser und großzügiger hätte behandelt werden können.

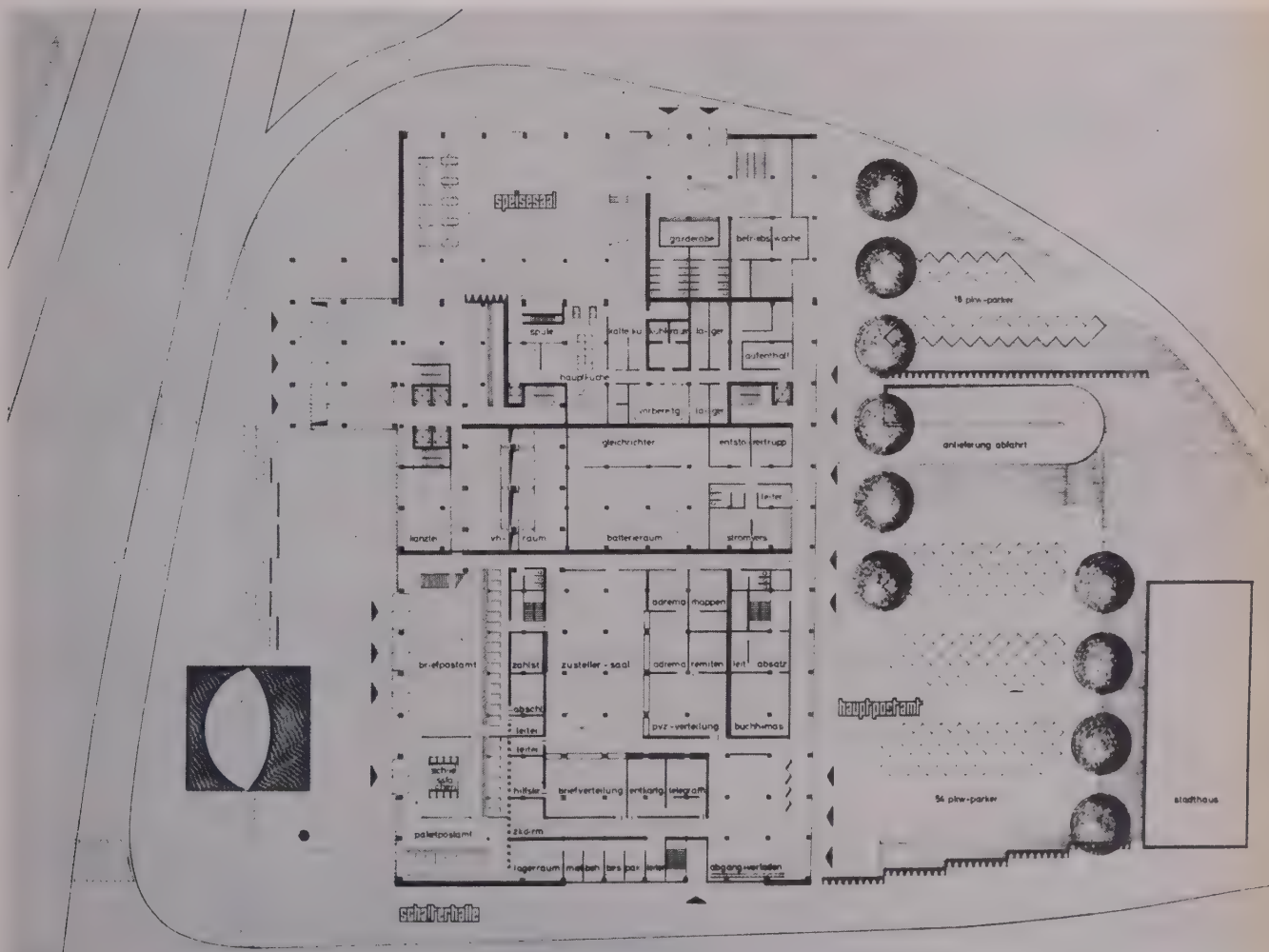
Die Funktionstrennung der drei Postbereiche ist nicht konsequent genug, die Unterbringung des Fernmeldeamtes in einem Hochhauskörper ist schwierig.

Bankgebäude und Garage





Postgebäude



2. Preis

Dipl.-Ing. Günter Biermann
Dipl.-Ing. Herbert Feige
Architekt BDA Joachim Grundmann
Architekt BDA Kurt Nowotny
Architekt BDA Wolfram Starke
Bezirksdirektion Deutsche Post Dresden
Abteilung Hochbau, Sektion Projektierung



Begründung der Jury

Die städtebauliche Situation dieser Arbeit ist der Arbeit, die mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde, verwandt.

Die beiden freistehenden Hochhausscheiben bringen mit ihrer Richtungsänderung gegenüber der rhythmischen Folge der Wohnhochhäuser an der Freiburger Straße einen guten Abschluß. Das gleiche gilt auch für die Sicht aus der Ernst-Thälmann-Straße.

Wenig überzeugend ist, daß in der Dr.-Otto-Nuschke-Straße durch einen würfelförmigen Hochkörper am Haus der Banken eine unnötige Zäsur entsteht, die im Rahmen der unterschiedlichen, den Platz umstehenden Baukörper ein zusätzliches Element bringt.

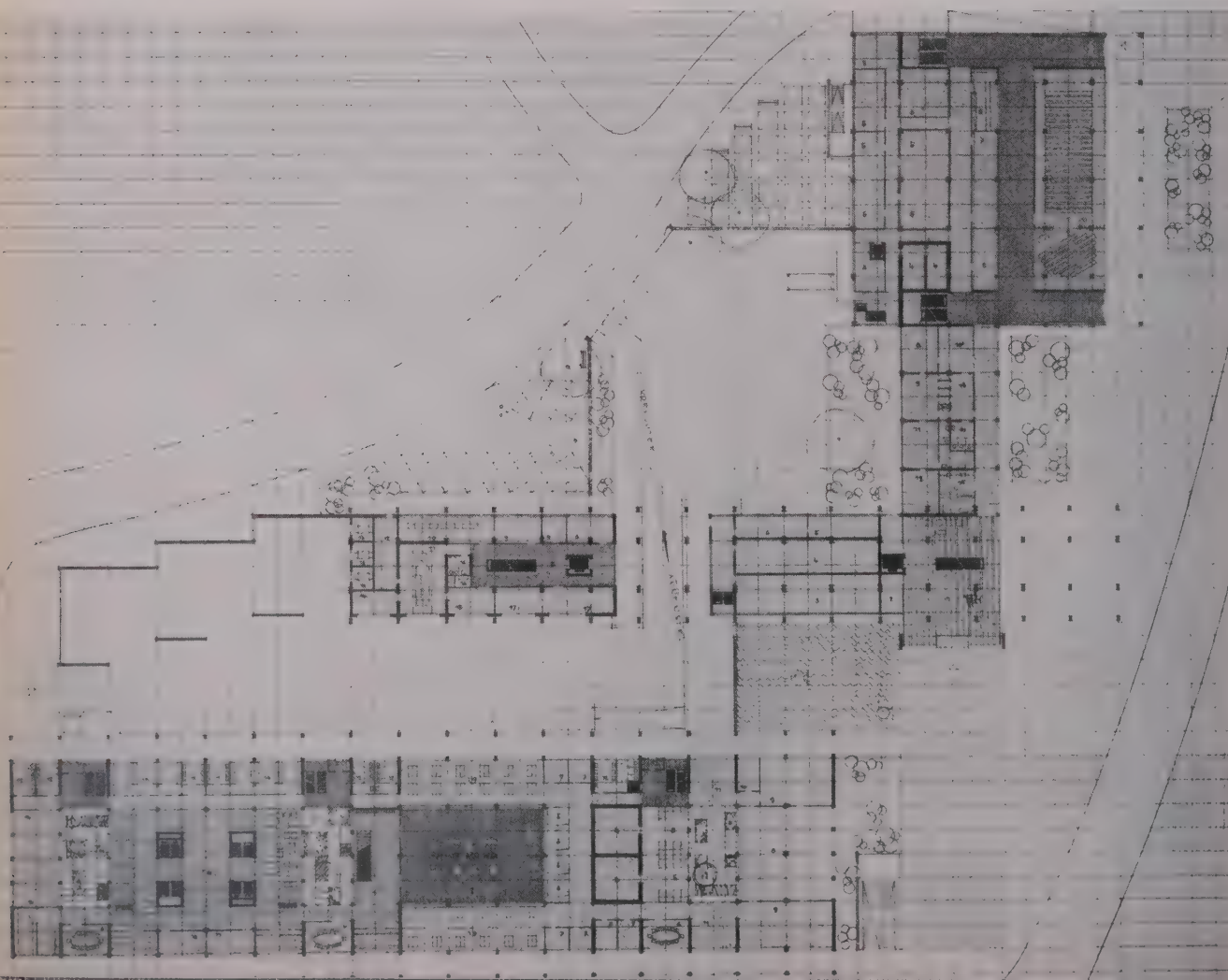
Trotz Aufnahme der Bebauung der Dr.-Otto-Nuschke-Straße erscheint dadurch das Ensemble weniger ruhig.

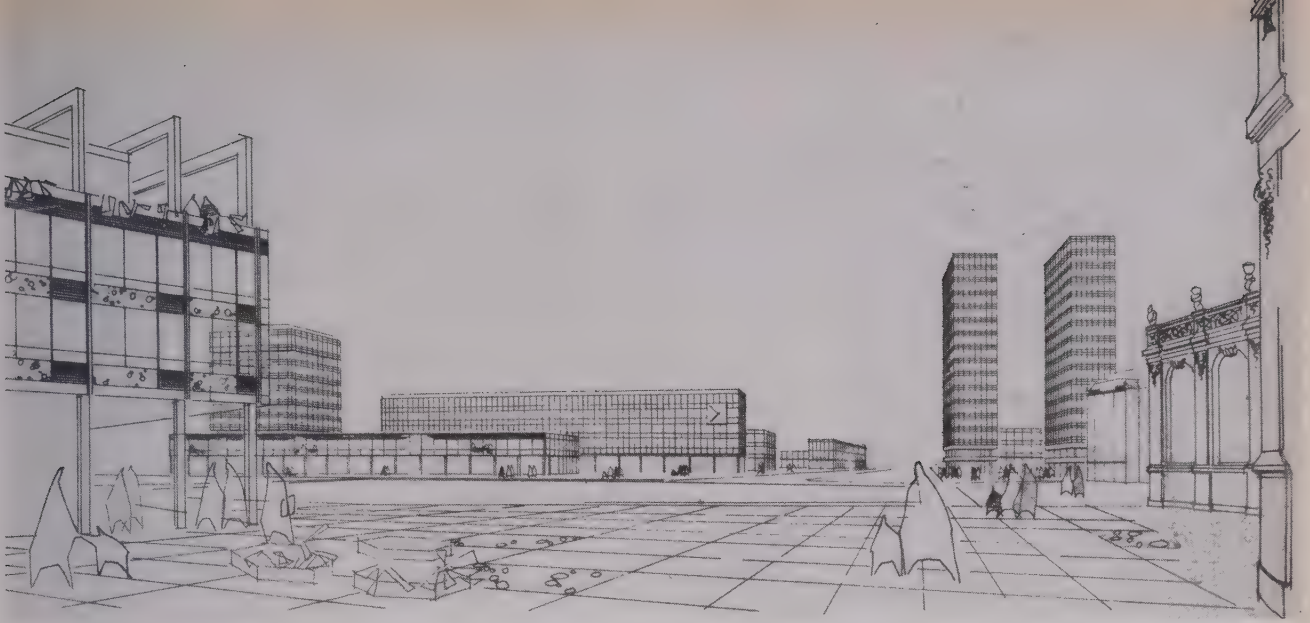
Die Zone an der Südseite der Freiburger Straße ist zu zerklüftet.

Dieser Entwurf bringt Nachteile gegenüber dem 1. Preis mit sich, weil der erforderliche Bau der Parkgarage den vorzeitigen Abriß des Elsa-Fenske-Hauses verlangt.

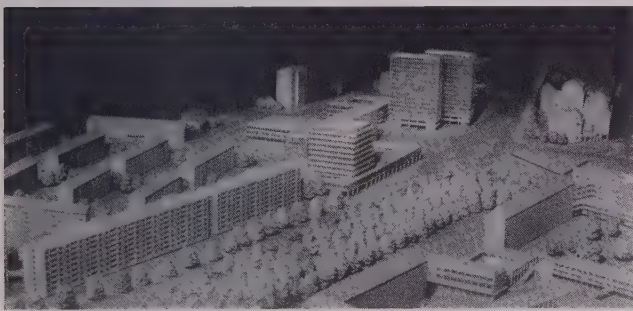
Die funktionellen Fragen, ganz besonders in der Anordnung des Fernmeldeamtes und der Konzentration der Betriebsgaststätten, sind am besten von allen vorliegenden Entwürfen gelöst. Lediglich die Eingangssituation des Hauptpostamtes könnte stärker auf den Postplatz orientiert sein.

Bankgebäude und Speisegaststätte



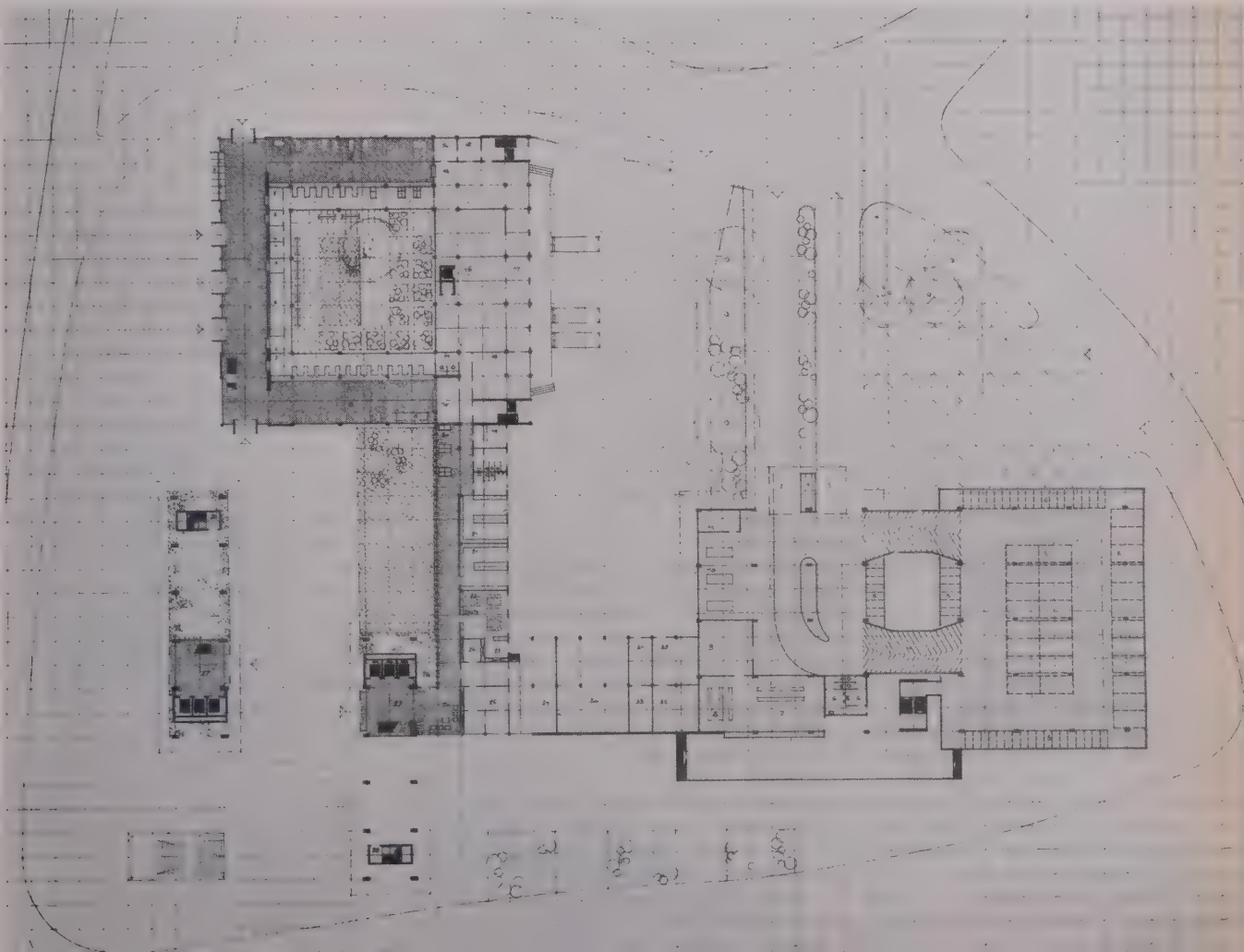


Alle Grundrisse 1 : 1000



Alle Lagepläne 1 : 5000

Postgebäude, Bürogebäude, Garage





Ankauf

Architekt BDA Helmut Köckeritz
Architekt BDA Hans-Jochen Krenkel
VEB Industrieprojektierung II Dresden

Begründung der Jury

Es wurde versucht, die Bebauung an der Dr.-Otto-Nuschke-Straße fortzusetzen, wobei jedoch Abstand und Höhe des anschließenden Bankgebäudes zu groß gewählt wurden.

Man spürt weiter das Bemühen, in der Neuen Freiburger Straße die zweigeschossige Zone der Ernst-Thälmann-Straße aufzunehmen. Die Verfasser suchen einen ruhigen Raumabschluß, wobei jedoch eine direkte Raumbildung nicht erreicht wurde.

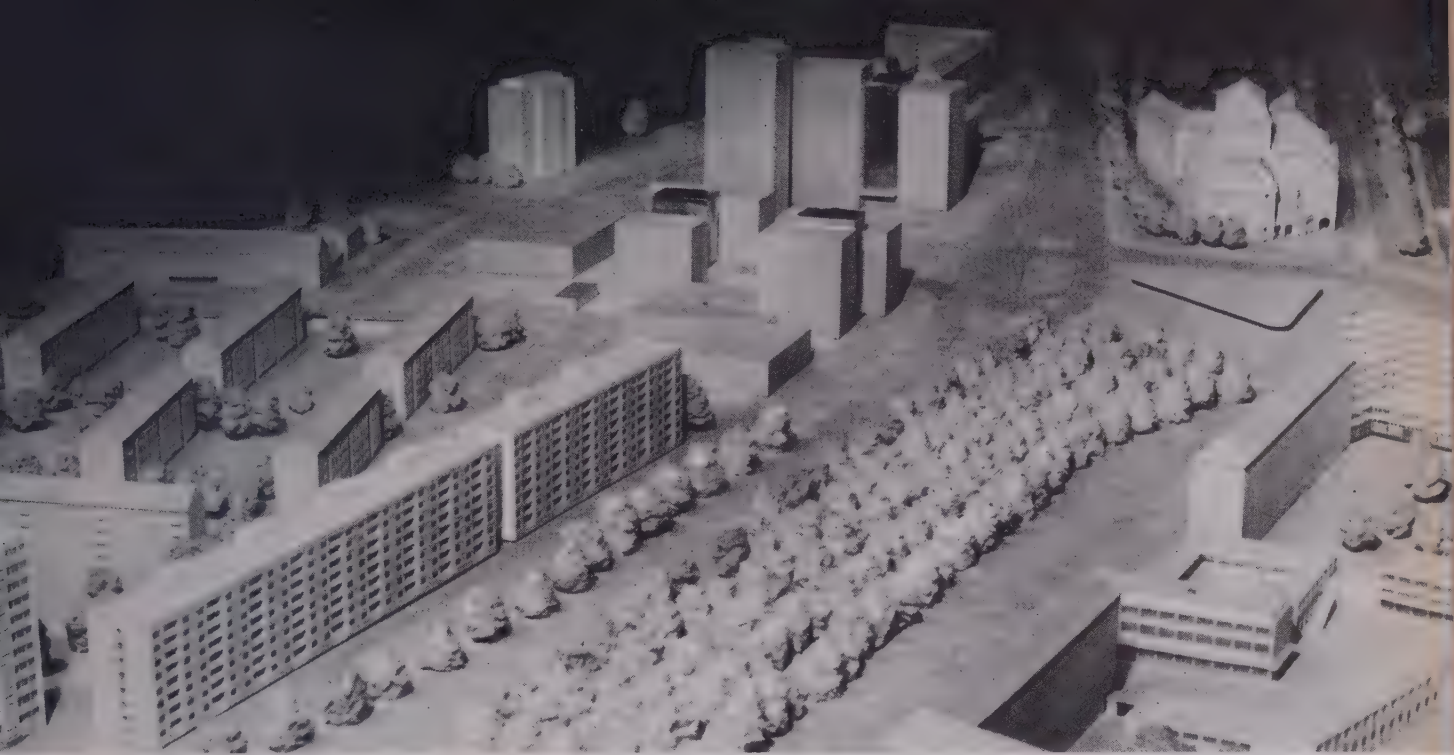
Die Anschlüsse der schlecht proportionierten Anbauten an das Hochhaus sind in keiner Weise gelöst.

Bei der funktionellen Lösung werden die fernmeldetechnischen Forderungen weitestgehend berücksichtigt.

Eine Trennung des stummen Postamtes von der Schalterhalle bringt unüberwindliche Schwierigkeiten im Funktionsablauf, zumal der Entwurf dazwischen eine funktionsfremde Raumgruppe vorsieht.

Die Verbindungen Schalterhalle zu Brief- und Paketein- und -abgang sind kurz und leicht zu mechanisieren. Die Beziehungen der Haupttelegrafenstein zur Telegrammannahme sind nachteilig.

Der ruhende Verkehr ist klar gegliedert und funktionell gut gelöst.



Ankauf

Dipl.-Ing. Peter Albert
Dipl.-Ing. Karlheinz Georgi
Technische Universität Dresden



Begründung der Jury

Die Verfasser waren bemüht, durch differenzierte Hochkörper ein räumliches Platzgefüge am Postplatz zu schaffen. Sie bedienten sich eines Systems von Verkehrskernen mit Bürotrakten, die konsequent wiederkehren.

Bedauert wird, daß der erforderliche Anschluß an die Dr.-Otto-Nuschke-Straße nicht beachtet wurde.

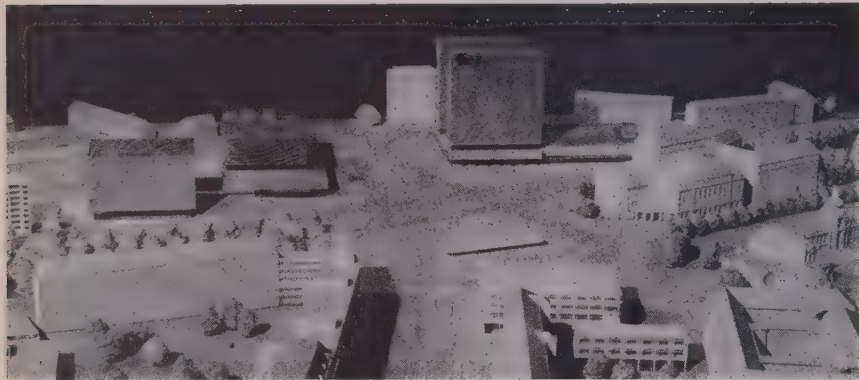
Unübersichtlich sind auch die Eingangssituationen.

Die vorgeschlagene Lösung bringt ein zusätzliches Element gegenüber der bestehenden Bebauung.

Die Lage des Fernmeldeamtes entspricht nicht den Sicherheitsbedürfnissen.

Die Eingangssituationen des Postbetriebes fließen ineinander, Beziehungen fehlen teilweise, kreuzen sich oder sind zu weitläufig. Für das Hochhaus von 54 m fehlt das feuerpolizeilich geforderte zweite Treppenhaus.





Ankauf

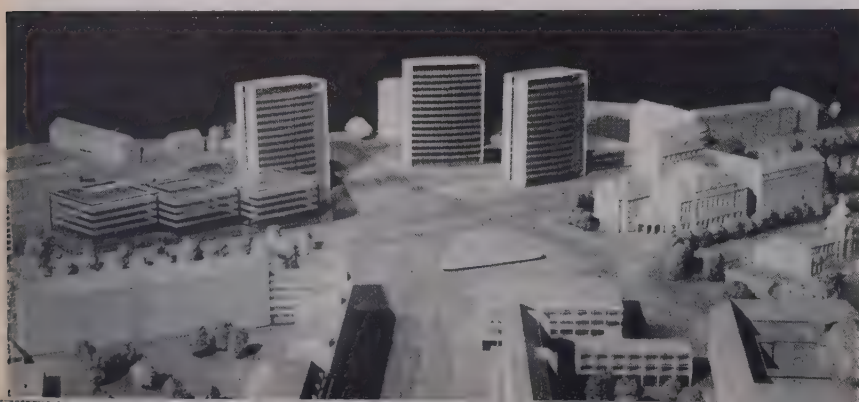
Architekt BDA Helmut Rüprrich
 Architekt BDA Heino Borsdorf
 Grafiker Christian May
 Monika Rüprrich
 VEB Industrieprojektierung I Dresden

Begründung der Jury

Es wurde versucht, die Verbindung von der Dr.-Otto-Nuschke-Straße zu den Hochhausreihen zu schaffen, wobei jedoch die Beibehaltung der Höhe der achtgeschossigen Wohnbebauung notwendig gewesen wäre. Die zweigeschossige Zone der Ernst-Thälmann-Straße wurde konsequent fortgesetzt.

Nicht akzeptiert wird die Doppelstellung der Hochhäuser in Parallelrichtung zu den Wohnhochhäusern der Freiburger Straße, was eine schlechte Rhythmisierung der Reihung zur Folge hat. Hervorzuheben ist die konsequente Anwendung eines einheitlichen Konstruktionsystems.

Die Hauptfunktionen (Briefverteilung, Entkartung, Zustellung) hängen nicht zusammen. Dienststellen mit Publikumsverkehr sind vom Publikum nicht zu erreichen. Die Unterbringung des Fernmeldeamtes in einer Hochhausseife bringt funktionelle Nachteile mit sich. Die Hochhäuser sind mit nur je einem Treppenhaus erschlossen.



Die nichtprämierten Entwürfe

cand.-arch. Georg Honerla
 cand.-arch. Peter Tzschacksh
 Unter Betreuung von Dr.-Ing. Klemm
 Technische Universität Dresden

Begründung der Jury

Durch die drei vorgesehenen Hochhäuser wird eine massive Torsituation zur Freiburger Straße geschaffen, die nicht vertretbar ist, wobei keinerlei Rücksicht auf die bestehende städtebauliche Situation genommen wurde.

Die Verbindung der Hochhäuser zur Dr.-Otto-Nuschke-Straße wird durch drei gestaffelte Würfel als völlig fremde Elemente versucht.

Die Richtungsänderung bei den Hochhäusern ist nicht ausreichend begründet. Die vorgesehenen Konstruktionen verhindern eine konsequente Industrialisierung des Bauens.

Die Erfüllung der Forderung nach Großraumbüros ist anzuerkennen.

Die Konzeption der Postbetriebsfunktionen ist in Ordnung.

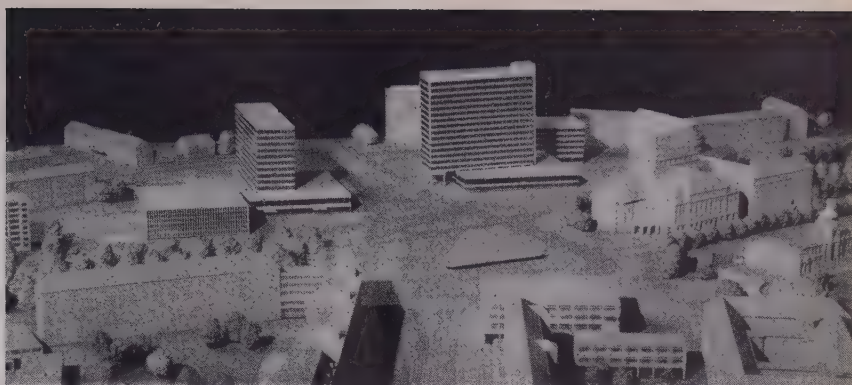
Es fehlt die Aussage über Unterbringung des Zeitungsvertriebes und der Verwaltungsdienststellen mit Publikumsverkehr.

Die Unterbringung eines Fernmeldeamtes im Hochhaus ist problematisch. Im gezeigten Grundriß ist eine Wähler-Verteilerstelle aus Gründen der zu fordernden optimalen Überwachungsmöglichkeit nicht möglich.

Dipl.-Ing. Günter Just
Dipl.-Ing. Günter Schlotterhoß
VEB Industrieprojektierung I Dresden

Aus der Begründung der Jury

Der städtebaulichen Lösung konnte nicht zugestimmt werden, da eine konsequente Fortsetzung der achtgeschossigen Bebauung der Dr.-Otto-Nuschke-Straße nicht gewährleistet wird. Durch die Stellung des Hauses der Banken parallel zur Freiburger Straße wird diese Zone zu sehr betont. Die Verfasser trennen die Eingänge zu den Hauptfunktionen der Post. Das bringt dem Postkunden erhöhten Wegeaufwand. Das Fernmeldeamt liegt im Hinblick auf die Sicherheit günstig.



Dipl.-Ing. Christel Förster
Dipl.-Ing. Walter Herzog
Berlin

Aus der Begründung der Jury

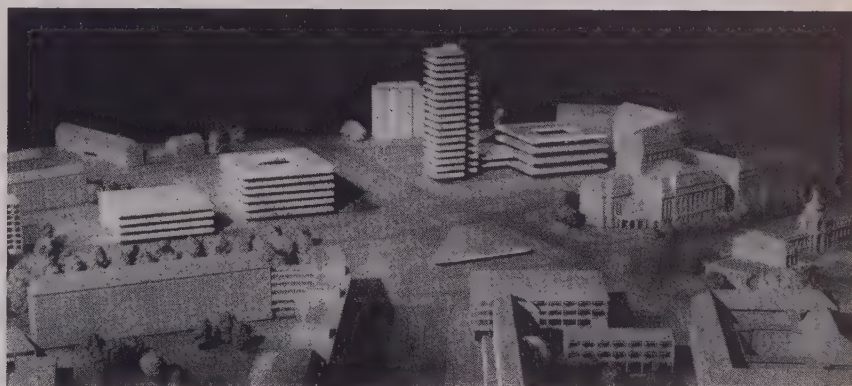
Die Verfasser haben sich bemüht, durch die Anordnung von Hochhausgruppen zu beiden Seiten der Neuen Freiburger Straße dem Postplatz eine seiner Bedeutung entsprechende Betonung zu geben. Der entscheidende Nachteil des Entwurfs besteht darin, daß die Vieltätigkeit der jetzigen Postplatzsituation durch ein neues kompliziertes Motiv erweitert wird. Die Hauptfunktionen sind erfüllt. Der Gedanke der Autoschalter findet Anerkennung. Das Raumprogramm wurde nur mit starken Einschränkungen untergebracht.



Dipl.-Ing. Manfred Jäckel
Dipl.-Ing. Dieter Urbach
Berlin

Aus der Begründung der Jury

Die Verfasser verzichten bewußt auf eine Platzbildung. Sie vermeiden es aber auch, dem Postplatz entsprechend seiner städtebaulichen Bedeutung das notwendige Schwergewicht zu geben. Bauhöhe und Ausdehnung der Gebäude sind deshalb zu gering, um den Raum befriedigend abzuschließen und die Wohnbebauung der Seevorstadt West abzuschirmen. Der funktionelle Ablauf in den Gebäuden ist gelöst. Die sparsame Grundrißlösung ist anzuerkennen.



Dipl.-Ing. Günter Lange
Dipl.-Ing. Bernd Siegel
VEB Dresdenprojekt

Aus der Begründung der Jury

Von den Verfassern wurde bewußt auf eine städtebauliche Raumbildung verzichtet. Daraus ergibt sich eine unbegründete Überbetonung der Verkehrszüge Dr.-Otto-Nuschke-Straße und Julian-Grimau-Allee. Die städtebauliche Schwerachse ist die Ernst-Thälmann-Straße, die ihre Fortführung in der Freiburger Straße findet. Diese wichtige städtebauliche Beziehung haben die Verfasser bewußt negiert. Die Funktionswege sind zum Teil zu lang oder nicht richtig geordnet. Der Hof bietet keine Unterbringungsmöglichkeit für Postfahrzeuge.

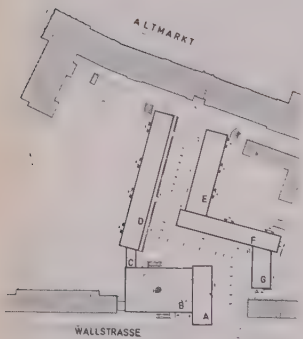


Einkaufszentrum Webergasse in Dresden

Architekt Wolfgang Hänsch, BDA
Architekt Hans Kriesche, BDA
Architekt Werner Wunderwald, BDA
Innenarch. Heinz Zimmermann, BDA
Innenarch. Lieselotte Filbrandt, BDA
VEB Dresdenprojekt



1

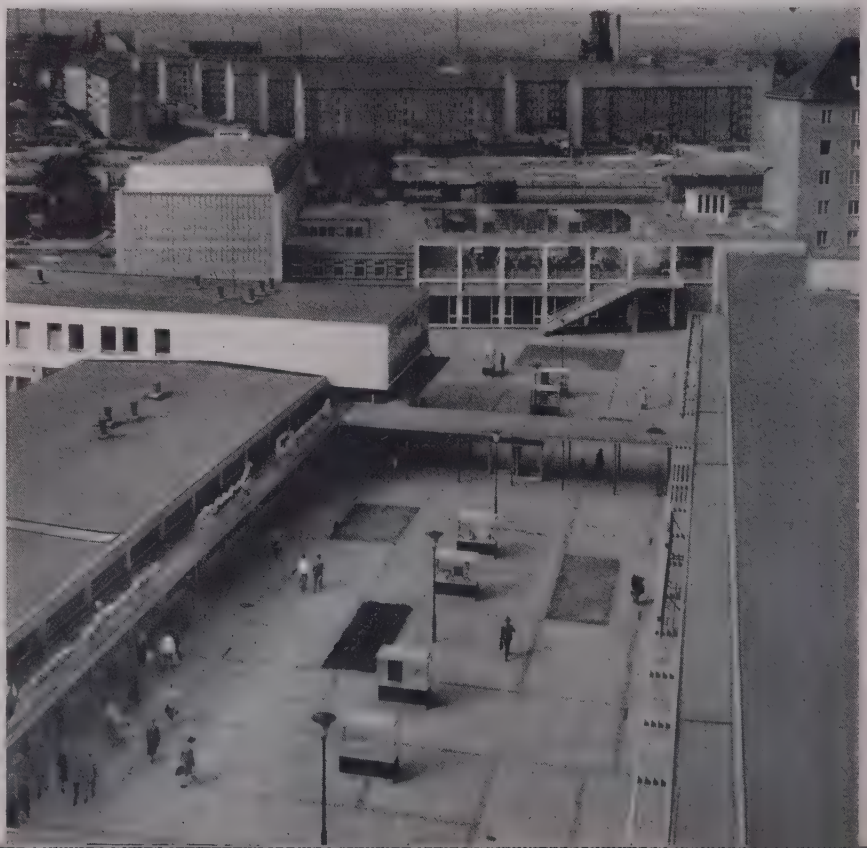


Mit der Eröffnung der Selbstbedienungsgaststätte „Wallterrasse“ am 1. Mai 1964 hat Dresden in der Webergasse ein neues Einkaufs- und Dienstleistungszentrum erhalten. Die Ladenstraße gibt dem Passanten die Möglichkeit, von den großen Freiräumen des Altmarktes und der Wallstraße in einen intimeren Fußgängerbereich zu treten. Dieser Kontrast ist eine Frage des Maßstabes, ein Mittel, dessen sich unsere Architekten und Städtebauer öfter bedienen

sollten. In der Webergasse sind Läden für den täglichen Bedarf und Dienstleistungsbetriebe angeordnet. Die Ladenstraße verbindet den Altmarkt mit der Wallstraße. Das Kaufhaus für Kinderkonfektion und die Selbstbedienungsgaststätte bilden eine Zäsur zwischen den fünfgeschossigen Wohngebäuden der südlichen und nördlichen Wallstraße, eine Trennung, die durch die unterschiedliche Gestaltung der Baukörper als sehr kraß empfunden wird. red.

Lageplan 1 : 5000

- A Erdgeschoß
Kaufhaus für Kinderkonfektion
PGH „Silhouette“
Damenschneiderei
1. und 2. Obergeschoß
Kaufhaus für Kinderkonfektion
PGH „Silhouette“
3. Obergeschoß
HO-Dekorationsabteilung
- B Erdgeschoß
Selbstbedienungsgaststätte
(Durchlaufsystem)
1. Obergeschoß
Offene Terrasse
- C Erdgeschoß und 1. Obergeschoß
Büroräume
- D Erdgeschoß
Expreß-Wäscherei
Schuhmacherei
Technischer Dienst
1. Obergeschoß
Arbeitsräume
Büroräume
- E Erdgeschoß
Fischwaren
Obst und Gemüse
Salate
Fleischwaren
Molkereiwaren
- F Erdgeschoß
Offene Automatenhalle
Tabakwaren
Süßwaren
Backwaren
Präsente, Kundendienst
1. Obergeschoß
HO-Verwaltung
- G „Hol Fix“ Lebensmittel
Trafostation
Wächterzentrale



3



4

1
Blick auf den Ostgiebel des Kaufhauses
für Kinderkonfektion an der Weber-
gasse

3
Blick von der Westseite des Altmarktes
auf die Webergasse, im Hintergrund
die Seevorstadt West

4
Die Webergasse mit der Altmarktbebau-
ung im Hintergrund

5
Die Gaststätte „Wallterrasse“ aus der
Webergasse gesehen



5



6

6
Die Treppe der Gaststätte „Wallterrasse“
an der Wallstraße

7
Im Bild links die „Automatenecke“,
dahinter das Kaufhaus für Kinderkonfektion

8 | 9
Die Dienstleistungsläden



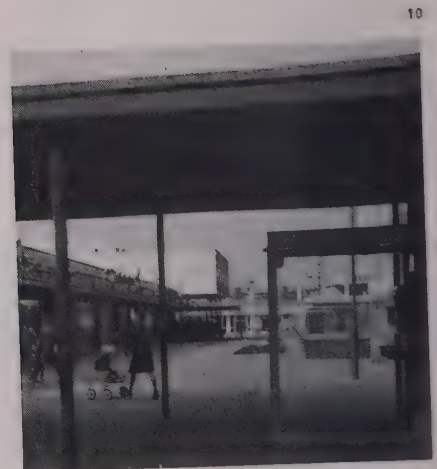
7



9



8



10

10
Überdeckter Gang mit Telefonzelle

11
Der Dienstleistungstrakt
auf der Nordseite der Webergasse

12
Blick von der Terrasse der
Gaststätte auf die „Automatenecke“



11



12



13

13
Blick von Süden: Links der Giebel des Kaufhauses
für Kinderkonfektion

14
Südfassade des Kaufhauses für Kinderkonfektion

15
Der Westgiebel des Kaufhauses
und die „Wallterrasse“



14



15



16



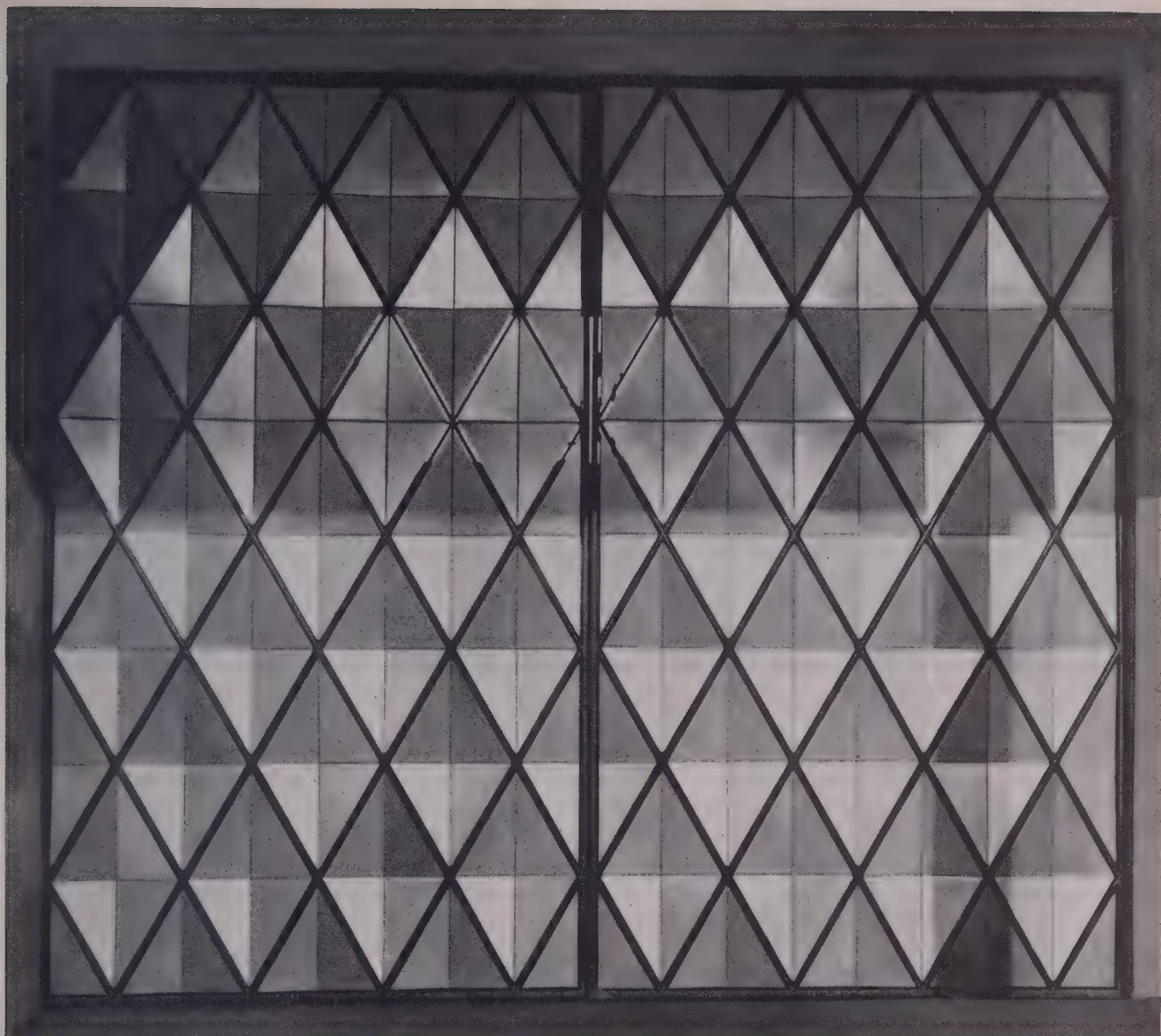
17

16
Drittes Obergeschoß des Kaufhauses: Oberbekleidung für Knaben
Decke: weiß, Beleuchtungskörper mit blauer Glaseinfassung;
Konfektionsständer: verchromtes Stahlrohr; Wände: weiß und hellgrau; Kassen- und Packtisch:
hellgrau und oderfarbener Seidenlackfarbanstrich, graue Spelacartplatte auch auf dem
Ablagetisch

17
Erstes Obergeschoß: Mädchenkleidung
Decke: weiß, Beleuchtungskörper mit korallenroter Glaseinfassung; intensiv blaue Wand im
Treppenaufgang



18



19

18
Blick zur Bühne des Vortrags- und Aufnahmesaales
im Haus der Dienste
Wandverkleidung in Kirschbaum naturell mattiert;
Vorhänge: blau-weiß gestreifter Nessel;
Stühle: hellgrauer Kunstlederbezug;
Stahldrahtgestell: blauer Hammerschlaglack;
Deckenfelder: wechselnd hell- und dunkelgrau,
umbra und weiß

20

19
Tor zum inneren Wirtschaftshof des Kaufhauses
Ausführung: Schlosserkonstruktion mit rhombischen
Zwischenfeldern aus geformten Aluminiumblechen

20
Blick von der „Automatenecke“ zum Ostgiebel
des Kaufhauses



29



21



22



23

21 | 22 | 23

Innenraum der Gaststätte

Fußboden: graubraune Terrazzoplatten; Wandverkleidung: naturfarbenes Lärchenholz; Decke: hellgraue, perforierte Aluminiumplatten (Deckenstrahlungsheizung); Stützen: helles Kleinmosaik; Garderobehaken an Lärchenholzlamellen zwischen graphitgrauem Stahlrohr; Sitzgruppen: Spretlacartische mit graphitgrauem Stahlrohr im Boden verankert, Stahlstühle mit Rohrgeflecht

24

Blick auf die Gaststätte „Wallterrasse“ mit dem Kaufhaus

25

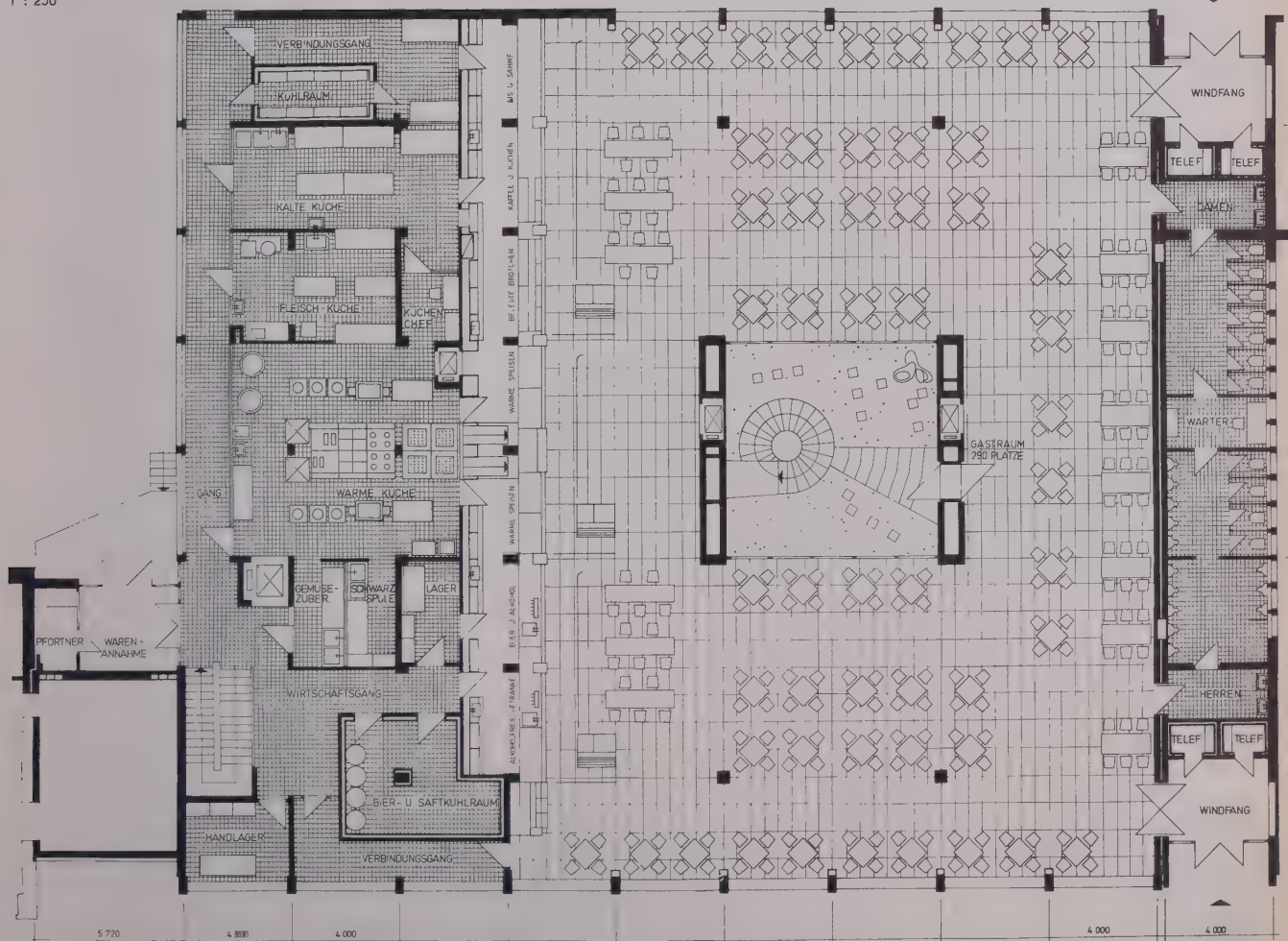
Grundriß der Selbstbedienungsgaststätte nach dem Durchlaufsystem



24

1 : 250

25





26

26
Die Wendeltreppe im Innenhof der Gaststätte ist in Sichtbeton und die Wandscheibe in Narsdorfer Klinker ausgeführt

Perspektivplanung Zentraler Park Dresden

Professor Dr. E. h. Werner Bauch
Dipl.-Gärtner Harald Linke
Dipl.-Gärtner Wolfgang Henke
Dipl.-Ing. Johannes Bauch
Technische Universität Dresden

Bei der Entwicklung des Großen Gartens zum Zentralen Park Dresden muß von der gartenhistorischen Bedeutung ausgegangen werden. Größter Wert wurde daher auf die Erhaltung und Wiederherstellung des historisch wertvollen Bestandes gelegt. Obwohl zweifellos das Gesamtareal des Großen Gartens als historischer Park zu betrachten ist, kann heute lediglich noch das innere Kernstück mit dem Palais, dem Palaisteich, den Kavalierhäusern und den Partieräumen am Palais sowie das den Park gliedernde Achsensystem der drei parallel verlaufenden Herkules-, Haupt- und Südallee und der sie kreuzenden Fetscheralle – Querallee neben einer Reihe weiterer Einzelobjekte (das Parktheater, diverse Plastiken und die Torhäuser an der Lennéstraße) als wirklich historisch bedeutungsvoll bezeichnet werden. 1676 ursprünglich mit der Anlage eines Fasanengartens begonnen und um 1720 zu einer reinen Barockanlage gestaltet (Karcher), wurde der Park in den folgenden Zeiten mannigfachen Veränderungen unterworfen, ständig vergrößert und Ende 18./Anfang 19. Jahrhundert teilweise zu einem Landschaftspark umgestaltet (Bouché).

Die vorliegende Studie wurde im Jahre 1962 erarbeitet und dem Rat der Stadt übergeben. Sie sollte zu einer ersten Klärung einer Vielzahl offener Probleme im Raum Großer Garten und Erweiterungsgebiet Deutsches Hygiene-Museum beitragen. Sie hatte als erwünschte Vorarbeit und Unterlage für weitere Maßnahmen, Wettbewerbe und detaillierte Bearbeitungen Bedeutung. Während für den Parkteil Großer Garten voranstand: die Sicherung und Wiederherstellung des gartenhistorischen Bestandes sowie die Ordnung und Steuerung der Nutzung dieses bedeutungsvollen innerstädtischen Erholungsparks entsprechend den Bedürfnissen unserer großstädtischen Bevölkerung, galt es für den Erweiterungsteil zwischen Lennéstraße und Dr.-Külz-Ring – Rathaus, die bisher fehlende eindeutige Heranführung des Grünmassivs an den Stadtkern zu untersuchen, und zwar vom Wesen des Parkgedankens aus, der in diesem Raum vor sonstigen Belangen des Städtebaus und Verkehrs vorrangig bleiben sollte.

Dieses Primat der Parkidee und der Parkeinheit kann aber für eine optimale künftige Stadtgestaltung nur wirksam werden, wenn es gelingt, das Gebiet durch angemessen begrenzte Programmstellung (Bauten, Parkplatzflächen) nicht zu überfordern und durch vermeidbaren Verkehr (Parkzerschneidung, Lärm, Abgase) nicht zu belasten, das heißt als höchstwertige Parkanlage im Kerngebiet der sozialistischen Großstadt nicht zu entwerten.

Inzwischen sind wesentliche, den Planungsraum beeinflussende Entscheidungen gefallen: Der Generalverkehrsplan liegt vor, und die Nutzung der Südseite der Grunaer Straße als Wohnbauland wurde beschlossen. Weiterhin wurde die geforderte Ausstellungsfläche reduziert und eine bauliche Fassung des Ringes, besonders am Georgplatz, gefordert.

Der auf Seite 34 abgebildete Gesamtplan berücksichtigt diese Änderungen, und die Verfasser legen damit eine den neuen Bedingungen entsprechende Variante vor, die die auch in der Studie von 1962 empfohlene Heranführung des Großen Gartens gestattet.

Die Verfasser sind der Meinung, daß das Baumgrün des Erweiterungsgebietes in breiter Front bis zum Ring zu führen ist. Dieses Baumgrün ist ebenso raumbildend wie die Baumasse, in seiner den Ring tangierenden Breite sollte die Bedeutung der innerstädtischen Freifläche zum Ausdruck kommen. An dieser Stelle notwendige Baukörper werden entsprechend höher sein und hinter diesen Baumgürtel zurücktreten. Genügend breite Fußgängerwege in entsprechend großräumigen, überschaubaren Freiflächen müssen eine zügige Verbindung gewährleisten, die, über den Verkehrsraum hinüberreichend, unmittelbar zum Rathausvorplatz führt.

Die beigegebenen Details (Abb. 2 bis 5) stammen aus der Studie von 1962, die Vorschläge für die Pavillons entstammen einem Entwurf am Lehrstuhl für Werklehre und Entwerfen (Professor Leopold Wiß) der Technischen Universität Dresden.

Im Zuge der Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadtverwaltung wurde die Aufgabe einer Perspektivplanung dem Lehrstuhl für Gartenkunst, Landschaftsgestaltung und Ingenieurbiologie unter Leitung von Professor Dr. h. c. Werner Bauch übertragen. Die Aufgabenstellung sieht vor, den historischen Großen Garten

entsprechend seiner veränderten Funktion als Volkspark neu zu ordnen und den Parkcharakter über das sogenannte Ausstellungsgelände bis an den Stadtkern zu entwickeln. Neben seiner gartenkünstlerischen Bedeutung und seiner Aufgabe als Rahmen „lebensfroher, heiterer Unterhaltung und künstlerischer Selbstbetätigung“ soll der Garten Schauplatz großer Volksfeste werden.

In einleitenden Untersuchungen wurden die Beanspruchungen analysiert und festgestellt, daß die weitaus meisten Aufgaben und Anforderungen zentraler, gesamtstädtischer Natur sind; der Vorschlag zur Bezeichnung „Zentraler Park Dresden“ resultiert aus diesen Feststellungen und seiner Lage im Stadtgebiet.

Eine Prüfung des Raumprogrammes, die Aufnahme der vorhandenen Einrichtungen und die Auswertung der Erfahrungen, insbesondere beim jährlichen Pressefest, ergaben, daß zunächst eine Trennung der Funktionen nach dem Grad ihrer gegenseitigen Störwirkung erfolgen mußte: Im Plan drückt sich dies in der Zusammenfassung lärmintensiver Einrichtungen in Lärmzonen und ruhebedingender Teile in besonders lärmarmen Bereichen aus.

Weitere Überlegungen galten der Verteilung der Einzelobjekte, die eine gleichmäßige Benutzung des Parkes bei möglicher Schonung seiner Substanz gewährleisten mußte: In den bisher ungenügend entwickelten Bereichen an der Ostgrenze wurden durch das vorgesehene Freizeitzentrum und die Anlage des „Professor-Dr.-h.-c.-Karl-Foerster-Gartens“ (Stauden-, Schau- und Sichtungsgarten) neue Höhepunkte geschaffen.

Im Zuge dieser Klärung sind die Neutrassierung der Pioniereisenbahn am Rande des Gartens, die Verlegung des bisherigen Wirtschaftshofes und seine Zusammenfassung mit der künftigen Station Junger Naturforscher (bisher Botanischer Garten) vorgeschlagen worden.

Erweiterungsflächen für den Zoologischen Garten, der Wiederaufbau der Gaststätte „Große Wirtschaft“, die Rekonstruktion des historischen Teiles sowie die Neuanlage eines Informationszentrums und einer Parkbücherei sind vorgesehen. Für die Kinder wurde eine ausgedehnte Anlage mit Spielpavillons, Rollerbahn, Wasserspielplatz und anderes geplant, die einen Teil der Ferienspiele aufnehmen kann.

Die Sporthalle am Fußikplatz betont den Zugang zum Volkspark und grenzt an eine große Festwiese mit Freilichtbühne.

Wesentlich ist die Empfehlung, den bisherigen Bereich des Rudolf-Harbig-Stadions für den Massen- und Breitensport freizugeben und durch großzügigen Ausbau zusammen mit dem Arnholdbad hier ein Zentrum des Volkssportes zu schaffen. Die Verlegung des derzeitigen Pioniersportplatzes ist dabei notwendig.

Ein ausgedehntes Jugendzentrum, dessen Detailbearbeitung inzwischen in Seminar- und Diplomarbeiten erfolgte, dient mannigfacher Zirkulararbeit sowie der künstlerischen Selbstbetätigung und erhält durch die enge Verbindung zum neugeplanten Saalbau der Jugend einen attraktiven Mittelpunkt. Die zentrale Lage zwischen Fußikplatz und Hygiene-Museum sichert rege Benutzung. Die dort befindliche, nicht bebaubare Fläche wurde als Wasserbecken ausgewiesen.

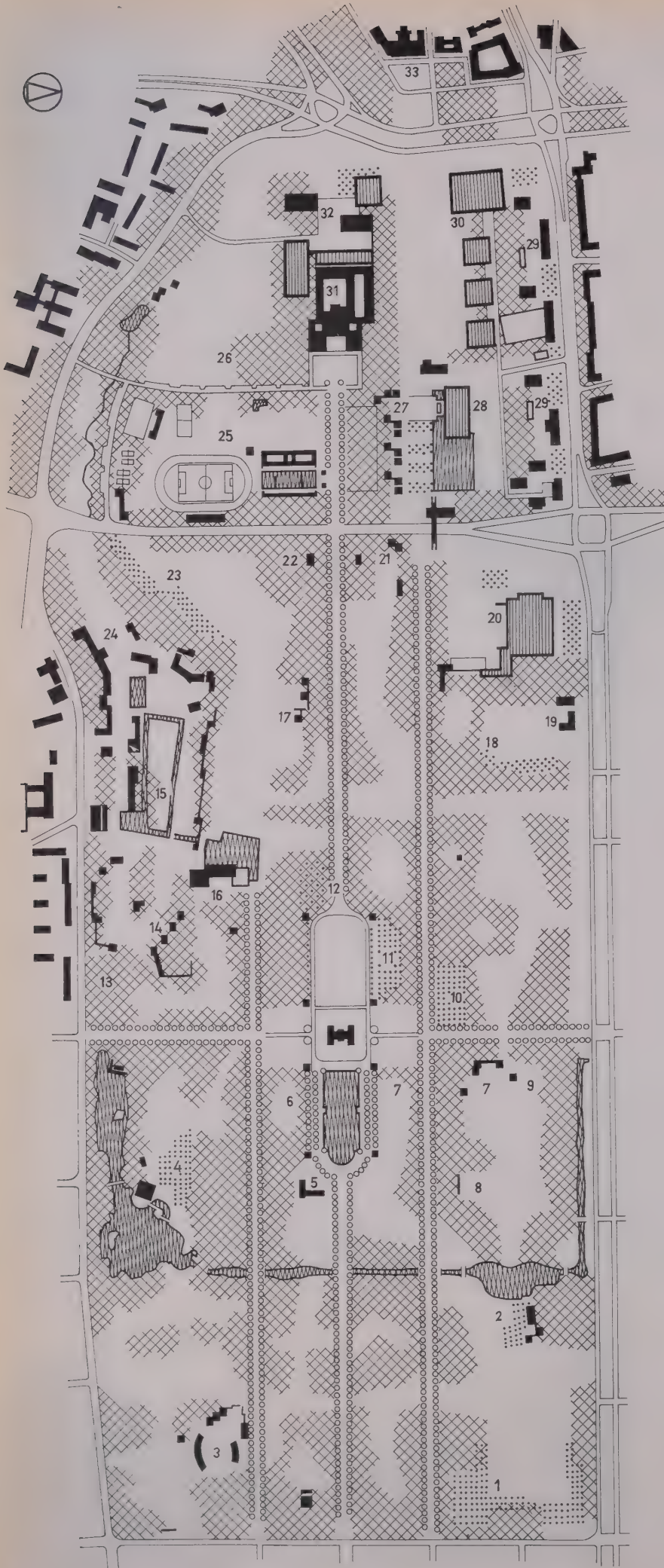
Die Sichtachse Herkules-Allee – Rathausurm ist als repräsentative Fußgängerverbindung ausgebaut.

Eine weitere Verbindung zum Ring erstreckt sich südlich des Hygiene-Museums über ein Freizeitzentrum und Turnsportflächen durch die Bürgerwiese.

Die Freiflächen zwischen Wohnbebauung und Läden an der Grunaer Straße sind Teil einer promenadenartigen Verbindung zwischen Altmarkt, Ernst-Thälmann-Straße, Pirnaischem Platz, Grunaer Straße, Fußikplatz, die über die Stübelallee zum neuen Stadtzentrum Gruna führen wird.

Nach Meinung der Verfasser sollte der Ring reichlich mit Baumgrün bestanden sein und durch Bodenmodellierung maximal gegen Verkehrslärm abgeschirmt werden. Im Bereich des Rathauses ist ebenso wie am Übergang Prager Straße eine weitere Fußgängerverbindung herzustellen.

Ausführliche Erläuterungen und Planbeigaben in „Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden“ 12 (1963) 5, S. 1195 bis 1206, 9 Abb.



1
 Perspektivplanung Zentraler Park
 Dresden
 Gesamtplan 1 : 10 000
 Dieser Plan aus dem Jahre 1962 wurde
 entsprechend den vorliegenden Be-
 schlüssen ergänzt und zeigt insbeson-
 dere eine wünschenswert großzügige
 Heranführung der Grünfläche an den
 Ring

- 1 „Professor-Dr.-h.-c.-Karl-Förster-
Garten“
- 2 Freizeitzentrum mit Café
(Schachspiel, Tischtennis, Boccia)
- 3 Freilichtbühne „Junge Garde“ mit
Erweiterung
- 4 Blumengarten am Carolaschlößchen
- 5 Tagescafé am Palaisteich
- 6 Naturbühne am Palais
- 7 Kinderspielzentrum
- 8 Wasserspielplatz
- 9 Rollerbahn
- 10 Dahliengarten
- 11 Staudengarten
- 12 Garten der Immergrünen
- 13 Zoo-Parkplatz
- 14 Kinderzoo
- 15 Zoologischer Garten
- 16 „Große Wirtschaft“
- 17 Parkbücherei und Lesegarten
- 18 Jugendgärtnerei
- 19 Station Junger Naturforscher
- 20 Sporthalle
- 21 Torwirtschaft
- 22 Information
- 23 Frühlingswiese
- 24 Zoo-Erweiterung
Erweiterungsgelände
- 25 Sportzentrum
- 26 Turnplatz
- 27 Jugend-Freizeitzentrum
- 28 Saalbau der Jugend
- 29 Wohnbauland
- 30 Ausstellungshallen
- 31 Hygiene-Museum
- 32 Hochbauten am Ring
- 33 Rathaus

2
 Großer Garten, Nordostteil (lärmfreie
 Zone) mit „Prof.-Dr.-h.-c.-Karl-Förster-
 Garten“ und Freizeitzentrum (Planung
 1962)

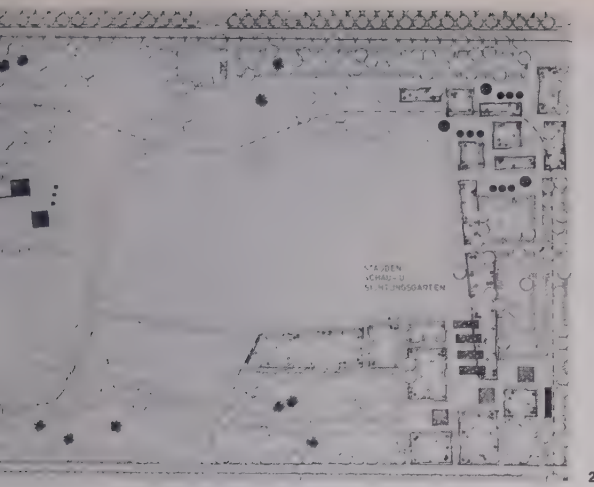
3
 Freilichtbühne „Junge Garde“ im Süd-
 ostteil mit Erweiterungsbauten (1962)

4
 Kinderspielzentrum mit Pavillonbauten,
 Gerätespielplatz, Rollerbahn, Robinso-
 nfeld, Spielwiese und Wasserspielplatz –
 1962 (Lärmzone)

5
 Jugendzentrum im Erweiterungsgelände
 mit Pavillonbauten zur Selbstbetätigung
 und für Zirkelarbeit sowie dem Saal
 der Jugend (Planung 1962, Theater ent-
 fällt an dieser Stelle, Neufassung siehe
 Gesamtplan, Objekt 28)

6
 Vorschläge für einheitliche Pavillonbaut-
 en, die abgewandelt für alle im Park
 auftretenden Funktionen genutzt werden
 können. Die gezeigten Funktionsvarian-
 ten, Beispiele von Ansichten und Schnitt
 entstammen einer Entwurfsreihe, die am
 Lehrstuhl für Werklehre und Entwerfen
 der Technischen Universität Dresden
 (Professor Leopold Wiel) erarbeitet
 wurde.

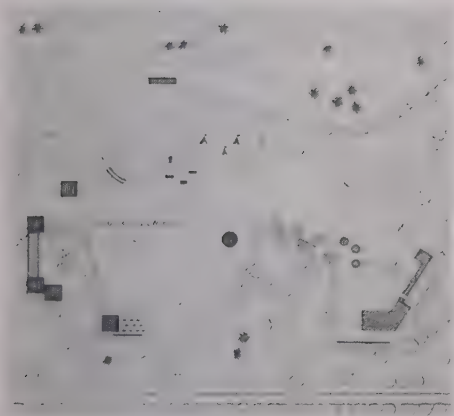
Grundrisse, Ansichten, Schnitt 1 : 500



2



3

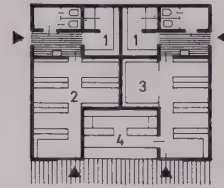


4



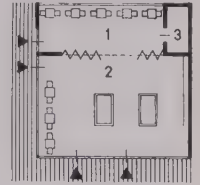
5

Pavillons im Zentralen Park Dresden und im Erweiterungsgelände



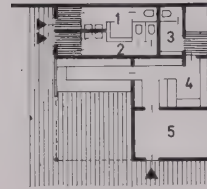
Beispiel aus der Gruppe I

- 1 Waschraum
- 2 Umkleieraum für Männer
- 3 Umkleieraum für Frauen
- 4 Imbiß und Erfrischungen



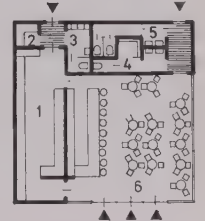
Beispiel aus der Gruppe IV

- 1 Schach- und Brettspiele
- 2 Billard
- 3 Nebenraum



Beispiel aus der Gruppe V

- 1 WC für Männer
- 2 WC für Frauen
- 3 WC für Personal
- 4 Lager
- 5 Liegestühle

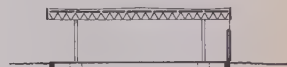


Pavillon nach der Gruppe VI

- 1 Wirtschaftsraum
- 2 Nebenraum
- 3 WC für Personal
- 4 WC für Männer
- 5 WC für Frauen
- 6 Milchbar und Café



6



Pavillons sind für folgende Objekte vorgesehen:

Freilichtbühne „Junge Garde“	4 Pavillons
Spiel- und Freizeitzentrum (ein Umkleidepavillon wurde hinzugenommen)	4 Pavillons
Kinderspielgelände	5 Pavillons
Lesegarten am Poelzigbrunnen	3 Pavillons
Ergänzungspavillons bei der ehemaligen Torwirtschaft (vorläufig nicht bearbeitet, da kein Programm vorliegt)	2 Pavillons
Jugendzentrum für verschiedene Zirkel	12 Pavillons
Rudolf-Harbig-Stadion	3 Pavillons
Spiel- und Turnpark	1 Pavillon
Zentrum für die Frau	3 Pavillons
	37 Pavillons

Funktionsvarianten wurden nach sieben Gruppen erarbeitet, und zwar nach den Gruppen

- I Garderoben, Umkleideräume, sanitäre Anlagen und anderes
- II Toiletten
- III Spiele, Arbeitsgruppen, Zirkel und ähnliches
- IV Spezialpavillons
- V Erfrischungen, Imbiß, Liegestühle
- VI Milchbar
- VII Café

Zur Konstruktion

Der quadratische Grundriß von 12 600 mm mal 12 600 mm (sieben Rasterfelder von je 1800 mm) wird durch eine auf vier eingespannten Stützen aufgesetzte freitragende Konstruktion überdacht, um eine flexible Nutzung zu ermöglichen.

Alle Bauteile, wie Dachplatten, Außenwände, Innenwände und leichte Fassadenelemente, sind nach einem Grundraster von 1800 mm bemessen und dadurch variabel einbaufähig.

Das Tragwerk soll in Stahl errichtet werden; dazu sind drei mögliche Systeme dargestellt worden.

Die Außenhaut besteht entweder aus großflächig verglasten Elementen oder aus massiven Fertigteilen. Gegebenenfalls können die Innenwände auch traditionell ausgeführt werden. Die Gruppierung der Pavillons sollte so erfolgen, daß pergolaartige Verbindungsgänge angeordnet werden können.



Professor Dipl.-Ing. Gerhard Kosel
Präsident der Deutschen Bauakademie

Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970

Am 29. und 30. Oktober 1964 fand in Berlin im Haus des Lehrers die 13. Öffentliche Plenartagung der Deutschen Bauakademie statt. Die Plenartagung befaßte sich mit Fragen des Städtebaus und der Architektur im Zeitraum bis 1970. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Referat des Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Professor Dipl.-Ing. Gerhard Kosel. Mit der Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen beginnen wir im Heft 2/1965. Das gesamte Material wird von der Deutschen Bauinformation veröffentlicht. red.

... Der Hauptinhalt des Perspektivplanes zur Vollendung des Sozialismus in der DDR ist die Durchführung der technischen Revolution bei kontinuierlicher Erhöhung der Akkumulationskraft und ihrer Konzentration auf die führenden Zweige der Volkswirtschaft und einer gleichzeitigen kontinuierlichen Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Der Umfang der Investitionen wird von 16,4 Milliarden MDN im Jahre 1963 auf rund 30 Milliarden MDN im Jahre 1970 erhöht werden, wobei in diesem Zeitraum insgesamt Bauten und bauliche Anlagen mit einem Wertumfang von mehr als 75 Milliarden MDN zu erhalten, zu rekonstruieren und neu zu errichten sind...

Das große Programm des Perspektivplanes verlangt bis zum Jahre 1970 die Steigerung der Bauproduktion auf mehr als das 1,5fache. Dazu ist eine jährliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität um durchschnittlich 8,4 Prozent nötig. Der Umfang der Bauleistungen des Jahres 1950 muß von den Bauschaffenden im Jahre 1970 in etwa neun Wochen erbracht werden.

Diese außerordentlichen Aufgaben sind nur zu erfüllen, wenn auch im Bauwesen die technische Revolution im Zusammenhang mit der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems im Bauwesen entsprechend dem Beschluß des Ministerrates vom 14. 6. 1963 durchgesetzt wird.

Das bedeutet

- die Durchführung der umfassenden Industrialisierung des Bauens bei allgemeiner Anwendung der komplexen Fließfertigung unter Verwendung vorgefertigter, großformatiger, hochkomplexierbarer Elemente für Bau und Ausrüstung entsprechend dem Baukasten;
- die Durchsetzung des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel und den Übergang zu einer wissenschaftlichen Leitung der Produktion, Projektierung und Forschung.

Aufgaben des Städtebaus in der Periode bis 1970

Mit dem neuen Abschnitt der Geschichte unserer Republik beginnt auch eine neue Etappe in Städtebau und Architektur. Die Durchführung des Perspektivplanes stellt dem Städtebau neue Anforderungen...

Die Entwicklung unserer Republik, ihrer Gebiete, Städte und Dörfer muß vom Gesichtspunkt einer weiten Perspektive, einer weit vorausschauenden wissenschaftlichen Prognose her durchdacht und geplant werden. In den Industriekomplexen, Städten und Dörfern, die wir heute umgestalten und errichten, werden die Menschen des Kommunismus arbeiten und leben. In unseren städtebaulichen Projekten muß die im Perspektivplan vorgesehene volkswirtschaftliche und kulturelle Entwicklung ihren Niederschlag finden. Jedes enge, ressortmäßige Herangehen an die Fragen des Städtebaus nur vom Standpunkt des Bauspezialisten oder des Interessenvertreters eines Industriezweiges oder eines Lokalpatrioten kann nie zur Ausarbeitung eines optimalen Stadtplanes führen und hat in jedem Falle volkswirtschaftliche Disproportionen und Dissonanzen in der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung zur Folge. Der Perspektivplan selbst schafft uns für eine weitschauende und komplexe Planungstätigkeit eine entscheidende Voraussetzung, indem er mit der Forderung nach unbedingter Übereinstimmung zwischen der Entwicklung der Industriezweige und der Entwicklung der Wirtschaftsgebiete und Städte die Perspektive und den Aufbau der Städte und Gemeinden in die gesamten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge einordnet...

Die Ökonomie der Zeit – entscheidendes Kriterium

Bereits auf dem 9. Plenum unserer Akademie wurde die Frage aufgeworfen, welches Kriterium letztlich für den wissenschaftlich-technischen Höchststand im Städtebau entscheidend ist und auf welchen gemeinsamen Nenner sich die unterschiedlichen Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Qualität einer städtebaulichen Planung, sei es innerhalb eines Zweiges oder eines Territoriums,

bringen lassen. Das entscheidende Kriterium für den wissenschaftlich-technischen Höchststand im Städtebau ist, wie in der gesamten Ökonomie, die Ökonomie der Zeit. Die Bewertung einer städtebaulichen Planung muß davon ausgehen, wie die Frage der Ökonomie eines Gebietes oder einer Stadt als Ganzes gelöst ist – mit anderen Worten, welchen Aufwand an Arbeitszeit die Rationalisierungs-, Rekonstruktions- und Neubaumaßnahmen eines Industriezweiges verursachen, wie hoch der Aufwand an Arbeitszeit beim Betrieb, der Nutzung, der Unterhaltung der Anlagen ist, welche Anzahl von Arbeitskräften benötigt wird, um eine Stadt als Ganzes zu bewirtschaften und welche Quote an Freizeit die rationell organisierte Stadt ihren Bewohnern gewährt...

Mit der vorrangigen Entwicklung der führenden Zweige der Volkswirtschaft ist eine entsprechende territoriale Konzentration der Investitionen auf die wichtigsten Wirtschaftsgebiete und Städte verbunden. Das betrifft die Investitionen für die Industrie, den Wohnungsbau, den Verkehr, den Wasserbau und anderes mehr.

Ein ähnlicher Konzentrationsprozeß ist in der Landwirtschaft beim allmählichen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden zu vollziehen. Die Konzentration unserer volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenzen beim Aufbau des Sozialismus ist keine vorübergehende Maßnahme, sondern ein grundlegendes Prinzip der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens. Der Kapitalismus hat uns das Erbe einer weitgehend zersplitterten Industrie hinterlassen. Neben Großbetrieben, deren Mehrzahl erst nach 1945 errichtet wurde, haben wir in der Republik etwa 16 000 mittlere und kleine Industriebetriebe. Für eine rationelle Produktion bieten bekanntlich moderne Großbetriebe die besten Voraussetzungen. Die gemeinsame Arbeit der Volkswirtschaftsplaner, der Territorialplaner und der Städtebauer muß darauf ausgerichtet sein, den Prozeß der weiteren Konzentration, insbesondere in den führenden Zweigen der Industrie, in jeder Weise zu unterstützen...

Bei der Behandlung der Konzentration der Investitionen in den Industriegebieten, des kompakten und kombinierten Bauens, haben wir bisher den Neubau von Anlagen in den Vordergrund gestellt. Im Vergleich zu der vergangenen Planperiode, die einen geringeren Teil der Investitionsmittel für die Rationalisierung und Erweiterung vorsah, werden im Entwurf des Perspektivplanes bis 1970 für die Entwicklung der Industrie mehr als 55 Prozent der Investitionsmittel für Rationalisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen eingesetzt. Das bedeutet, die schon bestehende Konzentration für die Projektierung von neuen Industriekomplexen durch eine wissenschaftliche Konzeption für die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen zu ergänzen. Dabei sind die Maßnahmen für Rationalisierung, Rekonstruktion und Neubau sowohl im Rahmen eines Industriezweiges als auch auf dem Territorium einer Stadt oder eines Gebietes als eine Einheit zu sehen...

Die genutzte und verpaßte Chance

Die weit gesteckten Ziele für die Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR erfordern, unsere besten Erfahrungen zusammenzufassen und die zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes erforderlichen Aufgaben und Lösungswege aufzuzeigen. Eine solche Zusammenfassung wurde vorgenommen: Die Ihnen übergebenen „Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ stellen ein Leitbild für die künftige Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik dar.

Die Ausarbeitung eines solchen Leitbildes ist eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Diese Frage interessiert nicht nur uns, sondern bewegt schon seit langem die Städtebauer und Architekten aller Länder.

Zahlreiche führende Städtebauer und Architekten in Westdeutschland, wie Ernst May, Werner Hebebrandt und Rudolf Hillebrecht, vertraten in den ersten Jahren des Zusammenbruches des Hitlerfaschismus die Auffassung, daß mit dem



Wiederaufbau der zerstörten Städte die große Chance gekommen sei, um die Ideen einer rationellen, auf humanistischen Prinzipien fußenden Gebiets- und Stadtplanung zu verwirklichen, wie sie bereits in den zwanziger Jahren und vorher von hervorragenden Städtebauern vertreten worden waren.

Die Tatsachen beweisen, daß unter den Bedingungen der Wiederherstellung der ökonomischen Macht des Monopolkapitals in Westdeutschland diese Ideen nicht verwirklicht werden konnten. Die große Chance des Städtebaus in Westdeutschland wurde vertan, weil die große politische Chance der Beseitigung des Monopolkapitals, die durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus entstanden war, in Westdeutschland vertan wurde.

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte in Westdeutschland verläuft genau in den durch die politischen Interessen der Monopole, der Grund- und Bodenspekulanten festgelegten Bahnen. Wie der bekannte Kommunalpolitiker Gerd Albers in der westdeutschen Zeitschrift „Der Volkswirt“ (Nr. 20/1964) erst kürzlich bei einer Analyse der Situation des westdeutschen Städtebaus wieder feststellen mußte, scheiterten alle Bemühungen der Planer, die Entwicklung des westdeutschen Städtebaus in vernünftige Bahnen zu lenken, an den „politischen Realitäten, den kommunalen Grenzen, der Steuerstruktur, den einflußreichen Interessenten und dem parteipolitischen Machtgefüge mit seinen Unwägbarkeiten“. Die Reformbestrebungen des Städtebaus in Westdeutschland teilten das Schicksal aller jener Versuche, der Slum-Sanierung, der Errichtung von Mustersiedlungen, des Ausbaus der städtischen Randzonen und der gesamten städtischen Erneuerungsbewegung der westlichen Welt.

Heute müssen sich die führenden westdeutschen Städtebauer von der großbürgerlichen „Frankfurter Zeitung“ als „untätige Köpfe“ verhöhnen lassen, „die mit Besorgnis auf den immer größer werdenden Siedlungsbrei und die Agonie der sterbenden Städte blicken“...

Der Verlauf der Entwicklung des westdeutschen Städtebaus beweist eindeutig, daß die objektiven Ursachen der ökonomischen und der sozialen Probleme, die zur Anarchie des westdeutschen Städtebaus führen, in der Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitals zu suchen sind.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch für den westdeutschen Städtebau neue Chancen geschaffen werden können. Dazu müßten die Auseinandersetzungen um die Neugestaltung der Städte und Gemeinden verbunden werden mit dem Kampf um die Veränderung der bestehenden ökonomischen und sozialen Struktur der westdeutschen Gesellschaft und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um im Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften die Auseinandersetzungen um die ökonomischen und sozialen, technischen und ästhetischen Probleme des Städtebaus zugleich als einen politischen Kampf zu führen.

Wir Architekten und Städtebauer der Deutschen Demokratischen Republik haben das Leitbild der künftigen Entwicklung unserer Architektur, das wir auf der heutigen Plenartagung beraten, gemeinsam mit den Ingenieuren, Technikern, Ökonomen und Planern ausgearbeitet. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre unseres Aufbaus haben bewiesen, daß derartige Leitbilder in unserer Gesellschaftsordnung keine von der Wirklichkeit losgelösten Wunschvorstellungen sind. Sie erwachsen aus einer wissenschaftlich begründeten Prognose unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind in unserem Perspektivplan verankert und werden mit der Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne zur Wirklichkeit...

Zur Senkung des gebietswirtschaftlichen Aufwandes

Eine Analyse des ökonomischen Forschungsinstituts der Staatlichen Plankommission hat nachgewiesen, daß allein 32 untersuchte Investitionsvorhaben mit einem Wertumfang von etwa 15 Milliarden MDN mit einem gebietswirtschaftlichen Aufwand von 4 Milliarden MDN verbunden waren. Das sind etwa 28 Prozent der Grundinvestitionen.

Mit der neuen Methode der Perspektivplanung, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Methode der Programmplanung für die führenden Zweige der Volkswirtschaft ergänzt wird durch die Programmplanung für die Entwicklung wichtiger Wirtschaftsgebiete, besitzen wir insbesondere in Verbindung mit der Anwendung der maschinellen Datenverarbeitung und der modernen Rechentechnik eine entscheidende Handhabe, um die einzelnen Faktoren des gebietswirtschaftlichen Aufwandes in all ihren komplizierten Verflechtungen zu erkennen und durch Koordinierungsmaßnahmen diesen Aufwand zu senken.

Für das Wirtschaftsgebiet Schwedt (Oder) erfolgte 1963/64 erstmalig die Ausarbeitung eines solchen Programms durch die Staatliche Plankommission in Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen des Bauwesens und der Deutschen Bauakademie. Dabei wurde der Aufbau der Vorhaben der Industrie, insbesondere des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt, mit der technisch-ökonomischen Entwicklung des Gebietes in Übereinstimmung gebracht. Auf diese Weise konnten solche wichtigen Fragen geklärt werden, wie

- die Ausschöpfung der Arbeitskräftereserven zur Sicherung eines planmäßigen Aufbaus des Vorhabens,
- die rationellste Verkehrs- und technische Erschließung des Gebietes,
- die Größe der Stadt Schwedt (Oder) sowie die Perspektive der übrigen Städte und Gemeinden des Gebietes,
- die Entwicklung der Versorgungsindustrie.

Die Koordinierung machte umfangreiche, bereits geplante Investitionsaufwendungen überflüssig. Die ökonomische Kommission des Ministerrates legte fest, daß in Auswertung des Beispiels der Programmplanung für das Wirtschaftsgebiet Schwedt (Oder) für eine Reihe von Gebieten mit einer ausgeprägten dynamischen Entwicklung, wie zum Beispiel Halle-Merseburg-Bitterfeld, Eisenhüttenstadt-Frankfurt (Oder), ebenfalls Gebietsprogramme erarbeitet werden...

Die Arbeit zur Herstellung der Übereinstimmung zwischen der Entwicklung der Zweige und Betriebe und der Entwicklung der Gebiete, Städte und Gemeinden muß darauf gerichtet sein, die vorhandenen Mittel und Kräfte vorrangig für die Rationalisierung zur Erreichung der Produktionsziele zu verwenden und durch Konzentration und Kombination oder zeitliche Koordinierung der Vorhaben bei Senkung des Bauanteils den Nutzeffekt der Investitionen maximal zu erhöhen...

Der wissenschaftlich-technische Höchststand beim Bau von Industrieanlagen wird durch die technisch-ökonomisch zweckmäßigste Zusammenfassung einzelner Industriebetriebe in einen Komplex charakterisiert, der ein einheitliches und gemeinsames System des Verkehrs und der technischen Versorgung für Energie, Wasser und so weiter sowie anderer Hilfs- und Nebenanlagen besitzt. In die gemeinsame Nutzung werden auch die mit dem Industriekomplex zusammenhängenden Wohngebiete einbezogen.

Während der Freundschaftsreise in die Sowjetunion konnte ich mich über die großen Vorteile der Bildung von Industrieknoten selbst überzeugen. Praktische Ergebnisse in der Sowjetunion zeigen, zum Beispiel beim Bau von Industrieknoten in Bratsk und Rjasan, daß eine Senkung der Investitionen gegenüber einer verstreuten Anordnung in Höhe von etwa 20 Prozent erreicht wird. Der Flächenbedarf kann bis zu 40 Prozent reduziert werden. Gute Ansätze sind auch in der DDR bei der Zusammenfassung der Investitionen in Schwedt und Leuna vorhanden. Ausgehend von den sowjetischen Erfahrungen, wurden in Zusammenarbeit der Staatlichen Plankommission, der örtlichen Organe und der Deutschen Bauakademie eine Reihe von Vorschlägen zur Bildung von Industriekomplexen in Halle-Nord, Karl-Marx-Stadt, Rostock, Leipzig-West entwickelt. Vom Institut für Städtebau und Architektur wurde der „Entwurf einer Richtlinie zur städtebaulichen Organisation und Projektierung von Industriekomplexen“ ausgearbeitet, der ihnen übergeben wurde. Damit liegen für den Bau von Industriekomplexen notwendige Grundlagen vor...

Ökonomische Hebel

Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, daß durch wissenschaftlich-technische und planmethodisch-administrative Maßnahmen die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes bei Rationalisierung und Neubau von Industrieanlagen nicht voll wirksam werden kann. Genosse Walter Ulbricht machte auf der 2. Tagung der Perspektivplankommission den Vorschlag, die an der Investitionskoordination Beteiligten materiell zu interessieren. Er empfahl zu überprüfen, inwieweit die VVB und die Bezirksplankommission aus erzielten Investitionseinsparungen einen Teil der Mittel für die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und soziale Maßnahmen erhalten können. Von der Deutschen Bauakademie wurde eine Reihe von Vorschlägen entwickelt, wie auf dem Gebiet der Investitionen ökonomische Hebel zur Wirkung zu bringen sind. Dazu gehört der Vorschlag, denjenigen Bauauftragnehmern Vorteile in Form eines Rabatts zu gewähren, die sich die Mühe machen, anstatt zersplitterter Investitionen eine Konzentration ihrer Baumaßnahmen vorzunehmen oder ihre Bauvorhaben mit denen anderer Auftragnehmer in kombinierten Bauten zu vereinigen. Es gibt Vorschläge, die Abschreibungssätze für Kompaktbauten niedriger zu halten, weil bei diesen Bauten eine Gebrauchswertminderung durch physischen und moralischen Verschleiß erst nach langem Zeitraum eintritt.

Es muß kritisch festgestellt werden, daß sowohl in der Bauforschung als auch bei den staatlichen Organen des Bauwesens ein empfindlicher Rückstand bei der Ausarbeitung des geschlossenen Systems der ökonomischen Hebel auf dem Gebiet des Investitionsbaus vorhanden ist. Im Plan der Forschung für 1965 ist die Lösung dieser Aufgaben als ein Schwerpunktthema aufgenommen worden. Die Deutsche Bauakademie beabsichtigt, im Jahre 1965 eine Plenartagung speziell zu den Problemen des geschlossenen Systems der ökonomischen Hebel durchzuführen.

Der komplexe Wohnungsbau

Die Hauptaufgabe des Städtebaus auf dem Gebiet des komplexen Wohnungsbaus besteht darin, der Bevölkerung komplett ausgestattete, funktionsfähige und schöne Wohnkomplexe zu übergeben, in denen sie sich wohlfühlt und in denen sich ein vielseitiges und interessantes gesellschaftliches Leben entwickeln kann.

Die Anzahl der jährlich fertigzustellenden Wohnungen wird sich bis zum Jahre 1970 gegenüber 1964 auf rund 125 Prozent erhöhen. Im gleichen Zeitraum wird die Kapazität der polytechnischen Oberschulen um etwa 8 Prozent, der Kindergärten um 13 Prozent und der Kinderkrippen um knapp 30 Prozent erweitert.

Der Wohnungsbau wird sich vorrangig in Industrieschwerpunkten, Zentren der landwirtschaftlichen Produktion und in den Stadtzentren der großen Städte konzentrieren. Auch im komplexen Wohnungsbau müssen der Neubau von Wohngebieten und die Maßnahmen zur Rekonstruktion der vorhandenen Wohnsubstanz als eine Einheit betrachtet werden. In den Grundsätzen des Städtebaus heißt es dazu: „Der komplexe Wohnungsbau umfaßt neben dem Bau von Wohnkomplexen auf bisher unerschlossenem Gelände zunehmend den Wohnungsneubau im Zuge der sozialistischen Umgestaltung alter Stadtgebiete.“

Beim Bau von Wohnkomplexen wurden in den letzten Jahren Fortschritte erzielt. Etwa 50 Prozent des jährlichen Wohnungsbaus sind in Form von größeren Wohnkomplexen mit über 800 Wohnungen zusammengefaßt worden; 20 Prozent des Wohnungsbaus entstanden in Wohngruppen von 251 bis 800 Wohnungen; 20 Prozent der Wohnungsbauvorhaben wurden unter anderem auch in ländlichen Gebieten als größere Wohngruppen von 31 bis 250 Wohnungen und nur ein geringer Anteil von 10 Prozent als Einzelvorhaben, und zwar vor allem als Lückenbebauung, errichtet. Die Konzentration des Wohnungsbaus schuf günstige Voraussetzungen für das industrielle Bauen, die Anwendung der Schnellbaufließfertigung und hat wesentlich zur Senkung der Kosten für Bau, Erschließung und Ausstattung der Wohngebiete beigetragen.

Die Bevölkerung erkennt die Vorzüge des Lebens in den neuen Wohnkomplexen durchaus an, übt aber mit Recht an den noch vorhandenen Unzulänglichkeiten, Mängeln und Fehlern Kritik.

An erster Stelle der öffentlichen Kritik steht die nicht komplette und funktionsfähige Ausstattung der Wohngebiete, das Zurückbleiben im Bau gesellschaftlicher Einrichtungen und bei der Fertigstellung und Gestaltung von Freiflächen...

Zur Wirtschaftlichkeit der Bebauung

Eine für die Wirtschaftlichkeit der Bebauung entscheidende Form ist die der Einwohnerdichte. Die von der Deutschen Bauakademie ausgearbeiteten und im Jahre 1960 vom Minister für Bauwesen bestätigten Richtzahlen für Wohngebiete schreiben eine Einwohnerdichte von durchschnittlich 260 Einwohner/ha vor. Bei der Errichtung vieler Wohnkomplexe wurden diese Kennziffern nicht eingehalten, was dazu führte, daß der Durchschnitt der erreichten Einwohnerdichte in Komplexen, die in den vergangenen Jahren errichtet wurden, etwa bei 170 Einwohnern/ha liegt...

Durch die Nichteinhaltung der festgelegten Kennzahlen ist der Volkswirtschaft in den Jahren 1960 bis 1963 ein Verlust in der Größenordnung von 200 bis 300 Millionen MDN entstanden...

In den geringen Einwohnerdichten kommen ideologische Unklarheiten über den Charakter der sozialistischen Stadt zum Ausdruck. Viele Städtebauer und Architekten betrachten die sozialistische Stadt noch immer als eine Gartenidylle. Die Deutsche Bauakademie hat dieses Problem aufgegriffen, allerdings mit beträchtlicher Verspätung. Das Projekt des Instituts für Städtebau und Architektur zur Stadterweiterung von Schwedt (Oder) war der erste Bebauungsplan, der unter Zugrundelegung der neuen Wohnungstypen P.2.12 eine Dichte von 300 Einwohnern/ha erreicht. Die dabei erreichte Senkung der Kosten je Wohnung gegenüber bisher üblichen Werten beträgt etwa 2500 MDN. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wurde auch die Planung von Rostock-Lütten Klein neu bearbeitet und dadurch eine Senkung der Investitionskosten je Wohnung von etwa 5000 MDN ermöglicht...

Die bei der Erarbeitung dieser Projekte gewonnenen Erfahrungen führten, ergänzt durch theoretische Untersuchungen, zu dem Schluß, daß auf der Grund-

lage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in Städtebau und Typenprojektierung der Richtwert der Einwohnerdichte von durchschnittlich 260 Einwohner/ha auf durchschnittlich 300 Einwohner/ha erhöht werden kann. Die Forderung der Stadthygiene, wie zum Beispiel die für die gute Besonnung entscheidenden Hausabstände von 2,5 h, werden dabei voll erfüllt. Durch die Erhöhung der Einwohnerdichte wird eine Kostensenkung je Wohnung von 2000 MDN und eine beträchtliche Einsparung an Bauland erreicht. Die progressiven, von der Wissenschaft erarbeiteten Richtzahlen wurden der Direktive zum Perspektivplan bis 1970 zugrunde gelegt, die generell eine Dichte von 300 Einwohner/ha und 29 000 MDN städtebauliche Investitionskosten je Wohnung festlegt. Diese Kennwerte müssen bei dem Bau neuer Wohnkomplexe unbedingt durchgesetzt werden. Das erfordert eine strenge Überprüfung der bereits vorliegenden städtebaulichen Projekte für neue Wohnkomplexe in der Verantwortung der Bezirksbaudirektoren. Darüber hinaus müssen die in der Vergangenheit gemachten Fehler bei der Zulassung extrem geringer Einwohnerdichten zum Teil dadurch korrigiert werden, daß in spärlich bebauten Wohnkomplexen nachträglich, ohne wesentlichen Aufwand für die Erschließung, Wohngebäude, und zwar insbesondere vielgeschossige Wohngebäude, errichtet werden...

Zum Bau vielgeschossiger Wohngebäude

Der Bau vielgeschossiger Wohnhochhäuser verursacht im Vergleich zu fünfgeschossigen Bauten höhere Baukosten, insbesondere infolge der erhöhten Aufwendungen für Aufzüge und andere technische Ausstattungen. Wie wollen wir unter diesen Umständen die Forderung begründen, verstärkt vielgeschossig zu bauen? Der vielgeschossige Wohnungsbau kommt im wesentlichen nur für die Zentren der Städte und die großen Wohngebiete in Frage. Er ermöglicht es, das wertvolle innerstädtische Bauland rationell zu nutzen, die Aufwendungen für den Verkehr, die technische Versorgung zu senken und die Wegeentfernungen zu verkürzen. Das übermäßige Flächenwachstum der Städte kann eingeschränkt werden. Der Bau von modernen komfortablen Wohnungen in den Zentren der sozialistischen Städte entspricht den Vorstellungen der Bevölkerung von einer sozialistischen Stadt.

Ausgehend von den dargelegten Gesichtspunkten wird im Perspektivplan bis 1970 für Wohnungen in vielgeschossigen Bauten, ausgehend von internationalen Erfahrungen, eine Erhöhung der Baukosten von 20 Prozent im Vergleich zu Wohnungen in fünfgeschossigen Bauten zugebilligt. Bei einem Besuch in Leningrad konnte ich feststellen, daß eine Kompensierung der etwa 20 Prozent betragenden Mehrkosten der Wohnhochhäuser durch die geringeren gesamtstädtischen Aufwendungen erreicht wird. Gegenwärtig liegen bei uns die Kosten der Wohnungen in Wohnhochhäusern beträchtlich über denen von fünfgeschossigen Gebäuden. Sie betragen beim Wohnhochhaus in Lübbenau 660 MDN/m², in den zehngeschossigen Sektionshäusern in Berlin 450 MDN/m² und beim sechzehngeschossigen Punkthaus Berlin, Schillingstraße, 825 MDN/m². Ein Vergleich mit den Durchschnittskosten je Quadratmeter in fünfgeschossigen Wohnhäusern von etwa 360 MDN zeigt, daß die im Wohnhochhausbau bisher erreichten Werte die im Perspektivplan vorgesehenen Werte um ein beträchtliches, das heißt um 5 Prozent bis 110 Prozent, übersteigen. Bereits auf der 9. Plenartagung der Deutschen Bauakademie wurde die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen und Projekte für den Bau rationaler Wohnhochhäuser gefordert. Wir müssen jedoch heute feststellen, daß nach einem Jahr noch keine befriedigenden Ergebnisse vorliegen. Wir erinnern den Direktor des VEB Typenprojektierung, Genossen Professor Hafrang, nochmals an seine Verantwortung für die Ausarbeitung von Typenunterlagen für den vielgeschossigen Wohnungsbau. Die vorliegenden Berechnungen und Projektskizzen berechtigen zu der Feststellung, daß es technisch möglich ist, 20- bis 24geschossige Wohnbauten aus Fertigteilen des Baukastens zu errichten und damit die Vorteile der kostensenkenden Serienfertigung auch für den Bau von Wohnhochhäusern wirksam zu machen.

Der sozialistische Inhalt und das industrielle Bauen

In dem sozialistischen Inhalt unseres Bauens spiegeln sich gewissermaßen unsere sozialistischen Produktionsverhältnisse, im industriellen Bauen dagegen die Produktivkräfte unserer technischen Revolution. So, wie unsere Produktionsverhältnisse und unsere Produktivkräfte, die Einheit unserer sozialistischen Produktionsweise bilden, formt der sozialistische Inhalt zusammen mit dem industriellen Bauen die Einheit unserer sozialistischen Architektur.

Sozialistischer Inhalt der Architektur und industrielles Bauen bedingen einander. Die maximale Konzentration der Investitionen und eine komplexe Planung, Projektierung und Baudurchführung großer zusammenhängender Vorhaben schaffen günstige Voraussetzungen sowohl für die Verwendung einheitlicher, massenweise gefertigter Elemente des Baukastens, die in Bauten unterschiedlicher Zweckbestimmung Anwendung finden, als auch für die Montage der Bauten und Anlagen in komplexer Fließfertigung unter einheitlicher Leitung des Generalauftragnehmers. Die Anwendung einheitlich gefertigter, großformatiger Elemente des Baukastens verleiht ihrerseits den neuen städtebaulichen Ensembles Großzügigkeit, Einfachheit und Klarheit der Formen und des Massenaufbaus, sie bringt in unsere sozialistische Architektur das Prinzip der großen Ordnung, jene Ordnung, die die Grundlage aller Kunst ist...

Zur Weiterentwicklung des Baukastens

Die erhöhten Forderungen, die wir an die Typenprojekte in Hinsicht auf ihre Einordnung in komplexe Programme und an Typenbauten in Hinsicht auf ihre Einordnung in städtebauliche Ensembles stellen, erfordern eine Weiterentwicklung des Baukastens. Wir gingen bisher von der Vorstellung aus, daß die Elemente des Baukastens im wesentlichen für Bauten des Massenbedarfs der Industrie, der Landwirtschaft und des komplexen Wohnungsbaus bestimmt sind. Wir setzen dabei im stillen voraus, daß für besondere Großbauten der Industrie und für bedeutende gesellschaftliche Bauten in den Zentren der Städte konstruktive Sonderlösungen anzuwenden seien, die außerhalb der auf dem Baukasten beruhenden großen Ordnung der Architektur des industriellen Bauens stehen. Wir haben es hier mit einem echten Widerspruch zu tun, dessen Auflösung nur durch die Weiterentwicklung des Baukastens zu erreichen ist. Die Entfaltung der sozialistischen Architektur ist undenkbar ohne die Entwicklung neuer kühner Konstruktionen unter Verwendung modernster Baustoffe,

in denen die Übereinstimmung zwischen den ökonomischen und den ästhetischen Forderungen nach Verminderung der Baumassen sowie nach Leichtigkeit und Eleganz der Form zum Ausdruck kommt. Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen, daß diese modernen Konstruktionen und Bauformen nicht zu Bestandteilen des einheitlichen Baukastensystems gemacht werden könnten . . .

In die Entwicklung des Baukastens müssen in wachsendem Maße komplizierte Bauelemente, dünnwandige Schalen, filigranartige Raumtragwerke, Elemente aus Platten einbezogen werden, das heißt solche Konstruktionen, die an das Können der Arbeiter, Ingenieure, Architekten und Wissenschaftler höchste Anforderungen stellen, gleichzeitig aber neue Möglichkeiten zur Senkung der Baukosten und der Bauwege bieten. Mit diesen Bauelementen werden wir die Palette unserer Kompositionsmittel weiter bereichern und die Möglichkeit erhalten, auch Bauwerke der Zentren in größerem Umfang als bisher aus Elementen des Baukastens zu errichten. Auf diesem Wege werden wir einerseits den noch vorhandenen Bruch zwischen der Architektur des industriell gefertigten Massenbaus und den noch traditionell gefertigten Bauten der Gesellschaft überwinden, andererseits die mit der Projektierung und der Errichtung von Bauten in traditioneller Bauweise verbundene schwere Handarbeit auf den Baustellen und die Routinearbeit in den Entwurfsbüros mehr und mehr den Produktions- und den Rechenautomaten übertragen können, um Zeit für höhere Tätigkeit, für Experimentieren, Forschen und Gestalten gewinnen.

Der Aufbau der Stadtzentren

Im Perspektivplan bis 1970 wird die Aufgabe gestellt, den Aufbau der Stadtzentren der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie der Städte Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt konzentriert weiterzuführen . . .

Wie ist der Stand des Aufbaus der Zentren der wichtigsten Städte einzuschätzen, welche Aufgaben müssen bei der Weiterführung des Aufbaus in den Vordergrund gerückt werden?

Dresden

In den letzten Jahren wurden für den Aufbau des Zentrums von Dresden große Mittel bereitgestellt. Am Ring, in der neuen Freiburger Straße und in der Seerostadt wurde eine große Anzahl Wohnhäuser, unter ihnen vielgeschossige Großplattenbauten, von guter Qualität errichtet. Hervorzuheben sind die Konstruktion des Rathauses, des Landhauses und der Bau des Pressezentrum am Elbufer; große Verkehrsbauten wie die Nossener Brücke konnten in diesem Jahr ihrer Bestimmung übergeben werden. Trotz dieser beträchtlichen Bautätigkeit gibt es im Dresdener Stadtzentrum noch keine abgeschlossenen Ensembles. Der Eindruck des Unfertigen und der Zersplitterung herrscht vor. Die Baufristen erstrecken sich über lange Zeiträume. An der etwa 750 m langen Thälmannstraße bauen die Dresdener, vom ersten Spatenstich bis zur geplanten Vollendung gerechnet, volle 17 Jahre.

Ausgehend vom Perspektivplan besteht in Dresden die städtebauliche Hauptaufgabe darin, für das gesamte Zentrum unter Einbeziehung des historischen Kerns der Neustadt nunmehr eine Gesamtkonzeption auszuarbeiten und die Etappen ihrer Realisierung so festzulegen, daß durch eine maximale Konzentration der Bautätigkeit die entscheidenden städtebaulichen Ensembles, vor allem die Bebauung an der Thälmannstraße, fertiggestellt werden, der Postplatz auf der Grundlage des im Wettbewerb preisgekrönten Entwurfs des Kollektivs Professor Göpfert gestaltet und die Prager Straße zu einem Schwerpunkt der Bautätigkeit gemacht wird. Um das schöne Stadtbild Dresdens weiter zu bereichern, muß der Gestaltung der Elbufer und der einzigartigen Möglichkeit der Verbindung des Großen Gartens mit dem Kern der Altstadt größte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die architektonische Krönung des zentralen Ensembles ist das Haus der sozialistischen Kultur. Nach den beim Bau des Hauses des Lehrers in Berlin gewonnenen Erkenntnissen wird empfohlen, die funktionell nicht gerechtfertigte Kuppel durch einen, dem architektonischen Charakter Dresdens entsprechenden, einem konkreten Zweck dienenden und kühn konstruierten Gebäudeabschluß zu ersetzen . . .

Leipzig

Die wichtigste Aufgabe, die im Perspektivplanzeitraum in Leipzig zu lösen ist, besteht im weiteren Ausbau des Ringes, insbesondere der Fertigstellung des Karl-Marx-Platzes, an dessen Westseite ein Universitätsbau und ein Hochhaus errichtet werden. An verschiedenen Abschnitten des Ringes werden umfangreiche Verkehrsbaumaßnahmen durchgeführt.

Ein weiteres großes Ensemble wird mit dem Ausbau der Messemagistrale, der Straße des 18. Oktober, begonnen. Der vorliegende Bebauungsvorschlag wird der Bedeutung dieses wichtigen Straßenzuges, der den Ring mit der Technischen Messe verbindet und eine Sichtbeziehung zwischen dem Neuen Rathaus und dem Völkerschlachtdenkmal herstellt, noch nicht gerecht. Der etwa 1,5 km lange, neu zu bebauende Abschnitt der Straße verlangt eine einheitliche und großzügige städtebauliche Gestaltung mit Hilfe einer Reihung vielgeschossiger Wohnhäuser und Internatsbauten. Den Höhepunkt der Komposition muß der als Eingangsraum zur Technischen Messe neu zu gestaltende Deutsche Platz bilden mit Bauten, die der ständig wachsenden Bedeutung der Leipziger Messe Rechnung tragen. . .

Berlin

In seiner Rede zum 15. Jahrestag der DDR stellte der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Walter Ulbricht, die Aufgabe, in der „Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, entsprechend dem gemeinsamen Beschluß von Politbüro, Präsidium des Ministerrates und Magistrat, das Ensemble vom Brandenburger Tor zum Marx-Engels-Platz und Alexanderplatz bis zur Karl-Marx-Allee nach den Erkenntnissen der modernen sozialistischen Architektur zu gestalten“.

Der Aufbau des Berliner Zentrums ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Der Beschluß, den Aufbau des Kernstücks dieses Zentrums mit den bedeutendsten Bauwerken unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens jetzt in Angriff zu nehmen, zeugt von dem friedlichen Aufbauwillen der Werktätigen der DDR, ihrem Optimismus und ihrer neuen sozialistischen Lebenskultur. Mit der städtebaulich-architektonischen Gestaltung des Marx-Engels-

Platzes und des Alexanderplatzes wird die Einheit des Gesamtensembles der großen Ost-West-Achse unserer Hauptstadt hergestellt.

Mit der bestätigten städtebaulichen Konzeption des Zentrums besitzen wir eine feste Grundlage für unsere weitere Arbeit. Die Aufgabe besteht jetzt darin, ausgehend von dem vorgegebenen Bauprogramm, ein reich gegliedertes städtebauliches und architektonisches Ensemble zu gestalten, das, umgeben von einem Kranz großstädtischer Wohngebiete, zum Mittelpunkt des hauptstädtischen gesellschaftlichen Lebens wird. In diesen Wohngebieten, also unmittelbar im Zentrum, werden mehr als 30 000 Menschen vorwiegend in vielgeschossigen Gebäuden leben. Mit der gesamten Stadt durch ein modernes Verkehrssystem verbunden, muß der Alexanderplatz mit seinem zentralen Warenhaus, seinem Hotelhochhaus und den neuen Bauten für die führenden Vereinigungen Volkseigener Betriebe der Elektroindustrie und des Maschinenbaus, dem Pressezentrum und den internationalen Reisebüros zu einem Brennpunkt des weltstädtischen Lebens gemacht werden.

Die Konzeption sieht die Schaffung eines zentralen städtebaulichen Raumes vor, der den Marx-Engels-Platz mit dem Alexanderplatz verbindet. In diesem Raum werden die bedeutendsten Bauwerke Berlins, das zentrale Gebäude für die Volkskammer und den Ministerrat mit einer Kundgebungshalle für 5000 Menschen sowie der Fernsehturm, angeordnet. Begrenzt durch neue vielgeschossige Bauten in der Liebknechtstraße und in der Rathausstraße, wird eine große parkartige Grünanlage mit Wasserkünsten und Skulpturen geschaffen. Hier können an den Fest- und Feiertagen unserer Republik im Anschluß an die Demonstrationen auf dem Marx-Engels-Platz Volksfeste veranstaltet sowie Ausstellungen durchgeführt werden.

Die Idee, in dem zentralen Raum die beiden bedeutendsten Bauwerke des Gesamtensembles, das Zentrale Gebäude und den Fernsehturm, achsial zueinander zuzuordnen, bringt den Gedanken der tiefen inneren Verbundenheit der höchsten Organe unseres sozialistischen deutschen Volksstaates mit den Volksmassen, die in unserer sozialistischen Demokratie aktiv an der Leitung von Staat und Wirtschaft mitwirken, zum Ausdruck. Diese Idee muß jetzt mit den Mitteln der höchstentwickelten Technik und der bildenden Kunst zu einer einmaligen architektonischen Form geprägt werden . . .

Territorialplanung und städtebauliche Projektierung

Mit der vom Präsidium des Ministerrates am 17. 9. 1964 beschlossenen Richtlinie zur Veränderung der Arbeitsweise der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung wird eine klare Abgrenzung der Aufgaben und der Verantwortung zwischen der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Bauwesen in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung erreicht. Danach sind die Organe der Staatlichen Plankommission für die territoriale Planung als Bestandteil des einheitlichen Systems der Volkswirtschaftsplanung und die Organe des Bauwesens für die gebietliche und städtebauliche Projektierung verantwortlich. Auf der Grundlage der von den Bezirksplankommissionen zu erarbeitenden Programme für die Entwicklung von Wirtschaftsgebieten und Städten sind langfristige Pläne und Projekte der Flächennutzung und -bebauung auszuarbeiten und als verbindliche Grundlagen der Stadtentwicklung zu bestätigen.

Zur Zeit besitzen wir keine derartig bestätigten Planwerke. Unsere städtebauliche Planungspraxis entspricht aus diesem Grund in keiner Weise den Erfordernissen der sozialistischen Planwirtschaft. Das künftige Komitee für Forschung, Städtebau und Projektierung im Ministerium für Bauwesen muß dafür Sorge tragen, daß eine feste Ordnung für die Erarbeitung und Bestätigung städtebaulicher Projekte der Flächennutzungs- und -bebauungspläne geschaffen wird, die eine Kontinuität in der städtebaulichen Arbeit und eine hohe Qualität der Projekte sichert.

Entsprechend der Verantwortung des Bauwesens für die städtebauliche und bautechnische Projektierung von Investitionskomplexen fordert der Beschluß vom 17. 9. 1964 eine Konzentration und Neuformierung der Kräfte. Er legt fest, daß die Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung aufgelöst werden. Ein Teil der Kräfte wird zur Lösung der Aufgaben der Territorialplanung in die Bezirksplankommission überführt. Die beim Bauwesen verbleibenden Kräfte werden in spezialisierte Abteilungen Städtebau der VEB Hochbauprojektierung der Bezirke eingegliedert.

Das Neue in der Arbeitsweise der städtebaulichen Projektanten ist, daß nunmehr auch ihre Leistungen in das System der ökonomischen Hebel einbezogen werden und die für die Projektierung geltenden Grundsätze der wirtschaftlichen Rechnungsführung auch auf die städtebauliche Arbeit Anwendung finden. In Zukunft müssen städtebauliche Projekte, wie Flächennutzungs- und Bebauungspläne, ebenso Studien, Variantenuntersuchungen und andere Aufgaben vom Auftraggeber bestellt und bezahlt werden. Um auch im Städtebau die Leistungen der Projektanten durch ökonomische Mittel zu stimulieren, werden eine leistungsabhängige Entlohnung und die Prämialvergütung eingeführt . . .

Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung

Die Zusammenarbeit zwischen Architekten und Bauherren kann nur dann zur vollen Entfaltung kommen, wenn die breitesten Kreise der Bevölkerung in diese Arbeit einbezogen werden; denn letzten Endes ist bei uns der Bauherr das Volk. Einzig und allein dadurch, daß sich unsere Architekten eng mit dem neuen Bauherren, dem Volk, verbinden, das Leben, Denken und Fühlen des Volkes erforschen und mitteilen, das Neue im Leben des Volkes erkennen und mit den Mitteln der Architektur fördern und weiterentwickeln, können die Architekten und Städtebauer ihre großen verantwortungsvollen Aufgaben lösen . . .

Die wichtigste Form der Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung, den Städtebauern und Architekten ist die öffentliche Verteidigung des Projektes. Bei der Projektverteidigung in den Betrieben und in den Volksvertretungen fließen die vielseitigen Erfahrungen der Bevölkerung in die Arbeit der Städtebauer und Architekten ein. Die Auseinandersetzungen bei der Verteidigung der Projekte bilden einen wichtigen Bestandteil unseres Kampfes um das Neue in unserem Leben, um den gesellschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, um die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems und damit unseres Kampfes um die Verwirklichung der Aufgaben und Ziele des Perspektivplanes.

Die Randbebauung neuer Wohngebiete

Dipl.-Ing. Siegfried Klügel
Institut für Städtebau und Architektur,
Abteilung Wohngebiete
Deutsche Bauakademie

Beim Betrachten der Ränder unserer neu-gebauten Wohngebiete fallen zwei cha-rakteristische Dinge auf. Erstens werden die Ränder durch eine Vielzahl von Bau-körpern mit gleicher Höhe und Fassade gebildet, zweitens ergibt sich aus dieser Vielzahl und der geringen Länge der Bau-körper eine Anhäufung von Einblicksmög-lichkeiten in untergeordnete Räume, die damit zum Erscheinungsbild des Gesamt-gebietes beitragen. Es entsteht der Ein-druck der Unordnung, Unruhe und Un-übersichtlichkeit. Die Hauptursache der vorliegenden Pla-nungsfehler ist in der Kleingliedrigkeit und Zersplitterung der Baumasse zu suchen. Auf einen Blick kann man eine große An-zahl von Wohngebäuden erfassen, die fast alle viel zu kurz sind. Besonders auf-fallend wird diese Tatsache in der per-spektivischen Verkürzung. Oftmals wird

durch eine verschiedene Farbgebung der Fassaden jedem Gebäude eine besondere Note verliehen. Man hat den Eindruck, daß es den Architekten nicht um das Kennt-lichmachen eines Raumes ging, sondern um ein Individualisieren der einzelnen Häuser, um möglichst jegliches „Gleich-sein“ zu vermeiden. In keinem Wohnge-biet wurde der Versuch unternommen, für die randbildenden Baukörper wesentlich größere Blocklängen vorzusehen, als sie für die Ausbildung einer im Inneren des Ge-bietes liegenden Wohngruppe angewandt wurden. Aus den vorliegenden Strukturplänen, die nur die Elemente zeigen, die zur Rand-bildung beitragen, ist zu ersehen, daß nir-gends eine ruhige, auf gleicher Flucht ste-hende, saubere Wandbildung zur umge-benden Landschaft angestrebt wurde. Vorherrschend sind ausgefrante, gestaf-

felte und gezackte Ränder. Sehr oft sind die gesellschaftlichen Einrichtungen sehr zufällig am Rande untergebracht und füh-ren, so angeordnet, zu einem unruhigen, zerklüfteten Stadtrand. Bedingt durch die Vielzahl der Baukörper ergeben sich zahl-reiche Einblicksmöglichkeiten und Durch-blicksmöglichkeiten. Sie geben den aus-schnittswisen Blick in untergeordnete Räume frei. Erstens sind die sich darbie-tenden Bruchstücke unverständlich und ver-wirrend, und zweitens wird durch sie der Zusammenhang der Randelemente ge-sprengt. Es entsteht der Eindruck der Iso-lierung der einzelnen Gebäude, der Zu-sammenhanglosigkeit und der Unruhe. Durch welche Öffnung muß ich nun hin-durch, um zum Hauptraum zu gelangen, der die gesamte Baumasse gliedert und die Bewohner zum Zentrum leitet. Im Wohngebiet Wolfen, Krondorfer Straße,

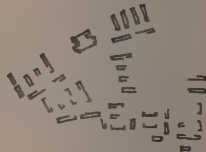
Strukturpläne neu erbauter Wohngebiete

1 : 25 000

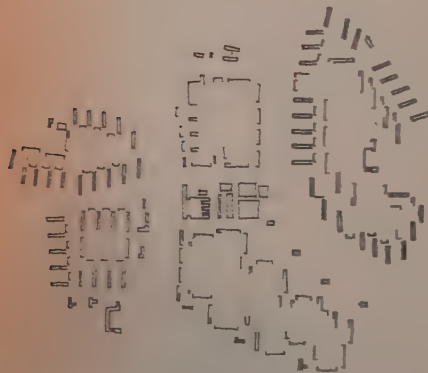
- Kennzeichen
- Keine ruhige, auf gleicher Flucht stehende Bebauung mit klarer Abgrenzung zur Landschaft
 - Gestaffelte, gezackte, zerklüftete, aufgerissene Ränder. Anordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen am Rand
 - Tiefe Einblicks- oder sogar Durchblicksmöglichkeiten
 - Möglichkeit des Erfassens einer Vielzahl von Bauelementen
 - Randblocks unterscheiden sich in Größe und Länge nicht von den im Inneren des Wohngebietes verwandten Blocks



- Wolfen, Krondorfer Straße



Wolfen-Nord



Rostock-Südstadt



Hoyerswerda-Neustadt

wußten sich die örtlichen Organe zu helfen: An besagter Öffnung steht ein Schild mit dem Hinweis, „Hier geht's zum Zentrum“. Wer kennt von uns nicht die Mühen, die man als Ortsansässiger eines neuen Wohngebietes hat, um einem Besucher klarzumachen, wo etwa Herr Schneider oder Frau Becker wohnen. Es fehlt eine spürbare und überzeugende Differenzierung der Räume. Wir sollten nicht die Typisierung für die entstandene Monotonie und Zersplitterung unserer Wohngebiete verantwortlich machen, sondern vor allem unsere eigenen Kompositionsfehler, die aus Angst vor dem typisierten Bauelement entstanden sind.

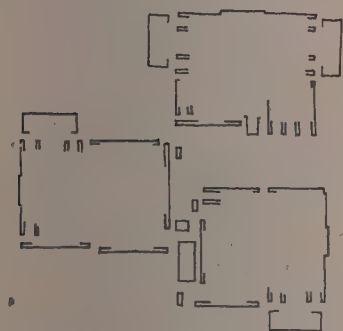
Um aus der Kalamität herauszukommen, wurde verschiedentlich auf sehr „großzügige“ Art versucht, durch eine maßlose Spreizung des Raumes und Anwendung

höherer Bebauung wichtige Zäsuren im Wohngebiet zu kennzeichnen (siehe die städtebauliche Achse Rostock-Südost oder die Grünachse im Wohnkomplex IV von Hoyerswerda). Leider führt das außer der unwirtschaftlichen Nutzung von Bauland zu einem Maßstabfehler. Durch die übermäßige Breite geht der räumliche Zusammenhang verloren. Die raumbildenden Elemente werden zur Randbebauung voneinander isolierter Teilgebiete, der Raum zwischen ihnen zur Landschaft.

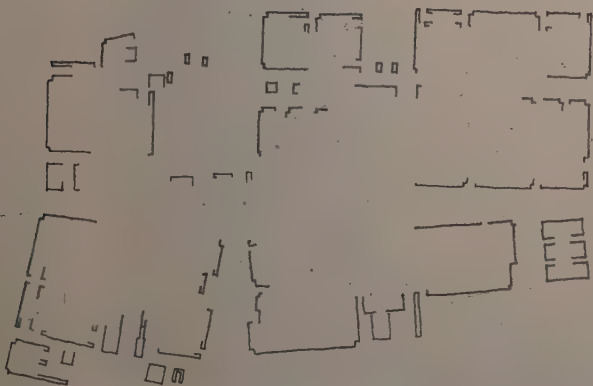
Wie ist diesen Fehlern zu begegnen?

Zuallererst müssen wir uns von der Kleinmaßstäblichkeit und Kleinstruktur freimachen. Weniger kurze Häuser sollten wir bauen, und weniger kleine Räume sollten wir bilden. Das bedingt längere Wohnblocks und damit verbunden neue Raumvorstellungen.

In besonderem Maße trifft das für die Ränder unserer Wohngebiete zu. Warum suchen wir hier immer wieder nach originellen Formen in der Stellung der Wohnblocks, die einen Übergang vom Wohngebiet zur Landschaft im Sinne eines Ineinandergreifens oder eines „harmonischen“ Überganges anstreben? Warum keine klare Abgrenzung des Gebauten zur Landschaft! Gerade bei der Randbebauung scheint es notwendig zu sein, den langen Block anzuwenden. Ist es doch mit seiner Hilfe möglich, „wenige, aber funktionell und kompositorisch wichtige Öffnungen in der Bebauung vorzusehen. Damit wäre der Charakter der Eindeutigkeit und Überschaubarkeit unserer neuen Wohngebiete, eine der oft angestrebten, aber selten erreichten Eigenschaften sozialistischen Städtebaus, besser als bisher zu erreichen.



Erweiterung Schwedt (Oder)



Halle-West – Wettbewerbsarbeit Deutsche Bauakademie

Strukturpläne geplanter Wohngebiete

1 : 25 000

Kennzeichen

- Starke Verringerung der Anzahl der randbildenden Baukörper und damit verbunden Verringerung der Einblicksmöglichkeiten
 - Öffnung der Baumasse nur an funktionell und kompositionell wichtigen Punkten
 - Differenzierung der randbildenden Elemente gegenüber den im Inneren der Wohngebiete angewandten Blocklängen
 - Vermeiden von Giebelstellungen und versuchte Bildung von ruhigen Fluchten
- Die Arbeit von der Stadtplanung Halle zeigt, daß die im Beitrag behandelte Problematik nichts an Aktualität eingebüßt hat.



Halle-West – Wettbewerbsarbeit Stadtplanung Halle

Kennzeichen

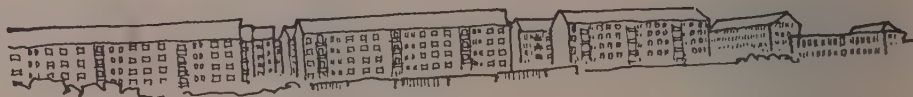
- Vielzahl von Baukörpern gleicher Länge, Höhe und Fassade
- Vielzahl von bruchstückhaften und verunklarenden Einblicken in andere räumliche Situationen
- Vorherrschender Eindruck der Zersplitterung, Unruhe und oft eine gewisse Willkürlichkeit
- Keine zwingenden Einführungen in das Wohngebiet



Wolfen-Nord



Vetschau



Wolfen, Krondorfer Straße



Hoyerswerda, Wohnkomplex IV



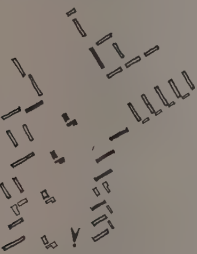
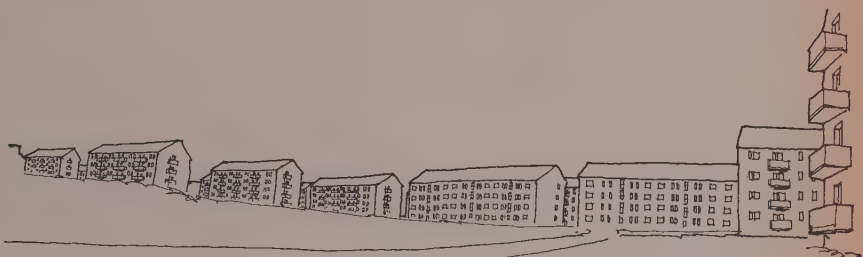
Hoyerswerda



Hoyerswerda



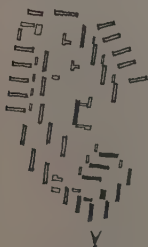
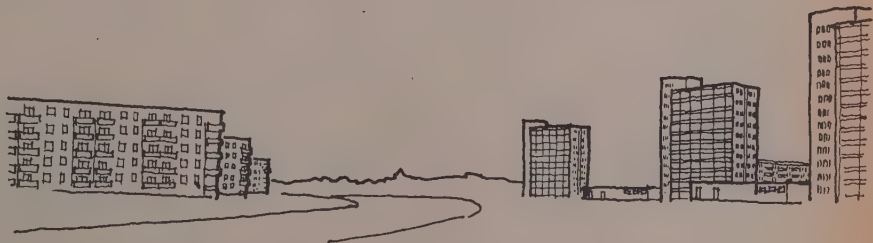
Wismar-Wendorf



Rostock-Südstadt

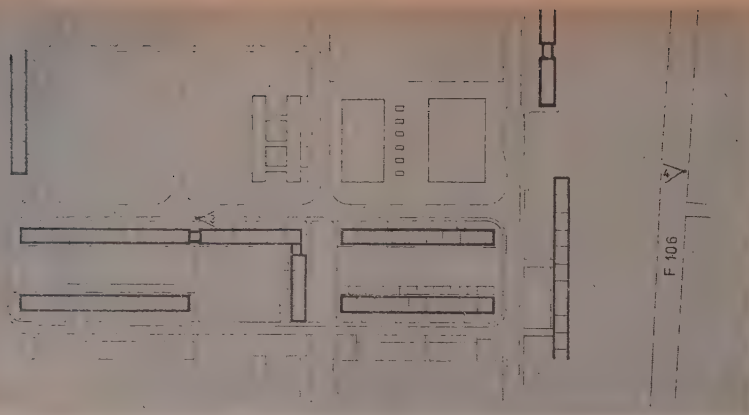


Rostock-Südstadt

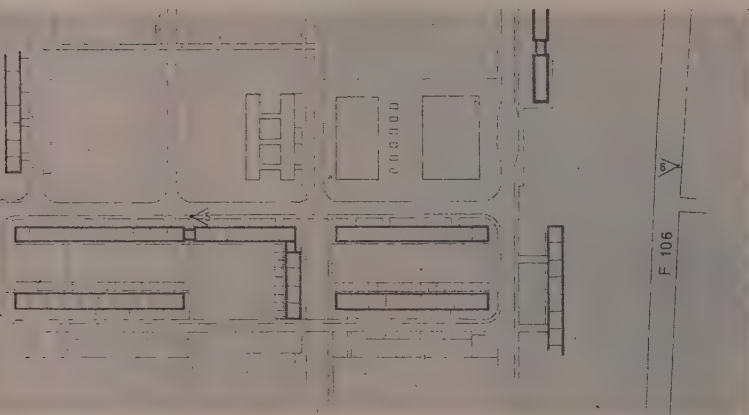


Rostock-Südstadt





1
Ausschnitt aus dem zur Zeit vorliegenden Bebauungsplan für den Wohnkomplex VI der Stadterweiterung Schwedt (Oder)



2
Der gleiche Ausschnitt wie zuvor mit dem um drei Segmente verkürzten Wohnblock an der Fernverkehrsstraße 166
Die Ziffern in den eingetragenen Blickstandpunkten entsprechen den Abbildungsnummern der Perspektiven auf Seite 45

Die Randbebauung des Wohnkomplexes VI in Schwedt (Oder) entlang der Fernverkehrsstraße 166

Günter Andres

VEB Hochbauprojektierung Erfurt

Die im vorhergehenden Artikel aufgeführten Beispiele zeigen Kompositionsfehler, die nicht mehr zu korrigieren sind. Es bleibt dem Garten- und Landschaftsgestalter die wenig dankbare Aufgabe, diese offensichtlichen Mängel in der Randbebauung auf ein erträgliches Maß zu mildern.

Die Planungsbeispiele weisen in den Bebauungsplänen ablesbare geometrische Ordnungsbilder aus, die sich an den gebauten Objekten beim besten Willen nicht mehr wahrnehmen lassen.

Von den Autoren des Bebauungsplanes für die Stadterweiterung von Schwedt (Oder) wurde der Versuch unternommen, und zwar durchaus erfolgreich – wie sich beweisen wird –, mit den bisher allgemein gültigen Maßstäben und Ordnungsprinzipien zu brechen und selbst eine neue Qualität zu schaffen.

Ausführliche Kommentare zu der genannten Stadterweiterung sind mit Hinblick auf bereits erfolgte Publikationen (s. „Deutsche Architektur“, Heft 8/1964, S. 461 ff.) überflüssig. Daher sollen hier nur einige Bemerkungen zur Randbebauung des Wohnkomplexes VI in Schwedt (Oder) entlang der Fernverkehrsstraße 166 gemacht werden.

Die Peripherie dieser Wohnbebauung ist bewußt straff und eindeutig gestaltet, ohne dabei der Gefahr der Monotonie anheimzufallen. Die Gestaltung durch die Gebäudestellung in Block und Zeile, das Einbringen von Gelenken zwischen den Wohnblocks und ähnlichem differenzieren den Rand der Bebauung völlig ausreichend.

Wie im vorausgegangenen Abschnitt bereits betont, sind diese an sich einleuchtenden Grundsätze durchaus noch nicht

Gemeingut aller Fachleute, geschweige denn der Laien geworden. So wurden von namhafter Seite her gegen die Geschlossenheit der Randbebauung des Wohnkomplexes VI zur Fernverkehrsstraße 166 hin Einwände erhoben. Es wurde vorgeschlagen, den fünfgeschossigen Wohnblock (parallel zur Fernverkehrsstraße 166) am nördlichen Ende um drei Segmente zu verkürzen, um einen Einblick in den Wohnkomplex zu gewähren. Das Argument dazu lautete etwa so:

Ihr plant und baut schöne Wohnkomplexe, um sie dann wieder zuzumauern, anstatt sie nach außen hin zu demonstrieren. . . Wir haben uns, da uns diese Frage als wesentlich erscheint, der Mühe unterzogen, den Vorschlag, den fünfgeschossigen Wohnblock an der Fernverkehrsstraße 166 um drei Segmente zu verkürzen (Abb. 2), mittels perspektivischer Ein- und Ausblicke zu untersuchen, um zu beweisen, daß die Verwirklichung dieses Vorschlages zur städtebaulichen Auflösung der Randbebauung führen würde.

Der Ausblick (Abb. 3) nach Abbildung 1 beweist, daß zum Wirksamwerden eines städtischen Raumes, der dem Bewohner eine gewisse Wohnintimität vermitteln soll, unbedingt ein Abschluß entlang der Fernverkehrsstraße 166 geschaffen werden muß. Der Einblick (Abb. 4) nach Abbildung 1 erhärtet noch einmal die empirisch ermittelte Forderung nach einer straffen Randbebauung.

Der Ausblick (Abb. 5) und der Einblick (Abb. 6) nach Abbildung 2 ergeben durch das Aufreißen dieser Nahtstelle im Rand des Wohnkomplexes VI eine wenig überzeugende Einsicht in eine verunklärte Straßenflucht.

Die Verwirklichung des Vorschlages nach Abbildung 2 zöge verschiedene Konsequenzen nach sich: Der Wohnkomplex VI würde in zwei Hälften zerfallen, es entstünde eine an Überschneidungen reiche Bebauung, die städtebaulich dominierende Führung von der Fernverkehrsstraße 166 über die Hauptverkehrsstraße ins Zentrum der Stadterweiterung würde durch die konkurrierende Öffnung entscheidend beeinträchtigt, das Fluidum der Wohnintimität ginge verloren.

Die Gegenüberstellung des Veränderungsvorschlages und des vorliegenden Bebauungsplanes, illustriert durch die Perspektiven, beweist einmal mehr die Richtigkeit der durch die Autoren aufgestellten Forderungen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß den Verfassern des Bebauungsplanes auch der Vorwurf gemacht wurde, durch die straffen Randzeilen vermöge das Grün der Wohnbebauung nicht genügend mit der Landschaft zu korrespondieren.

Dazu sei noch kurz folgendes bemerkt: Die Wohnbebauung wird sich nicht einfach über das Wohnbauland (zwischen den einzelnen Blocks) zur Landschaft öffnen können, das ergäbe unübersichtliche Verhältnisse und unschöne Einblicksmöglichkeiten, sondern die Wohnbebauung wird sich indirekt über Grünzüge, die das Wohnbauland in sich aufnehmen, zu den landschaftlichen Gegebenheiten orientieren. Das ist beim Wohnkomplex VI dadurch geschehen, daß eine, wenn auch kleine, so doch wirksame Grünzäsur geschaffen worden ist, die eine lebendige Beziehung zum Kultur- und Erholungspark aufnimmt.

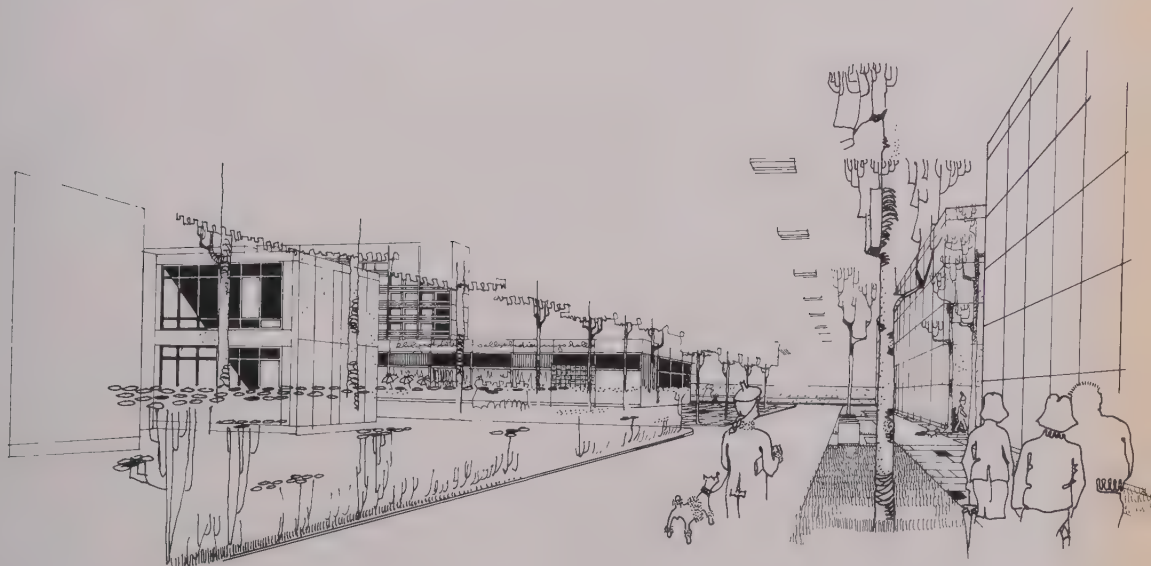
3



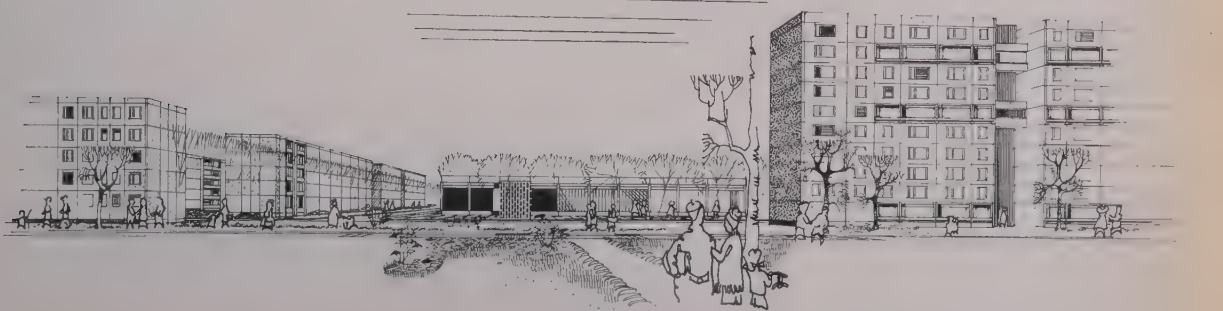
4

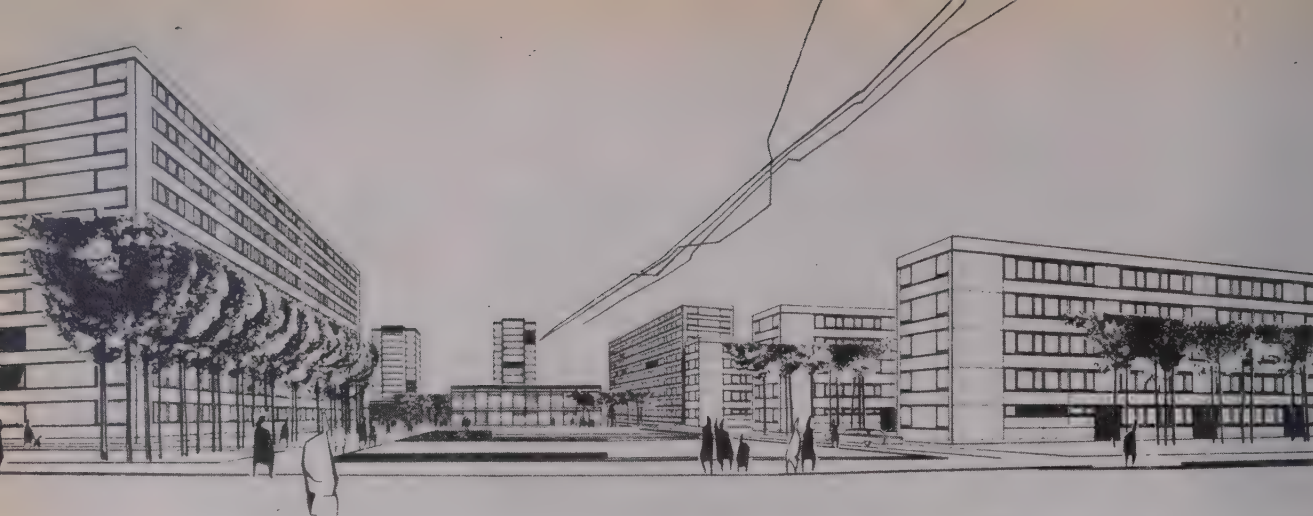


5



6





1

Planung und Entwicklung von Wohngebieten in der Stadt Erfurt

Dipl.-Ing. Walter Nitsch
Stadtarchitekt Erfurt

Dipl.-Ing. Ewald Henn
Abteilungsleiter Städtebau und Entwurf
Bezirksbauamt Erfurt

Im Rahmen der Untersuchungen für die technisch-ökonomische Konzeption zur Entwicklung der Stadt Erfurt wurden neben der Hauptentwicklungsrichtung, die von den führenden Industriezweigen sowie den profilbestimmenden und zur Spezialisierung der Stadt gehörenden Betriebe und Einrichtungen bestimmt wird, die Entwicklungsbedingungen des Wohnungsbaus in der Stadt analysiert und für den Planungszeitraum von 30 Jahren zu einer Prognose zusammengefaßt.

Auch die bisherige Entwicklung unserer Bezirksstadt mußte in Betracht gezogen werden. In geografischer Hinsicht entwickelte sich die Stadt in einer sich nach Norden öffnenden Kessellage, die von höheren Randplatten umgeben ist und im Süden durch den Höhenzug des Steigers einer Ausweitung Einhalt gebietet. Die bauliche Entwicklung folgt zwangsläufig dem Verlauf des Urstromtales der Gera. Im nördlichen und nordöstlichen Bereich des Stadtgebietes werden umfangreiche Kiesvorkommen in günstigsten Abbaubedingungen angetroffen. Die Stadt ist fast allseitig von hochwertigsten gartenbaulichen Nutzflächen umschlossen, eine Folge der über Generationen fortgesetzten Intensivbewirtschaftung, die den traditionsreichen Ruf der Stadt als Blumenstadt, als Stadt der Samenzucht und des Gemüsebaus begründet. Die gärtnerisch weniger ertragreichen Flächen, welche die Stadt ebenfalls gürtelartig umfassen, sind der intensiven kleingärtnerischen Nutzung zugeführt worden. Die Kiesvorkommen in einer Mächtigkeit von 12 bis 16 m wurden in der kapitalistischen Zeit ohne Rücksicht auf die Stadtentwicklung unmittelbar hinter der Stadtbebauung ausgebeutet. Durch die Verfüllung mit Siedlungsabfällen stellen diese Bereiche der baulichen Entwicklung Einschränkungen entgegen, die nur durch erhöhte gründungstechnische Aufwendungen überwunden werden können. Die Stadt besitzt eine der größten mittelalterlichen Stadtkernanlagen, die im wesentlichen von Kriegszerstörungen verschont geblieben ist. Die Rekonstruktion und Umgestaltung sowie die Werterhaltung sind in diesem Bereich städtebauliche Schwerpunktaufgaben. Die vorhandene Dichte der Bebauung der Innen-

stadt ermöglicht gegenwärtig nur in geringem Maße die Errichtung von Neubauten im Stadtzentrum, ohne unvertretbar hohe Kosten für Abriß und Ersatzbeschaffung auszulösen. Zur wirksamen Veränderung des Stadtbildes werden mit den Mitteln des Wohnungsbaus durch die Errichtung von Wohnhochhäusern an bevorzugten Standorten städtebauliche Veränderungen herbeigeführt. Als Beispiel kann hier der Bau von zwei Wohnhochhäusern am Juri-Gagarin-Ring gelten, die 1965 mit je 120 Wohnungen fertiggestellt sein werden. Darüber hinaus werden auf der Grundlage der „Technisch-ökonomischen Konzeption zur Stadtentwicklung der Stadt Erfurt“ die zentralen und bezirklichen Plan- und Investitionsträger veranlaßt, sich schwerpunktmäßig mit dazu geeigneten Bauvorhaben in die Innenstadt einzuordnen, um zur spürbaren Verschönerung des Stadtbildes beizutragen.

Als industrieller Schwerpunkt des Bezirkes weist die Stadt ein enormes Wachstum der Produktionsstätten, der Arbeitskräfte und der Wohnbevölkerung auf, und durch neue Arbeitsplatzangebote wird die vorhandene Agglomerationstendenz auch weiterhin anhalten. Während die Stadt gegenwärtig 186 000 Einwohner hat, werden es bereits 1970 infolge der natürlichen Bevölkerungsentwicklung sowie des notwendigen Zuzuges von Spezialisten annähernd 200 000 Einwohner sein. Zur planmäßigen Entwicklung der Stadt werden im Rahmen der Entwicklung des Wirtschaftsgebietes geeignete Maßnahmen getroffen, die neben der Entwicklung der Bezirksstadt auch eine günstige Entwicklung der benachbarten Kreisstädte zum Ziel haben.

Erfurt gehörte nicht zu den Aufbaustädten. Der Wohnungsbau der letzten 15 Jahre war darauf gerichtet, die äußeren Stadtteile abzurunden. Neben den umfangreichen Maßnahmen zur Werterhaltung wurden rund 6000 Neubauwohnungen an verschiedenen Standorten in der Stadt errichtet. Dabei wurde im Vergleich zu anderen Städten nur eine geringe Konzentration für die verschiedenen Teilstandorte erreicht, sie schwankt zwischen 200 und 1500 Wohnungseinheiten und kann durch die in der Stadt vorherrschende Bauland-

1
Blick auf das Wohnkomplexzentrum

2
Skizze zum Flächennutzungsplan der Stadt Erfurt

Der nachstehende Beitrag befaßt sich in großen Zügen mit der Situation des Wohnungsbaus in der Bezirkshauptstadt Erfurt und speziell mit einigen ökonomischen und gestalterischen Fragen beim Bau von Wohngebieten in der Stadt Erfurt. Das ausführlicher behandelte Wohngebiet Johannesplatz wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Bezirksbauamt Erfurt, dem VEB Hochbauprojektierung Erfurt, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und dem Stadtbauamt Erfurt, Entwurfsgruppe Stadtplanung, entwickelt. red.

situation zu einem Teil begründet werden. Zum anderen hatte die unrationelle Ausnutzung des Baulandes, die Zersplitterung und die ungenügend komplexe Vorbereitung der städtebaulichen Planung zur Folge, daß in unmittelbar benachbarten Gebieten (Nettelbeckufer, Studentenrasen, Fuchgrund, Riethstraße) fast ein Jahrzehnt gebaut wurde, ohne einen endgültigen Abschluß mit voller Funktionsfähigkeit und dem erforderlichen Versorgungsgrad an gesellschaftlichen Einrichtungen zu erreichen. Diese Mängel wurden von den Bauschaffenden und von der Bevölkerung der betreffenden Wohngebiete kritisiert.

Aber auch eine noch so zielstrebige Bautätigkeit in den Randgebieten der Stadt kann die Umgestaltung des Stadtzentrums und der an den zentralen Bezirk angrenzenden Stadtteile nicht erübrigen. Als ein dem Stadtzentrum unmittelbar benachbart gelegenes Gebiet kann der Johannesplatz angesehen werden. Die direkte Lagebeziehung zu dem nach 1970 weiter auszubauenden künftigen Stadtbezirkszentrum Erfurt-Nord verleiht diesem 3300 Wohnungseinheiten umfassenden Wohngebiet eine besondere städtebauliche Bedeutung.

Wenn man das Wohngebiet Daberstedter Feld betrachtet, das sich gegenwärtig in der letzten Ausführungsphase befindet und als charakteristisch für die neuen Wohngebiete der Stadt angesehen werden kann, so wird die neue städtebauliche Qualität in der Planung und Vorbereitung des Johannesplatzes ersichtlich. Die Hauptmerkmale der neuen Qualität können in folgenden Punkten zusammengefaßt werden.

■ Die Verbesserung der Stadtstruktur, besonders in dem durch starke industrielle Verdichtung, Mangel an gesellschaftlichen Einrichtungen und Grünanlagen gekennzeichneten Arbeiterwohnbezirk Erfurt-Nord. Dabei wird der günstigen Lage des Wohngebietes zu den vorhandenen und geplanten Industriegebieten und den Betrieben und Einrichtungen im zentralen Bereich einen entscheidenden Einfluß auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen haben.



■ Die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch eine rationelle Nutzung des Baulandes, eine hohe Einwohnerdichte, die Ausnutzung des kompakten und kombinierten Bauens und die günstigsten Anschlußmöglichkeiten an die Netze der Stadttechnik und des Verkehrs. In diesem Zusammenhang wurden erstmalig in der Stadt Erfurt Voraussetzungen für die Fernwärmeversorgung des Wohngebietes durch rechtzeitige Koordinierung mit der Rekonstruktion des Fernwärmeversorgungsnetzes der Industrie geschaffen.

■ Unter Berücksichtigung der Perspektiventwicklung des Stadtbezirkes Erfurt-Nord, der Baulandsituation der Stadt und der Gründungsverhältnisse wurde eine konzentrierte Bebauung unumgänglich. Neben der gestalterischen Absicht ergibt sich aus diesen Bedingungen auch der hohe Anteil der vielgeschossigen Bebauung von etwa 50 Prozent. Außerdem wurde den erforderlichen Grünflächen und der Gestaltung der Freiflächen sowie der Entwicklung des öffentlichen Grüns durch die Einbeziehung des Sport-, Kultur- und Erholungsparkes umfassend Rechnung getragen.

■ In Auswertung der bisher in der Stadt gebauten Wohngebiete wurde eine städtebaulich geschlossene Konzeption, eine Verbesserung der architektonischen Form, die Erhöhung der Wohnqualität eine Verbesserung des gesellschaftlichen Versorgungsgrades und technologisch optimale Bedingungen für die Baudurchführung angestrebt. Dabei wurden die vorhandenen Vorfertigungskapazitäten sowie deren Rekonstruktion beim Übergang zur 2-Mp- und 5-Mp-Laststufe umfassend berücksichtigt.

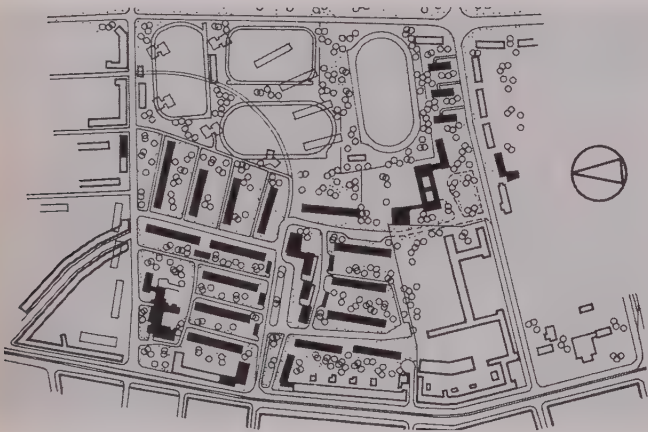
Im Einklang mit dem Entwurf der „Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ (siehe S. 4 ff.) kann die These, daß eine entscheidende Verbesserung der räumlich architektonischen Konzeption mit einer Verbesserung der ökonomischen Kennziffern einhergeht, am Beispiel des Wohngebietes Johannesplatz Erfurt belegt werden.

Das Wohngebiet wird von folgenden Straßenzügen umschlossen: im Westen von der Karl-Marx-Allee, im Norden vom Ammertalweg,



3

3
Modellfoto Wohngebiet Johannesplatz
Ansicht von Südsüdwest



4

4
Bebauungsleitplan Wohngebiet Johannesplatz, 1958



5

5
Bebauungsplan Wohngebiet Johannesplatz in Erfurt
Städtebauliche Konzeption:
Dipl.-Ing. Walter Nitsch, Stadtarchitekt
Entwurfsgruppe Stadtplanung
Dipl.-Ing. Heinz Schwarzbach
Dipl.-Ing. Gunar Hartmann
Dipl.-Ing. Siegfried Richter
Dipl.-Ing. Siegfried Schulrabe
Dipl.-Ing. Klaus Thomann
Gartenarchitekt Hans Höhns

6 Modellfoto des veränderten Grundrisses

7a
Grundriß Muster- und Experimentalbau Weimar

7b
Vorschlag zur Veränderung des Grundrisses
von Dr.-Ing. Joachim Stahr



6

Kennziffern für das Wohngebiet Johannesplatz

Allgemeine Kennziffern

9635 Einwohner
3288 Wohnungseinheiten
26,10 ha Gesamtbauland
370 Einwohner/ha
Anteil der Wohnungen in vielgeschossigen Gebäuden = 46,5 Prozent

Flächenbilanz

Wohnbauland	12,125 ha = 46,5 %	12,6 m ² /EW
Fläche der gesellschaftlichen Einrichtungen	5,500 ha = 21,1 %	5,7 m ² /EW
Allgemeine Verkehrsflächen	4,975 ha = 19,0 %	5,3 m ² /EW
davon fließender Verkehr	(3,155 ha)	
davon ruhender Verkehr	(1,820 ha)	
Allgemeine Freifläche	3,490 ha = 13,4 %	3,6 m ² /EW
Gesamtbauland	26,090 ha = 100,0 %	27,2 m ² /EW

Quoten der technischen Versorgung

Entwässerung	5105 m	1,56 m/EW
Bewässerung	4440 m	1,35 m/EW
Gasversorgung	5615 m	1,71 m/EW
Elektroversorgung	9325 m	2,84 m/EW
Fernbeheizung (sekundäre Leitung)	3780 m	1,15 m/EW

Anteilige Wohnungsgrößen

Ein- und Eineinhalbraumwohnungen	496	15,1 %
Zweiraumwohnungen	938	28,5 %
Dreiraumwohnungen	1644	50,0 %
Vier- bis Fünfraumwohnungen	210	6,4 %
Insgesamt	3288	100,0 %

Kostenüberschlag

Wohnungsbau		
5geschossig	1760 WE	} 64 990 TMDN
10geschossig	1220 WE	
14geschossig	308 WE	
Wohnungsbau insgesamt	3288 WE	64 990 TMDN

Gesellschaftliche Einrichtungen

Kinderkrippe	(6,0 TMDN je Platz)	240 Plätze	1440 TMDN
Kindergarten	(4,0 TMDN je Platz)	540 Plätze	2160 TMDN
Schule	(2,3 TMDN je Platz)	1440 Plätze	3320 TMDN
Kompaktbau			
Kaufhalle des täglichen Bedarfs		360 m ²	1100 TMDN
Klubgaststätte		200 Plätze	} 1860 TMDN
Gesellschaftsräume		160 Plätze	
Milchbar und Eisdiele		60 Plätze	
Terrassenkaffee		60 Plätze	
Schulspeisung		360 Plätze	} 80 TMDN
Schulbücherei		96 m ²	
Friseursalon		9 Arbeitsplätze	80 TMDN
Annahmestellen für Dienstleistungen (Textilien, Schuhe, technische Gebrauchsgüter)		260 m ²	210 TMDN
Verwaltung, Gartenpflegehof			90 TMDN
Ambulanz (1 Arzt, 3 Zahnärzte, Gemeindeschwester)			260 TMDN
Garagen (1,0 TMDN/Platz)		892 Plätze	892 TMDN
Gesellschaftliche Einrichtungen insgesamt			11 608 TMDN

Technische Versorgung

Entwässerung	5105 m	412 TMDN
Bewässerung	4440 m	290 TMDN
Gasversorgung	5615 m	350 TMDN
Sekundäre Fernbeheizung	3780 m	1900 TMDN
Umformerstation		340 TMDN
Straßenbeleuchtung	5120 m	180 TMDN
Elektroversorgung	9325 m	975 TMDN
Fernmeldekabel	2816 m	330 TMDN
Technische Versorgung insgesamt		4777 TMDN

Verkehr und Freiflächen

Straßenbau einschließlich Parkflächen	1752 TMDN
Freiflächen einschließlich Sportplatzverlegungen	2991 TMDN
Insgesamt	4743 TMDN

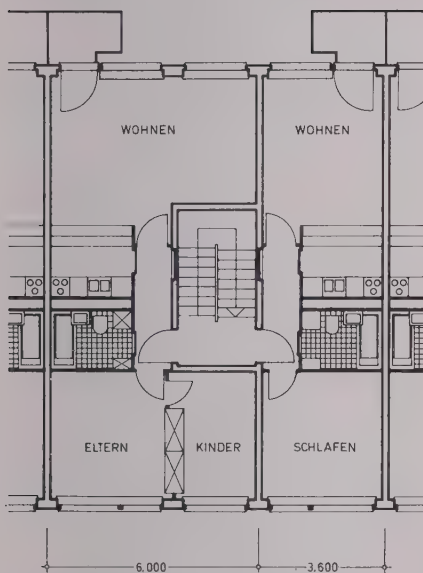
Bodenerwerb, Umverlagerung und Tiefergründungen 2675 TMDN

Zusammenstellung der Kosten

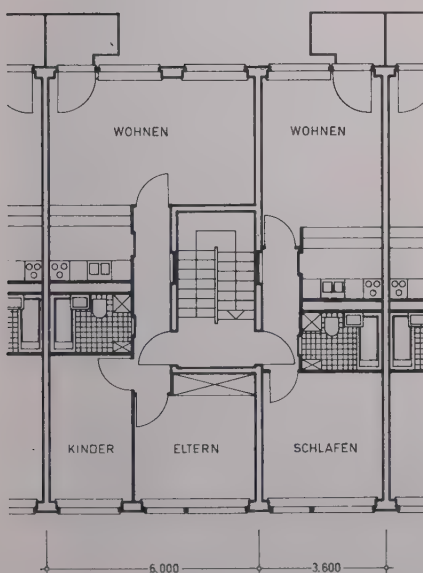
Wohnungsbau	64 990 TMDN
Gesellschaftliche Einrichtungen	11 608 TMDN
Technische Versorgung	4 777 TMDN
Verkehr	1 752 TMDN
Freiflächen	2 991 TMDN
Bodenerwerb, Umverlagerung und Tiefergründungen	2 675 TMDN
Insgesamt	88 793 TMDN

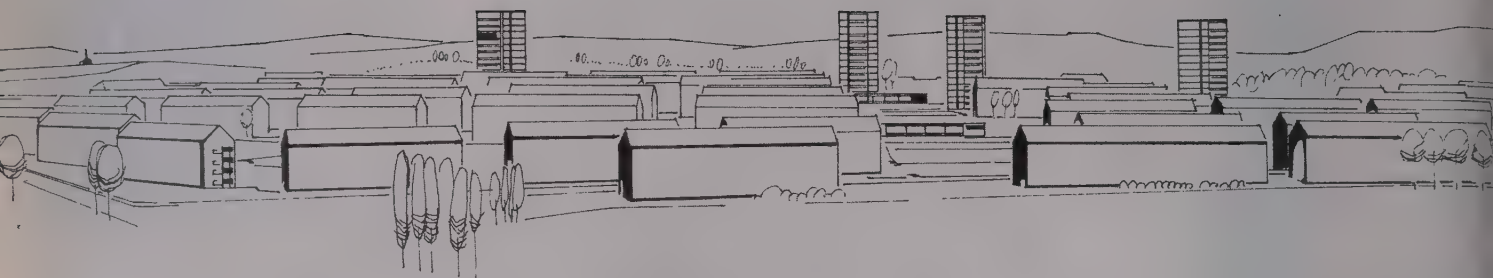
Gesamtkosten je Wohnung 27 000 MDN

7a



7b





im Osten von der Friedrich-Engels-Straße und im Süden von der Eislebener Straße. Die Flächen enthalten Sportplätze geringen Ausbaugrades, Kleingärten und Winterquartiere für Schausteller und Einrichtungen des Lagerwesens der Deutschen Post (Behelfsbauten).

Neben den Bedingungen durch die vorhandene Randbebauung des Gebietes und eine Mitteldruckgasleitung ist das Gelände an einigen Stellen in geringem Umfang ausgekieset und mit Siedlungsabfällen verkippt. Die Bereiche östlich der Friedrich-Engels-Straße wurden bis zu einer Tiefe von 12 m ausgekieset und ebenfalls mit Siedlungsabfällen verfüllt und zu 60 Prozent kleingärtnerisch genutzt.

Zur rationellen Nutzung des Baulandes, begründet durch die Baulandsituation der Stadt, die Heranführung des Fernheizanschlusses sowie der stadttechnisch und verkehrlich günstigen Netzerweiterungen, ist die Umverlagerung der Sportplätze für die Entwicklung eines in sich geschlossenen konzentrierten Wohngebietes notwendig, wobei auf die Fragen der Verbesserung der Stadtstruktur eingangs bereits hingewiesen wurde.

Durch die Einbeziehung der wertvollsten Sportplatzanlage in die Bebauungskonzeption des Wohngebietes ist die Lage der vierzügigen polytechnischen Oberschule sowie des Wohngebietszentrums in gewissem Umfang als weitere Bindung fixiert.

Die Errichtung des Sport- und Erholungsparkes im Osten des Wohngebietes im Zusammenhang mit der Verlagerung der Sportplätze hat nicht nur Bedeutung für das Wohngebiet selbst, sondern für den gesamten, stark überbauten Nord- und Ostteil der Stadt.

Bei der Bemessung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet wurde auf die vorhandene Kapazität in der Karl-Marx-Allee sowie deren Rekonstruktion im Rahmen der Handelsnetzplanung Rücksicht genommen.

Darüber hinaus wird das im Planungszeitraum nach 1970 zu errichtende Stadtbezirkszentrum Erfurt-Nord am Nordwestrand des Wohngebietes weitere Funktionen aufnehmen.

Auf Grund der vorhandenen Bindungen wurde mit der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung angestrebt, dem schwach entwickelten Stadtbezirk Nord einen neuen Akzent zu geben.

Die gestalterische Konzeption geht sowohl von einer spürbaren Differenzierung der Wohnbebauung (5, 11 und 14 Geschosse) als auch von einer klaren und übersichtlichen Einordnung der gesellschaftlichen Funktionen im Wohngebiet aus.

Die gesellschaftlichen Einrichtungen und die vielgeschossigen Wohnbauten sind so angeordnet, daß die Hauptbeziehungen des Wohngebietes zu den Arbeitsstätten, dem Stadtbezirk, dem Stadtzentrum sowie dem Sport- und Erholungspark hervorgehoben und die Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der Bebauung und in den Freiräumen richtig gegliedert werden.

Aus der Gegenüberstellung der Kennziffern der bisher errichteten Wohngebiete der Stadt Erfurt und den beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten des Wohnungsbaus auf dem Territorium der Stadt zugunsten des Erfurter Gartenbaus wird diese Frage sehr deutlich. Die erreichte Einwohnerdichte im Wohngebiet Johannesplatz muß aus dieser Sicht positiv gewertet werden, da in der Innenstadt Baulandreserven nicht vorhanden sind und selbst die ungünstigsten landwirtschaftlichen Nutzflächen noch Ackerwertzahlen 30 bis 40 aufweisen.

Standort	Bauzeit	Kapazität WE	EW/ha	Wohnungs- typ
Stolzestraße	1957 bis 1965	850	214	TW L 4
Daberstedter Feld	1957 bis 1966	1532	226	TW L 4 IW Q 6
Riethstraße 1. Bauabschnitt	1962 bis 1964	272	232	IW Q 6
Riethstraße 2. Bauabschnitt	1963 bis 1966	720	220	IW Q 6
Sangerhäuser Straße	1965 bis 1966	540	297	IW Q 6
Johannesplatz 1. Fassung	—	1662	221	IW Q 6
Johannesplatz 2. Fassung	1966 bis 1969	2868	408	M.- u. E.- Bau Weimar
Schwedt		8082	303	P 2

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß durch Erhöhung der Konzentration eine entscheidende Verkürzung der Bauzeit erreicht wird und die überarbeitete Konzeption gegenüber der ersten Fassung eine bedeutende Senkung des gebietswirtschaftlichen Aufwandes aufweist. Es wurde erreicht, daß auf dem gleichen Baugelände 1200 Wohnungseinheiten mehr gebaut werden können. Der Aufwand für die Aufschließung konnte um ein Drittel reduziert werden. Unter Berücksichtigung des hohen Anteils vielgeschossiger Bebauung weist die neue Aufgabenstellung 29 550 MDN Gesamtkosten je Wohnungseinheit aus.

Diese Tatsache ist nicht nur für neu zu planende Wohngebiete von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die Komplettierung und Verdichtung ungenügend ausgelasteter Wohnstandorte.

Das vorliegende Beispiel Daberstedter Feld ist in der Gesamtwirkung durch die Addition gleichförmiger 4geschossiger Gebäude relativ eintönig und von geringer städtebaulicher Aussage. Die



topographischen Bedingungen werden durch die Einordnung von vier 14geschossigen Wohnhochhäusern städtebaulich wirksamer ausgenutzt.

Die dadurch erreichte Wirkung in der Silhouette wird insbesondere an der Osteinfahrt der Stadt spürbar. Diese gestalterische Bereicherung führt zugleich zur Erhöhung der Einwohnerdichte und markiert das gesellschaftliche Zentrum des Wohngebietes.

Im Wohngebiet Johannesplatz werden die 5geschossigen Wohngebäude und die 11geschossigen Wohnscheiben einheitlich auf dem Grundriß des Muster- und Experimentalbaus Weimar aufgebaut. Die funktionellen Nachteile der Dreiraumwohnungen im Muster- und Experimentalbau Weimar mit dem gefangenen Kinderzimmer (s. „Deutsche Architektur“, Heft 5/1964, S. 263) werden bei der Überarbeitung des Projektes überwunden (Abb. 6 und 7).

Die zwei 14geschossigen Hochhäuser und die 10geschossigen Punkthäuser entlang der Friedrich-Engels-Straße werden nach dem Wiederverwendungsprojekt der Appartementshäuser Erfurt errichtet.

Die Projekte der gesellschaftlichen Einrichtungen bauen auf den Erfahrungen des Wettbewerbes „Gesellschaftliche Bauten 1964“ auf (s. „Deutsche Architektur“, Heft 10/1964, S. 588 ff.) und werden nach dem Entwurf des zweiten Preisträgers, Kollektiv Dr.-Ing. Lemke, VEB Hochbauprojektierung Erfurt, erarbeitet. Dies betrifft sowohl die vorschulischen Einrichtungen als auch den Komplex des kompakten Schulbaus und des gesellschaftlichen Zentrums des Wohngebietes.

Im Wohnungsbauwettbewerb 1963 (s. „Deutsche Architektur“, Heft 10/1963, S. 590 ff.) wurden nicht nur neue Grundlagen für eine Erhöhung der funktionellen Qualität der Wohnungen erarbeitet, sondern mit dem Übergang zu größeren Haustiefen entschiedene Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit und eine neue Qualität in städtebaulicher Hinsicht geschaffen.

Die volkswirtschaftlichen Vorteile sowie die funktionelle und architektonische Gestaltung des Muster- und Experimentalbaus Weimar geben unter Berücksichtigung der Bedingungen der Vorfertigungsanlagen (WI und WD II) im Bezirk Erfurt eine gute Grundlage für die Entwicklung des Wohnungsbaus und die planmäßige Überarbeitung der Bebauungspläne zahlreicher Wohnkomplexe im Rahmen der Perspektivplanung bis 1970.

In der Zeitschrift „Deutsche Architektur“, Heft 5/1964, erfolgte eine erste Auswertung der Projekte für Muster- und Experimentalbauten, die die progressive Tendenz gegenüber den bisherigen Wohnungstypen veranschaulicht und die Vor- und Nachteile der einzelnen Lösungen gegenüberstellt. Dr.-Ing. Stahr schreibt unter anderem über den Muster- und Experimentalbau Weimar:

„Die bereits bei der Auswertung des Wohnungsbauwettbewerbes deutlich werdenden ökonomischen Vorzüge der Zweispännersektionen mit 12,60 m Tiefe und 9,60 m Frontlänge finden im Experimentalbau ihre volle Bestätigung. Die Vergrößerung der Haustiefe um 2,40 m gegenüber dem Q 6 und P 1 und um 1,80 m oder 1,20 m gegenüber dem P 2 und die Verkürzung der Sektionslänge um 4,80 m, 3,60 m oder 2,40 m bringen eine Erhöhung der Einwohnerdichte bis zu 33 Prozent mit sich. Kompaktere und konzentriertere Bebauung, geringerer Flächenbedarf, kürzere Erschließungs-, Wege- und Kranbahnlängen und somit geringere Kosten sind die Vorteile. Darüber hinaus ergibt sich bei den kurzen Sektionen eine entscheidende Reduzierung der Außenwandflächen – also des Aufwandes an Leichtbeton, Fenstern, Fugen, Außenhaut – und der gesamten Heizungsanlage, was sich ebenfalls auf die Kosten günstig auswirkt und zu einer Steigerung des Anteils an Wohnbauten mit Zentralheizung führen könnte. Es ist daher zu erwarten, daß die zusätzlichen Aufwendungen für innenliegende Küchen und Bäder bei diesen kurzen und tiefen Zweispännern im Vergleich zu den erreichbaren Einsparungen nicht ins Gewicht fallen.“

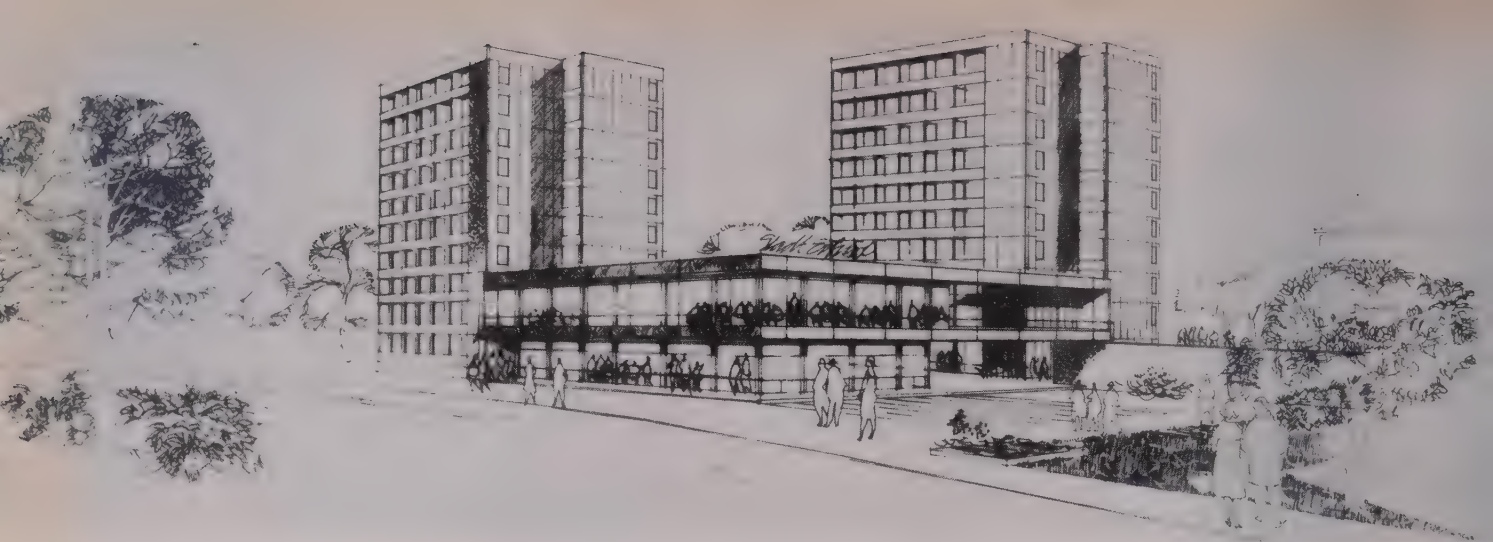
Das Ministerium für Bauwesen und der VEB Typenprojektierung Berlin haben festgelegt, daß die neue Typenserie im Wohnungsbau ab 1967 nach gründlicher Auswertung der Muster- und Experimentalbauten generell einzuführen ist.

Unseres Erachtens entspricht die Entwicklungsdauer der neuen Typenserie im Wohnungsbau von drei bis vier Jahren gegenwärtig nicht den Bedingungen, um kurzfristig den wissenschaftlich-technischen Höchststand unter Berücksichtigung der internationalen Erfahrungen durchzusetzen und einen Vorlauf in Forschung, Entwicklung und Projektierung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und des Baus von gesellschaftlichen Einrichtungen zu schaffen.

Deshalb ist es notwendig, daß jetzt die Auswertung und Überarbeitung der Projekte der Muster- und Experimentalbauten für die Vorbereitung und Errichtung von Musterkomplexen auf breiter Ebene in Angriff genommen werden.

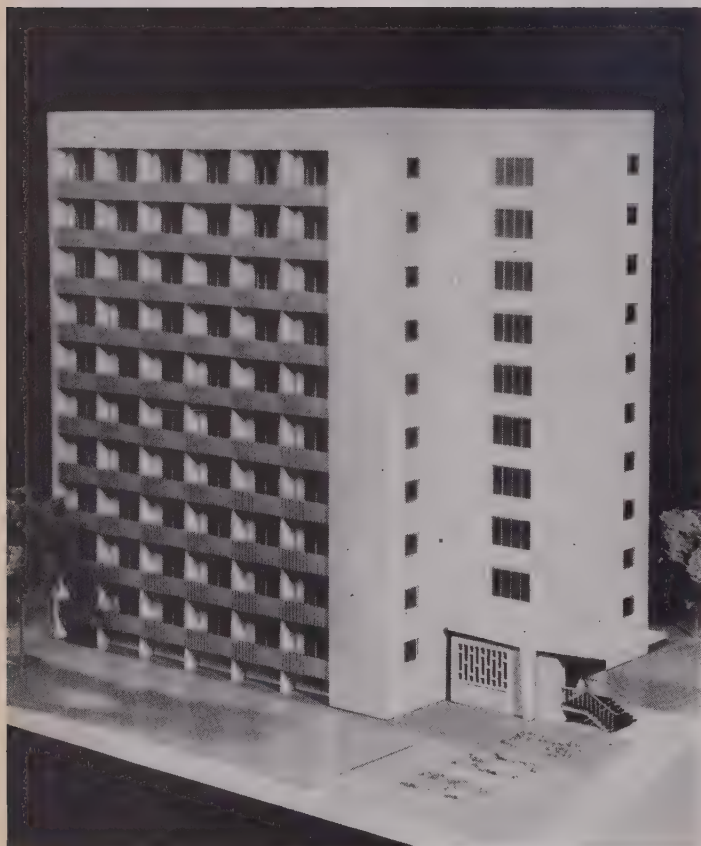
Im Bezirk Erfurt wurden diese Maßnahmen in Abstimmung mit dem VEB Typenprojektierung für das Wohngebiet Johannesplatz zum Baubeginn 1966 eingeleitet. Dazu erfolgte die Erarbeitung der Aufgabenstellung für das Wohngebiet durch den VEB Hochbauprojektierung Erfurt. Bei der weiteren Vorbereitung dieses Vorhabens wird angestrebt, daß der Projektant die Projektierung des Gesamtkomplexes als Generalprojektant vornimmt, um Voraussetzungen zu schaffen, daß der VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt ab 1966 an diesem Komplex die Generalauftragnehmerschaft verwirklicht.

Auf diese Weise kann die Verantwortung der Bauschaffenden zur Sicherung einer optimalen Lösung in allen Phasen der Vorbereitung und Errichtung der Wohngebiete erhöht sowie eine neue städtebauliche und architektonische Qualität erreicht werden.



10

10
Zehngeschossige Appartementhochhäuser am Juri-
Gagarin-Ring in Erfurt



11

11
Modell des Appartementhochhauses Erfurt
2-Mp-Streifenbauweise

120 Wohnungen	
davon 100 Einraumwohnungen	je 26,7 m ²
20 Zweiraumwohnungen	je 40,5 m ²
Wohnfläche insgesamt	3482 m ²
Durchschnittliche Bruttofläche/WE	46,3 m ²
Durchschnittliche Nettofläche/WE	38,7 m ²
Durchschnittliche Wohnfläche/WE	29,0 m ²
Gesamtkosten absolut	1757,24 TMDN
Kosten/m ³ umbauter Raum	105,93 MDN
Kosten/m ² Wohnfläche	504,66 MDN

Auf Grund seiner günstigen Kennziffern wurde das
Wiederverwendungsprojekt dieses Hochhauses in
die zentrale Typenliste aufgenommen.

Projektant
VEB Hochbauprojektierung Erfurt, Brigade 202
Bauingenieur Manfred Stephan, BDA

12



12
Wohnraum im Appartementhochhaus



1 Neubauten in der Rautenstraße und Weberstraße – Projektant: VEB Hochbauprojektierung Erfurt, Produktionsbereich Nordhausen

Entwicklung und Planung der Stadt Nordhausen

Zur bisherigen baulichen Entwicklung der Stadt Nordhausen

Architekt BDA Dipl.-Ing. Adolf Weißbarth
Stadtbauamt Nordhausen

Die Kreisstadt Nordhausen liegt im Norden des Bezirkes Erfurt inmitten eines Hügellandes des südlichen Vorharzes. Ende 1963 zählte die Stadt 41 700 Einwohner.

Die wirtschaftliche Stellung von Nordhausen ist durch die Entwicklung seiner Industrie bedeutend. Die industrielle Bruttoproduktion betrug 479 Mill. MDN im Jahre 1963 und war damit im Vergleich zu 1957 um 71,9 Prozent gestiegen. An diesem Ergebnis ist vor allem die metallverarbeitende Industrie mit Fahrzeug- und Maschinenbau beteiligt. An der Spitze stehen dabei solche im In- und Ausland bekannten Betriebe wie der VEB Nobas und der VEB Schlepperwerk.

In den Betrieben und Einrichtungen der Stadt werden insgesamt 23 000 Menschen beschäftigt. Rund 7000 Einpendlern stehen etwa 500 Auspendler gegenüber.

Trotz dieser beträchtlichen Impulse ist die Stadt in ihrer Einwohnerzahl nur langsam gewachsen. Der Vorkriegsstand von über 46 000 Einwohnern ist noch nicht erreicht worden. Die Hauptursache hierfür liegt in dem großen Zerstörungsgrad als Folge amerikanischer Luftangriffe kurz vor Ende des Krieges.

Flächennutzung

Die Stadt läßt sich auf Grund ihrer topographischen Lage in zwei Hauptbereiche vorherrschender Flächennutzung gliedern. Dies sind die Oberstadt mit dem Zentrum und ausschließlicher Wohnbebauung sowie die Unterstadt mit einer unharmonischen Mischung von Industriestandorten und Wohnbebauung als Ausdruck der sporadischen und ungelentkten Entwicklung im Kapitalismus.

Der Flächennutzungsplan sieht daher eine Auslagerung störender Betriebe im gesamten Unterstadtbereich zugunsten einwandfreier Wohnbedingungen vor.

Neue Industrie-Entwicklungsgebiete sind an der Peripherie der Stadt im Süden und Südosten mit günstiger Verkehrslage ausgewiesen.

Aufbau der Industrie

Die Notwendigkeit einer schnellen Wiederaufnahme der Produktion nach Kriegsende ließ keine Standortverlagerung umweltstörender Betriebe im Mischgebiet der Unterstadt zu, so daß hier die Aufgabe der Nutzungsordnung vorerst noch ungelöst ist. Der gegenwärtige Investitionsaufwand erstreckt sich jedoch bei diesen Betrieben nur noch auf Rekonstruktionsmaßnahmen vertretbaren Umfanges zur Verbesserung des Produktionsflusses.

Die umfangreichen Industrie-Erweiterungen konzentrieren sich auf die hierfür ausgewiesenen Entwicklungsgebiete. Darunter fallen der nahezu abgeschlossene Bau eines neuen Werkes des VEB Nobas im Südosten der Stadt und der beginnende Aufbau eines weiteren Betriebsteiles des VEB Hydrologische Erkundung im gleichen Gelände.

Der VEB Schlepperwerk hat durch die Errichtung neuer Produktionsstätten, darunter einer Kompakthalle mit nahezu 29 000 m² bebauter Fläche, die Voraussetzungen für seine Entwicklung zum wichtigsten Motorenwerk der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen.

Das größte Industriegebiet im Süden der Stadt befindet sich ebenfalls in der Entwicklung. Neben den bereits vorhandenen Produktionsanlagen für den industriellen Wohnungsbau liegen hier die Standorte für die in Stadtgebiete künftig auszulagernden Betriebe der industriellen Produktion und für den sozialistischen Großhandel.

Wohnungsbau

Ende dieses Jahres wird die 3711. Neubauwohnung in Nordhausen bezugsfertig übergeben.

Die Wohnungsbautätigkeit konzentrierte sich zunächst auf die zerstörten Stadtteile im Osten der Stadt, das heißt in jenen Gebieten, wo bei eindeutigem Wohncharakter zugleich die städtebauliche Problematik leichter zu lösen war, also folgenschwere Fehlentscheidungen nicht zu befürchten waren.

Im Stadtkern beschränkte sich der Wohnungsbau auf Standorte, welche die unmittelbaren Flächen des künftigen Zentrums unberührt ließen.

Bedauerlich ist, daß in dieser ersten, sich etwa bis 1956 erstreckenden Aufbautappe die Bauhöhe im wesentlichen auf drei Geschosse beschränkt blieb, als Zugeständnis der ersten Stadtplanung an die alte Stadtstruktur. Erst mit der industriellen Bauweise entstanden in den südlich und östlich zum Stadtkern liegenden Gebieten sowie nördlich des künftigen zentralen Platzes Wohngruppen mit viergeschossiger Bebauung.

Eine für die Stadt bedeutsame Etappe des Wiederaufbaus des Stadtzentrums ist markiert durch die Wohn- und Geschäftsbebauung an der Westseite der Rautenstraße, die 1957/1958 auf der Grundlage eines eingeschränkt ausgeschriebenen Wettbewerbes entstand. Ergänzt durch die im Jahre 1962 fertiggestellte HO-Gaststätte „Stadtterrasse“ (s. „Deutsche Architektur“, Heft 7/1963) ist dieser Teil des Zentrums, trotz mancher berechtigter Kritik, zweifellos ein interessanter Anziehungspunkt.

Diese Bebauung der Rautenstraße fügt sich mit dem Rathaus am Markt und dem anschließenden Lutherplatz mit dem neuen Hauptpostgebäude zu einem geschlossenen städtebaulichen Ensemble.

Die offensichtlichen Erfolge im Wiederaufbau der Stadt werden jedoch in starkem Maße durch die vor allem im Zentrumsbereich noch vorhandenen Trümmerflächen beeinträchtigt. Diese Flächen stellen Vorbehaltsgebiete für spätere zentrale Objekte gesellschaftlicher Einrichtungen dar.

Ein weiterer Wohnungsbau mit den bisher üblichen Mitteln ist im Zentrum nicht mehr zu empfehlen. Er ist jedoch im Rahmen des vielgeschossigen Scheibenbaus und der vielgeschossigen Errichtung von Appartementshäusern möglich. Die Voraussetzungen sind dafür durch die im Bau befindliche Fernwärmeversorgung im Stadtzentrum von Nordhausen gegeben.

Planung und Bebauung des Stadtzentrums von Nordhausen

Dipl.-Ing. Ewald Henn
Bezirksbauamt Erfurt



2



3

2
Gaststätte „Stadterrasse“ in der Rautenstraße
Projektant: VEB Hochbauprojektierung Erfurt, Produktionsbereich Nordhausen

3
Das wiederaufgebaute Rathaus von Nordhausen

4
Das neue Hauptpostamt am Lutherplatz
Projektant: Projektierungsbüro der Deutschen Post, Projektierungsgruppe Erfurt



4

In der im zweiten Weltkrieg stark zerstörten Innenstadt von Nordhausen sind trotz eines regen Wiederaufbaus in den vergangenen Jahren noch erhebliche Lücken zu schließen und ganze Bereiche des Stadtzentrums aufzubauen. Die vorliegende städtebauliche Konzeption und die technisch-ökonomische Zielstellung zur schwerpunktmäßigen Errichtung und Konzentration des Wohnungsbaus der Stadt Nordhausen in ihrem Zentrum gehen folgerichtig von einer sichtbaren und wirksamen Veränderung der Lebensbedingungen der Werktätigen und der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens der Stadt aus.

In dem Entwurf „Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ der Deutschen Bauakademie heißt es unter anderem:

„Um eine schnelle und sichtbare Veränderung auch in den Zentren... zu erreichen, sind alle geeigneten Bauvorhaben... in den Stadtzentren zu errichten und die Vorhaben des komplexen Wohnungsbaus im verstärkten Maße in den Aufbau und die sozialistische Umgestaltung der Zentren einzubeziehen.“

Das Kernproblem für den Wiederaufbau des Stadtzentrums von Nordhausen besteht gegenwärtig darin, daß keine geeigneten Bauvorhaben zentraler oder bezirklicher Planträger in den nächsten Jahren für den Aufbau im Stadtzentrum in größerem Umfang in Aussicht stehen. Deshalb wurde es um so dringender, eine städtebaulich-architektonisch wirksamen Lösungen führt und wesentlich zur Entwicklung des Lebens im Stadtzentrum beiträgt, ohne die Möglichkeiten zur richtigen Einordnung künftig erforderlicher gesellschaftlicher Einrichtungen zu verbauen.

Die Konzeption berücksichtigt in vollem Maße die Konzentration der finanziellen und materiellen Mittel sowie kürzeste Bauzeiten und die Fertigstellung komplexer Teilabschnitte.

Der Bau von 928 Wohnungen und der dazugehörigen erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen im Rahmen von zwei Jahresprogrammen konzentriert sich zunächst mit zwei Hochhäusern und drei achtgeschossigen Wohnscheiben auf den Bereich Zentraler Platz – Töpferstraße – Bebelplatz. Als weitere Bauabschnitte sind die Verdichtung der Bebauung auf dem Petersberg mit vier Hochhäusern und die vielgeschossige Bebauung der Unterstadt an der Halleschen Straße vorgesehen, die in ihrer städtebaulichen Konzeption noch zu überarbeiten sind und im Rahmen der Ausarbeitung der Aufgabenstellung ihre endgültige Festlegung erfahren.

Bei dem Vorschlag zum weiteren Aufbau des Stadtzentrums von Nordhausen kam es

insbesondere darauf an, im Mittelpunkt der Stadt ein einheitliches städtebauliches Ensemble zu schaffen, das einen neuen Maßstab in der städtebaulichen Raumfolge und der Massenkomposition setzt, der den modernen Bedingungen zur Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens entspricht.

Die vielgeschossige Bebauung der Innenstadt und die sinnvolle Einordnung der Höhendominanten tragen sowohl den noch vorhandenen kulturhistorisch wertvollen Baudenkmalen als auch den charakteristischen landschaftlichen Gegebenheiten Rechnung. Die Topographie des Petersberges, die die Gestaltung und das individuelle Gesicht der Innenstadt von Nordhausen beherrscht, wird durch die Bebauung und die Anordnung der gesellschaftlichen Freiräume noch stärker hervorgehoben.

Der städtische Charakter der Bebauung des Stadtzentrums mit vielgeschossigen Wohngebäuden schafft die Voraussetzung, daß eine gute Beziehung des Stadtzentrums zu den innerstädtischen Wohngebieten, insbesondere zu dem Gebiet in der Unterstadt an der Halleschen Straße hergestellt wird.

Für dieses Gebiet ist im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung der Innenstadt ebenfalls eine vielgeschossige Wohnbebauung vorgesehen.

Eine besondere Problematik bestand darin, die städtebauliche Konzeption der Wohnbebauung mit der perspektivischen Entwicklung des Stadtzentrums in Einklang zu bringen. Während die drei achtgeschossigen Wohnscheiben in der 5-Mp-Bauweise auf der Grundlage des Muster- und Experimentaltbaus Weimar und das vierzehngeschossige Appartementhochhaus nach einem Projekt von VEB Berlin-Projekt am August-Bebel-Platz entsprechend ihrer endgültigen Zweckbestimmung ausschließlich als Wohngebäude geplant und errichtet werden, wird das achtzehngeschossige Hochhaus am zentralen Platz im Erdgeschoß und Dachgeschoß mit gesellschaftlichen Einrichtungen versehen. Für dieses Gebäude ist zu gegebener Zeit eine Nutzungsänderung vom Appartementhaus zum Hotelbettenhaus vorgesehen. Die Komplettierung zum Hotel ist durch die in der Perspektive vorgesehene zweigeschossige gastronomische Einrichtung südlich der Kranchstraße zu erreichen.

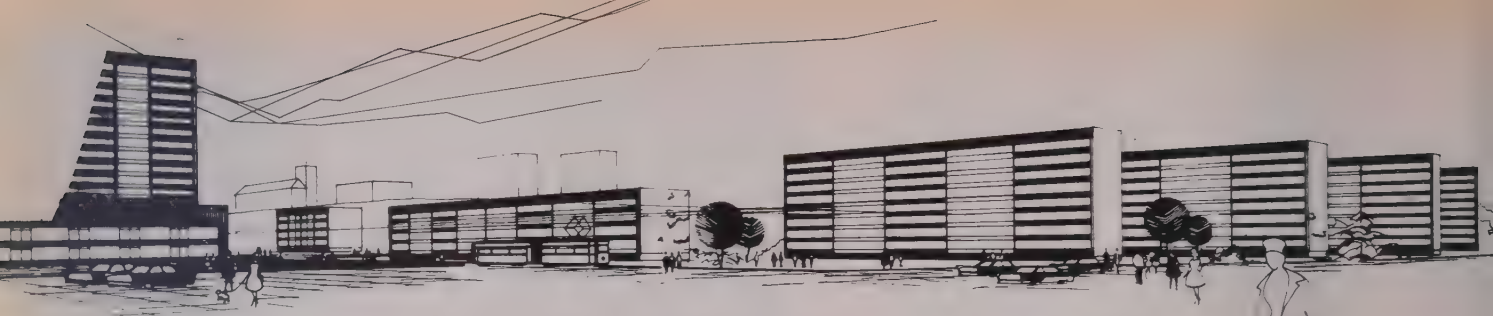
Der Bebauungsvorschlag für das Stadtzentrum sieht für die perspektivische Entwicklung eine Reihe von weiteren gesellschaftlichen Einrichtungen vor, welche die Bilanzen der Fachorgane berücksichtigen und darüber hinaus Reserveflächen für noch nicht abzusehende Anforderungen enthalten. An der Ostseite des zentralen Platzes ist eine Stadthalle als Mehrzweckhalle vor-



5
Modell des Zentrums von Nordhausen

6
Modell der städtebaulichen Konzeption für das Stadtzentrum, Blick von Südwesten





7 Blick auf den Petersberg mit zwei vierzehngeschossigen Hochhäusern und achtgeschossigen Wohngebäuden an der Hallischen Straße

gesehen, während an der Westseite ein fünfgeschossiger Verwaltungsbau in Ergänzung des vorhandenen Gebäudekomplexes errichtet werden soll.

Als südliche Begrenzung des zentralen Platzes ist ein dreigeschossiges Kaufhaus an der Töpferstraße Ecke Rautenstraße geplant.

Als unmittelbare Folgemaßnahme werden am zentralen Platz ein eingeschossiger Ladenbau, an der Südseite Töpferstraße ein zweigeschossiger Ladenbau für den täglichen Bedarf und am Bebelplatz eine eingeschossige Dienstleistungseinrichtung im wesentlichen im Rahmen der Baustellen-einrichtung gebaut.

Die vorhandene Ladenkapazität, die durch Abbruchmaßnahmen bis 1968 beräumt sein muß, ist in ihrer Kapazität in das Neubau-programm mit übernommen worden.

Die Tatsache, daß mit dem Programm des Wiederaufbaus des Stadtzentrums Abbruchmaßnahmen verbunden sind, berei-tete in der Beratung der städtebaulichen Konzeption mit den örtlichen Organen erhebliche Schwierigkeiten, da die gesetz-lichen Grundlagen bisher die Bedingungen der sozialistischen Umgestaltung der Stadt-zentren ungenügend berücksichtigen. Die Abbruchmaßnahmen umfassen 11 Wohnun-gen und 16 gewerbliche Einrichtungen. Die Ersatzbeschaffung für die gesellschaftlichen Versorgungseinrichtungen wird durch die vorgesehenen Neubauten gewährleistet, während ein Teil der kleinen Gewerbeein-richtungen in vorhandenen und entspre-chend auszubauenden Gebäuden außer-halb des Stadtzentrums unterzubringen sind. Die Altbausubstanz an der Südseite Töp-ferstraße muß etappenweise so beräumt werden, daß bis zum III. Quartal 1965 die Baufreiheit für die Aufschließung gewähr-leistet ist. Die Gebäude im östlichen Teil der Töpferstraße können während der Bau-durchführung teilweise weiter benutzt wer-den, sie sind jedoch bis zur Vollendung dieses Programms planmäßig zu beräumen. Für die Aufschließung entstehen keine be-

sonderen mittelbaren Folgeinvestitionen, da vorhandene technische Einrichtungen und Anlagen genutzt werden können.

Das bestehende Heizkraftwerk, die im Bau befindlichen Versorgungsleitungen für das Stadtzentrum und die ausgebauten Stra-ßen haben einen entscheidenden Einfluß auf die Verringerung der Gesamtkosten je Wohnung auf 28 538 MDN, obwohl höherer Aufwand bei ausschließlich vielgeschos-siger Bebauung im Hochbau auszugleichen ist.

Durch die konzentrierte Bebauung des Stadtzentrums unter Berücksichtigung groß-zügiger Freiräume konnte eine hohe Wohn-dichte von über 700 EW/ha erreicht und eine rationelle Nutzung des hochwertigen innerstädtischen Baulandes erzielt werden. Entsprechend der differenzierten Bebauung des Stadtzentrums kann keine reale Be-zugsgröße zur Einwohnerdichte ermittelt werden.

Das städtebauliche Programm wurde in enger Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Weimar, dem Rat der Stadt und dem Rat des Kreises Nordhausen, dem Bezirksbau-amt und dem VEB Hochbauprojektierung Erfurt erarbeitet.

Als Grundlage dazu dienten die umfang-reichen Erfahrungen zahlreicher Vorschläge der Wettbewerbe vergangener Jahre sowie die gründliche Auswertung der neuesten Erkenntnisse des Städtebaus im internati-onalen Maßstab und nicht zuletzt die Be-schlüsse, Hinweise und Empfehlungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Gestaltung der Stadtzentren.

In breiter Diskussion beriet die Stadtver-ordnetenversammlung die städtebauliche Konzeption und legte ihre Vorschläge in einem Beschluß nieder.

Die in Arbeit befindliche Aufgabenstellung wird als Grundlage dienen, die Gestaltug des Zentrums von Nordhausen mit breiten Kreisen der Bevölkerung zu beraten und für den planmäßigen Wiederaufbau neue Voraussetzungen zu schaffen.

Überschlägliche Zusammenstellung der Investitionskosten

Investitionskosten für den Wohnungsneubau	
Lange Scheibe	5 474 TMDN
Kurze Scheibe	2 963 TMDN
Kurze Scheibe	2 963 TMDN
Vierzehngeschossiges Hochhaus	3 950 TMDN
Achtzehngeschossiges Hochhaus mit 16 Wohngeschossen, Teilkosten für reinen Wohnungsbau (Die Kosten für gesellschaftliche Versorgungseinrichtungen in Erd- und Dachgeschoß werden gesondert aufgeführt. Gesamtkosten des Hochhauses = 6065 TMDN)	5 300 TMDN
Summe für Wohnungsneubau	20 650 TMDN
Investitionskosten für gesellschaftliche Versorgungseinrichtungen	
Gesellschaftliche Versorgungseinrichtungen im Erd- und Dachgeschoß des achtzehngeschossigen Hochhauses (Teilkosten für Versorgungseinrichtungen)	765 TMDN
Zweigeschossige Verkaufsstellen für täglichen Bedarf an der Südseite der Töpferstraße	500 TMDN
Eingeschossige gesellschaftliche Versorgungseinrichtungen am zentralen Platz	400 TMDN
Eingeschossige Dienstleistungseinrichtung am vierzehngeschossigen Hochhaus	250 TMDN
Summe für gesellschaftliche Versorgungseinrichtungen	1 915 TMDN
Investitionskosten für Vorbereitung zur Aufschließung	
Bodenerwerb	125 TMDN
Abbruch von Gebäuden, Verlagerung von gesellschaftlichen Versorgungseinrichtungen und kleinen Gewerbebetrieben sowie Tiefergründungen	2 000 TMDN
Entrümmerung	500 TMDN
Summe Vorbereitung zur Aufschließung	2 625 TMDN
Investitionskosten für Aufschließung	
Heizkanal	520 TMDN
Parkstellplätze in der Töpferstraße	23 TMDN
Freiflächen einschließlich Wege und ähnliches	750 TMDN
Summe für Aufschließung	1 293 TMDN
(Alle übrigen stadttechnischen Anlagen und Leitungen sind bis auf die Hausanschlüsse vorhanden.)	
Gesamtkosten WE	28 538 MDN
Gesamtwertumfang der Investitionen	26 483 TMDN

8 Modell der Innenstadt, Blick von Südosten



Vielgeschossiger Wohnungsbau

Wirtschaftlichkeit, Qualität und Baukastensystem im vielgeschossigen Wohnungsbau

Dr.-Ing. Siegfried Kress
VEB Berlin-Projekt

Im Entwurf der „Grundsätze der Planung und Gestaltung der Städte der DDR in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ wird die Forderung erhoben, die Wirtschaftlichkeit im Städtebau zu erhöhen und eine maximale Ausnutzung des Baulandes anzustreben. Dazu bedarf es einiger Voraussetzungen, die durch unser jetziges Typenangebot und die augenblicklichen Tendenzen in der Entwicklungsarbeit nicht geschaffen werden können. Zwei Problemen muß in diesem Zusammenhang größte Aufmerksamkeit geschenkt werden:

- der weiteren Verringerung der Sektionslängen, verbunden mit einer Vergrößerung der Haustiefen;
- der Entwicklung von Wohngroßeinheiten im Bereich eines einheitlichen Baukastens.

In den traditionellen Bereichen unseres Städtebaus wurde inzwischen die durchschnittliche Gebäudetiefe auf 12 m vergrößert und dabei die Sektionslänge auf 12 m verkürzt. Dadurch läßt sich bei viergeschossiger Bebauung die Wohndichte theoretisch von 428 auf 486 EW/ha steigern.

Das Ergebnis des im Frühjahr 1963 veranstalteten Wettbewerbs profilierte also durchaus die richtige Tendenz, daß nicht die Verminderung der Gebäudeabstände, sondern die Orientierung auf größere Gebäudetiefen eine intensivere Baulandnutzung ermöglicht. Allerdings wurde beim Wettbewerb nicht bis an die Grenzen unserer realen Möglichkeiten vorgestoßen. Wenn man von der durchschnittlichen Wohnungsgröße von 50 m² ausgeht und weitestgehend das Prinzip „Außenbereich = Wohnen, Mittelbereich = Wirtschaften und Innenbereich = Verbindungswege“ anwendet, dürften Sektionslängen von 10,80 m oder sogar 9,60 m alle wesentlichen Forderungen an eine moderne Wohnung erfüllen.

Dadurch ist eine weitere Erhöhung der Wohndichte um etwa 50 EW/ha möglich. Ein entscheidender Qualitätssprung ist aber dadurch nicht mehr zu erzielen; er kann nur durch die konsequente Hinwendung zu neuen Wohnformen erreicht werden, wie sie sich in Gestalt vielgeschossiger Bebauung, insbesondere von Wohngroßeinheiten, herauszubilden beginnen.

Diese Wohngroßeinheiten zeichnen sich durch eine maximale Anzahl von Geschossen und in der Regel durch größere Längen, unter Umständen bis zu mehreren hundert Metern, aus. Die Grenzen werden durch die Montagemöglichkeiten in der 5-Mp-Laststufe gezogen, deren Möglichkeiten in dieser Form überhaupt erst ausgeschöpft werden.

Hier ist von vornherein eine ungleich größere Ausnutzung des Baulandes gegeben. Bei 20geschossigen Wohnhochhäusern würde die Wohndichte 717 EW/ha betragen. Sie liegt also bereits um 47 Prozent höher als beim vielgeschossigen P 2. Die nachweisbar mögliche und konstruktiv erwünschte Vergrößerung der Gebäudetiefe auf 15,60 m und die damit verbundene Verkürzung der Sektionslänge erhöht die Wohndichte auf 905 EW/ha, das heißt, im Vergleich zum bisherigen Städtebau ist die Wohndichte durch geeignete Maßnahmen zu verdoppeln, ohne daß eine Verminderung der Wohnqualität eintritt; vielmehr darf behauptet werden, daß sie erheblich gesteigert wird. In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine Ausführungen im Heft 12/1963 der „Deutschen Architektur“.

Die Erhöhung der Geschoßanzahl ist nicht das Ergebnis zufälliger Konstellation einiger Faktoren oder gar eine vorübergehende Zeiterscheinung, sondern sie ist als Gesetzmäßigkeit anzusehen, und zwar entwickelte sie sich aus dem zunehmenden Mangel an Bauland, an seinem dadurch steigenden Wert, dem sich ständig erhöhenden Wohnkomfort und der wachsenden Bedeutung der Technologie.

Deshalb muß eine ernsthafte Orientierung auf diese neuen Größenordnungen erfolgen. Dabei wird das Problem der Wirtschaftlichkeit einen breiten Raum einnehmen. Ist es bereits jetzt möglich, diesen Entwicklungstendenzen in größerem Umfang zu folgen?

Diese Frage kann grundsätzlich bejaht werden, allerdings kann man sie nicht mehr mit den Methoden der ökonomischen Einschätzung lösen, die jetzt noch den Maßstab bilden.

Zur Ökonomie des Einzelbauwerks kommen Faktoren hinzu, die erst durch unsere gesellschaftliche Ordnung wirksam werden; erst in ihr sind sie konkret erfassbar, um solche Großvorhaben wirtschaftlich zu gestalten. Sie sind in zwei Hauptgruppen zusammenzufassen:

- Die städtebauliche Ökonomie
 - Die technologische Ökonomie
- Unter städtebaulicher Ökonomie ist zu verstehen die Variabilität der Baukörper, der Nutzeffektnachweis (Baulandauslastung) und der komplexe städtebauliche Kostenaufwand. Abgesehen von der selbstverständlichen Forderung nach größtmöglicher Beweglichkeit in gestalterischer Hinsicht ist die Variabilität von größter Bedeutung auch für die wirtschaftlichsten Lösungen. Dabei wird diese noch erheblich beeinflußt von der Baulandnutzung durch einen bestimmten Typ. Im engen Zusammenhang damit steht der komplexe städtebauliche Aufwand. Die Wirtschaftlichkeit eines Types ist auch abhängig von den Kosten für die Folgeeinrichtungen, Verkehrserschließungen, stadtechnische Versorgung, Grünanlagen, Entschädlungen und Verlagerungen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß bei einer konzentrierten Hochbebauung weniger Wohnbauland in den Außenbezirken der Städte benötigt wird, wodurch weitere Faktoren wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit der Einzelbauwerke gewinnen:
- Geringere Aufschließungskosten (einschl. Nahverkehrsmittel)

- Verringerter volkswirtschaftlicher Aufwand für Personen-, Material- und Versorgungsgütertransport (vor, während und insbesondere nach der Fertigstellung eines Wohngebietes)

- Erhöhte Rentabilität der Folge- und Versorgungseinrichtungen

- Der Wert des eingesparten Baulandes als landwirtschaftlich, gärtnerisch oder industriell genutztes Gebiet

Die Wirtschaftlichkeit eines Wohngebäudes kann also nicht mehr an einem losgelösten Einzelgebäude betrachtet werden, sondern sie muß aus dem speziellen Standort abgeleitet werden. Das bedeutet wiederum, exakte Vergleichsrechnungen mit verschiedenen Gebäudearten vorzunehmen. Hier bieten sich also echte Ansatzpunkte für den Einsatz der modernen Rechentechnik, sofern die Grundlagen in Form von Generalbebauungsplänen vorhanden sind.

Die technologische Ökonomie beinhaltet hauptsächlich die Anzahl verschiedener Elemente, die Verwendbarkeit der Elemente, die Verwendungsdauer der Elemente und den Kostenaufwand für die Herstellung, den Transport und die Montage der Elemente. Das Kriterium ist hierbei eine möglichst geringe Anzahl unterschiedlicher Elemente, die unkompliziert herzustellen, gut zu transportieren und zu montieren sowie vielseitig und über einen langen Zeitraum hinweg anwendbar sein müssen.

Solchen Analysen ist gegenüber den bisherigen flächenmäßigen Vergleichen der Vorrang einzuräumen, weil daraus abgeleitet werden kann, daß die beste und ökonomischste Lösung nicht immer die mit dem geringsten Flächenaufwand/WE sein muß!

Wenn also die Erhöhung der Geschoßanzahl als gesetzmäßig anzusehen ist, und wenn sie in eine wirtschaftlich vertretbare Form gebracht werden muß, so ist aus der städtebaulichen und technologischen Ökonomie heraus die Forderung abzuleiten, daß der gesamte vielgeschossige Wohnungsbau einschließlich seiner zur Zeit extremsten Form, der Wohngroßeinheit, in ein umfassendes Baukastensystem einzu beziehen ist. Die bisherigen Verfahren einer sporadischen Einzelprojektierung sind abzulehnen. Sie belasten unsere Plattenwerke in einem nicht mehr vertretbaren Maße und sind unwirtschaftlich.

Ferner ist die bisherige Methode der Addition, das heißt der Aufstockung des Baukastens, abzulehnen. An ihre Stelle muß ein Verfahren treten, das von dem Gedanken der Subtraktion ausgeht, also von den maximalen Ansprüchen, wie sie beispielsweise extrem hohe Bebauung stellt. Zu fordern ist außerdem die Bewältigung der wesentlichsten Wohnformen nach dem Sektions-, Mittelgang- und Maisonetteprinzip. Die Lösung scheint möglich, wenn in Standardräume, die bei allen Wohnformen übereinstimmen können (z. B. Wohn- und Schlafräume, Küchen und Bäder oder sogar wiederkehrende Kombinationen wie Küche-Wohnzimmer oder Küche-Bad) und in Sonderflächen (wie Verteilergänge, Fahrstühle u. a.) untergliedert wird.

Die Räumlichkeiten der zweiten Gruppe müssen weggelassen oder ausgetauscht werden können, wenn sie für bestimmte Gebäudearten nicht benötigt werden, ohne daß die Gesamtkonzeption größeren Veränderungen unterworfen wird oder komplizierte Situationen mit erheblichen zusätzlichen Projektierungs- und Bauleistungen entstehen.

Dieses Baukastensystem könnte gewährleisten, daß der Städtebauer zu gestalterisch und wirtschaftlich optimalen Lösungen gelangt.

Außerdem sollte von vornherein den Beziehungen zwischen Wohngebäuden und ähnlich gearteten Kategorien, wie Appartementgebäuden und Hotels, größte Beachtung geschenkt werden. Ihre Einbeziehung in ein solches Baukastensystem ist möglich und sollte deshalb angestrebt werden.

Es läge sowohl im Interesse der Entwicklung eines universellen Baukastens als auch der Bauindustrie, mit kleineren Stückzahlen zu beginnen und den Baukasten allmählich zu erweitern, dabei kontinuierlich andere Sortimente ablösend. Zweckmäßigerweise sollten die ersten Experimentalbauten solche mit extrem hoher Geschoßanzahl sein; denn erstens wird ihr Anteil zunächst noch relativ gering sein, und zweitens wird die Entwicklung sofort stärksten Belastungen ausgesetzt, so daß etwaige Mängel schneller und besser sichtbar werden.

Nach der Beseitigung von Mängeln könnte die Anwendung des Baukastens auf alle vielgeschossigen Wohngebäude ausgedehnt werden. Und schließlich wäre seine Übernahme in den mehrgeschossigen Wohnungsbau die letzte Etappe, die dann sinnvoll wird, wenn die Elemente der jetzt bestätigten Typen in einem wirtschaftlich vertretbaren Maße benutzt worden sind. Daraus ist ersichtlich, daß der augenblickliche Zeitpunkt für die Verwirklichung solcher Gedankengänge sehr günstig ist. Wir sind noch am Beginn, vielgeschossige Wohnhäuser zu bauen, und die jetzt einsetzende Realisierung des P 2.12-Programms sicherte einen ausreichenden Vorlauf.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß neue städtebauliche Qualitäten auf der Tagesordnung stehen. Diese neuen Qualitäten setzen neue Maßstäbe, sie verlangen eine andere Wertung und überhaupt ein Denken in anderen Dimensionen. Dem vielgeschossigen Wohnungsbau gehört die Zukunft. Die sozialistische Gesellschaftsordnung erst ermöglicht seine Wirtschaftlichkeit. Deshalb beginnt die Zukunft bei uns bereits heute. Wir haben durch die Industrialisierung des Bauens und die Vergesellschaftung des Grund und Bodens sowie der Produktionsmittel bereits heute alle Voraussetzungen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf diesem Gebiet in wirtschaftlicher Form in die Realität umzusetzen. Darüber hinaus bedeutet diese Umsetzung einen entscheidenden Beitrag nicht nur zur Entwicklung unseres sozialistischen Städtebaus, sie wäre von weltweiter Bedeutung.

Vorschlag zur Grundrißentwicklung im Baukastensystem

Dipl.-Architekt Eberhard Mueller
VEB Berlin-Projekt

Die zur Zeit entwickelten Grundrisse und Wohnungstypen einschließlich des P 2 sind nur für mehr- und vielgeschossige Gebäude anwendbar. Die bisherigen Wohnungstypen ermöglichen es nicht, das gesamte Wohnungsbauprogramm abzudecken. Das soll durch den hier dargelegten Vorschlag erreicht werden.

Zur Erreichung eines maximalen ökonomischen Nutzens, einer höheren Wohnqualität, der systematischen Einschränkung von Vorzugsmaßen, einer höheren Qualität der künstlerischen Gestaltung sowie der konsequenten Verringerung des Elementesortiments und unter Anwendung der fortschrittlichsten Technologie im industriellen Wohnungsbau wurde ein System angestrebt, das unter dem besonderen Gesichtspunkt der Lösung der Probleme des Wohnhochhauses folgende Bedingungen erfüllt:

- Nutzung der verkehrsinternen Vorteile des Verteilerganghauses
- Sparsamste Horizontalerschließung der großen Wohnungen
- Erschließung ohne wohnungsinterne Treppen
- Abstimmung der Geschoßhöhe auf 2,70 m
- Größte Variabilität der Fassade und Anpassung an jeden Wohnungsschlüssel

Die bisherigen Lösungswege – auch international betrachtet – weisen einen hohen Anteil an Erschließungskubatur auf – bei Hochhäusern auf Kosten des Wohnwertes –, oder es werden Maisonettetypen vorgeschlagen, bei denen die erforderliche Höhenüberwindung eines Vollgeschosses innerhalb der Wohnungen erforderlich ist, wodurch der Anteil an Nebenfunktionsfläche je Wohnung erhöht wird.

Der hier unterbreitete Vorschlag P 200 stellt eine Synthese zwischen den Vorteilen des Verteilerganghauses mit Sektionsteilung und durchlaufenden Treppenhäusern (als Variante kann diese Version jedoch ebenfalls erreicht werden) und dem Maisonnettesystem dar.

Es können die wohnungsbezogenen Treppen angewendet werden, die auf geringstem Raum zur Erschließung von jeweils einem oder zwei Geschossen und innerhalb jeder Achse angeordnet sind. Bei diesem Grundriß können jedoch auch alle anderen Erschließungssysteme Anwendung finden:

Mittelgang mit Vertikalerschließungsachse für Hochhäuser und vielgeschossige Gebäude,

Außengang (statistisch ungünstig, aber möglich) bis 10 Geschosse,

Sektionsterschließung (Treppen innerhalb jeder zweiten Achse),

Vertikalerschließung für Hochhäuser und vielgeschossige Bauten,

Mischsysteme dieser Erschließungsarten und reine Sektionsterschließung (Zweispänner) für mehrgeschossige Gebäude.

Bei Mittelgang-Achsenerschließung ist der Vertikalverkehr an zentraler Stelle zusammengefaßt. Bei größerer Gebäudelänge werden mehrere Verkehrseinheiten mit jeweils zentralem Vertikalverkehr aneinandergereiht.

Die Horizontalerschließung der Wohnungen erfolgt über Verteilergänge.

Die Höhe des Gebäudes liegt für eine maximale Kranauslastung bei 20 Geschossen und die Tiefe für optimale Grundrißgestaltung bei 15 m. Es können beliebig lange Baukörper erreicht werden. An den Verteilergängen liegen Ein- und Zweiraumwohnungen.

Die Drei- und Vierraumwohnungen liegen unter oder über den Verteilergängen. Sie sind über wohnungsbezogene Treppen, die innerhalb jeder Achse angeordnet sind und von den Verteilergängen in die Wohnung führen, erreichbar.

Bei Sektionsterschließung (Anordnung der Treppen in jeder zweiten Achse) würden die Treppen als Fluchtwege vertikal hindurchgeführt werden. In diesem Falle, bei Anordnung des Verteilergangsystems, beinhaltet die Vertikalerschließungsachse nur noch die Aufzüge und Müllabwurfschächte und kann dadurch in ihren Abmessungen geringer gehalten werden. Ein weiterer Vorteil dieses Mischsystems ist in dem für Wohnzwecke nutzbaren Raum hinter der Aufzugsanlage zu sehen. Ein wesentliches Merkmal dieses Vorschlages besteht darin, daß bei der Konzeption für ein Wohnhochhaus die erforderliche größere Tiefe weitestgehend Wohnzwecken nutzbar gemacht wird und die Erschließungskubatur so gering wie möglich bemessen ist.

Die positiven Konsequenzen aus diesem System sind:

- Variabilität des Wohnungsschlüssels, der Fassade und der städtebaulichen Orientierung des Baukörpers,
- Querlüftung der Drei-, Vier- und teilweise der Zweiraumwohnungen,
- radiale Trennung der Wohnfunktionshauptflächen durch Wohnfunktionsebenenflächen,
- Anwendungsmöglichkeiten der Hochhausbestimmungen,
- völlige Gleichheit der Elemente bei Nichtanwenden der Sektionsterschließung (keine Spiegelbildlichkeit der Elemente),
- große Variationsmöglichkeit bei der Wahl des Erschließungssystems.

Das System der aussteifenden Querscheiben (Schottensystem) ist in Abständen von 6000 mm angeordnet. Für die Längsaussteifung sind zwei Wandscheiben, die durch das gesamte Gebäude hindurchgehen, mit einem Achsabstand von vorzugsweise 4800 mm angeordnet.

Der mehr- und vielgeschossige Wohnungsbau erfordert nur eine Wandscheibe zur Längsaussteifung. In der Mitte des Gebäudes – Treppenhausebereich – liegen die Flure, Küchen und Bäder der großen Wohnfunktionseinheiten, an den Außenwänden die Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer.

Die Systembreite beträgt 6000 mm. Unter Berücksichtigung der Prinzipien des Baukastensystems werden die Bauelemente auf produktionstechnisch und transportmäßig günstigste Abmessungen sowie auf günstigste Gewichtsbelastung ausgelegt. Zugunsten einer weitestgehenden Funktionsauslastung beim Verteilergangsystem werden vorzugsweise 11, 17 und 20 oder 10, 15 und 20 Geschosse vorgeschlagen. Das ergibt bei Anwendung des Rapid V/2 mit verlängertem Turm und zweisträngiger, beiderseits angeordneter Lasthakenaufhängung, bei normaler Anlagehöhe der Kranbahn von 500 bis 1000 mm eine Höhe der 20 Wohngeschosse bei einer Geschoßhöhe von 2700 mm von 54,30 m über Oberkante Terrain. Durch die Gebäudetiefe von rund 15 m wird die wirtschaftlichste Kranauslastung überhaupt erreicht. Das Drempelgeschoß kann zuletzt von hinten nach vorn montiert werden und stellt somit kein Hindernis bei der Montage dar. Bei Anordnung der Verteilergänge alle 5 Geschosse erhöht sich der Anteil an querbelüfteten Wohnungen.

Bei der Anwendung einer größeren Anzahl von Verteilergängen erhöht sich die Anzahl der Wohnungseinheiten bei gleichzeitiger Verringerung der Durchschnittsgröße der Wohnungen.

Die geringste Anzahl der Wohnungseinheiten ist bei einem System der vertikal erschlossenen, erweiterten Sektion zu erreichen. Mit der verhältnismäßig geringen Gebäudetiefe von etwa 13,50 m können maximal 18 Geschosse geplant werden. Mit 18 Geschossen und vier Verteilergängen wird bei Einhaltung der verbindlichen Norm von 50 m²/

Der vorliegende Diskussionsbeitrag wurde uns zur Ergänzung der in den Heften 5/1964 und 6/1964 vorgestellten Vorschläge für den vielgeschossigen Wohnungsbau zugesandt. Er entstand auf der Grundlage eines Neuerersvorschlages, den Kollege Mueller im VEB Berlin-Projekt eingereicht hat. Vom VEB Typenprojektierung wird gegenwärtig unter Auswertung einer Reihe von Vorschlägen eine Konzeption für die Typenentwicklung im vielgeschossigen Wohnungsbau ausgearbeitet, die wir in einem der nächsten Hefte veröffentlichen werden. red.

WE innerhalb einer Verkehrseinheit der geforderte Wohnungsschlüssel eingehalten, wobei zusätzlich eine Erhöhung des Anteiles an Dreiraumwohnungen erreicht wird. Bei Anwendung von je einer 6000-mm-Achse je Wohnungseinheit und einer maximalen Gebäudetiefe bei Hochhäusern von rund 15 m sollte die erhöhte Kubatur der Nutzfläche der Wohnungen zugegeben werden.

Eine Variabilität des Wohnungsschlüssels ist durch die Anordnung von Ein- und Zweiraumwohnungen links und rechts der Verteilergänge und zusätzlicher Mischung der Vier- und Zweiraumwohnungen erreichbar.

Der Vorschlag trägt damit einer demographischen Veränderung weitgehend Rechnung.

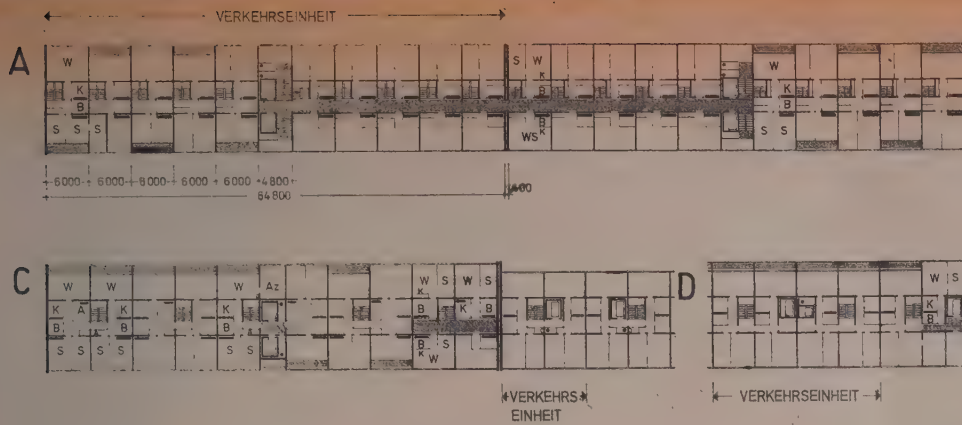
Durch die Lage der Installationszellen in Küche und Bad oder durch Ummantelung dieser Zellen mit Schrankraum sowie durch die Lage der Nebenfunktionsflächen neben, über und unter den Verteilergängen wird völlige Schallisolierung für die Hauptfunktionsflächen erreicht. Die Grundrißvarianten bieten durch die additive Aneinanderreihung sämtlicher Elemente große Vorteile für das industrielle Bauen.

In einer Grundsatzuntersuchung („Deutsche Architektur“ Heft 12/1963, S. 748) wurde die ökonomische Bedeutung des Wohnhochhauses als Grobeinheit bereits herausgestellt.

Um Vergleichswerte für einen vielgeschossigen Wohnungstyp zu erhalten, sind nicht nur die Nennwerte, bezogen auf eine Wohnungseinheit, sondern vor allem auch Fragen der Technologie, des Wohnwertes, der Variabilität des Wohnungsschlüssels, der Gestaltung und der städtebaulichen Eingliederungsmöglichkeit für eine Gegenüberstellung und Auswertung von Bedeutung.

Einige Vergleichswerte

Bezeichnung	P 2.12	P 200	P 200
Anzahl der Verteilergänge	3	3	4
Wohngeschosse	10	10	10
Aufzüge je Verkehrseinheit St.	2	2	2
Gebäudelänge (ohne Außenwände) m	79,90	64,80	64,80
Achsabstand m	6,00	6,00	6,00
Gebäudetiefe (ohne Außenwände) m	12,60	13,69	13,69
Bebaute Fläche (ohne Außenwände) m ²	1 007	889	889
Umbauter Raum (ohne Keller und Dach) m ³	23 528	25 820	25 820
Wohnungseinheiten WE	120	130	140
Hauptfläche je WE m ²	49,65	46,57	42,99
Verkehrsfläche je WE m ²	13,17	11,71	11,65
Funktionsbedingte Nebenfläche je WE m ²	2,80	1,20	1,12
Durchschnittsfläche je WE m ²	65,62	59,48	55,76
Bebaute Fläche je WE m ²	7,02	6,84	7,09
Frontlänge je WE m	1,48	0,60	0,46

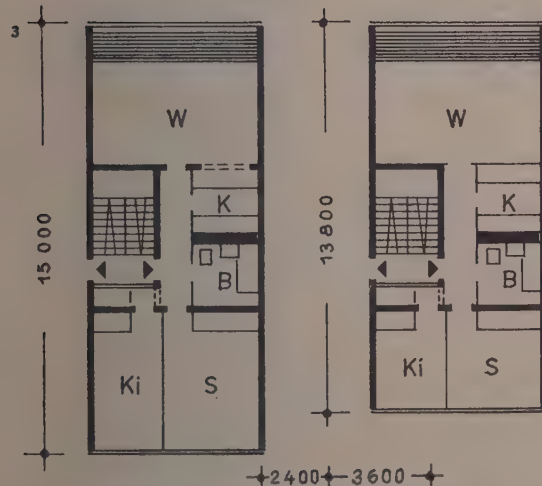


- 1 Übersicht über die Grundrissvarianten und Erschließungssysteme 1 : 1000
- A Achsenserschließung (Verteilergang in jedem 3. oder 5. Geschoß)
 - B Achsenserschließung (Verteilergang in jedem 3. Geschoß)
 - C Sektionerschließung mit Vertikalerschließungsachse und Verteilergängen
 - D Sektionerschließung mit Aufzügen ohne zusätzliche Vertikalerschließungsachse
 - E Erweitertes Sektionssystem (Aufzüge und Müllabwurf konzentriert)

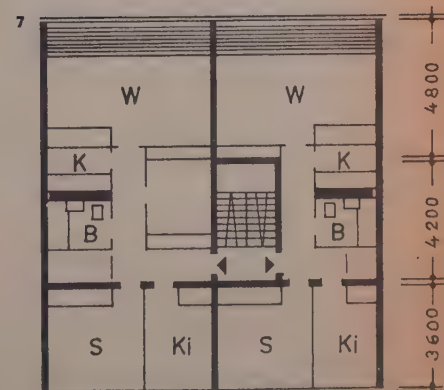
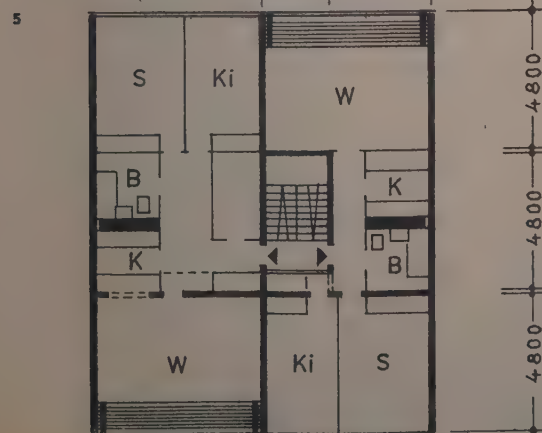
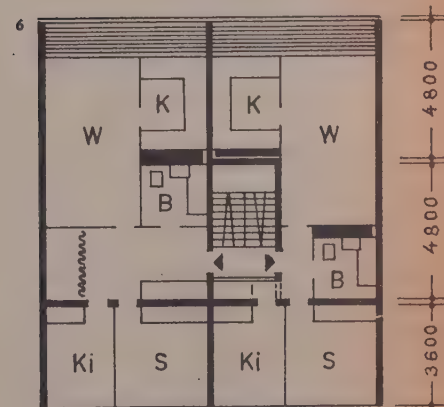


Grundrissysteme 1 : 250

- 2 Grundrissystem für vielgeschossige Gebäude und Wohnhochhäuser mit Gangerschließung in jedem 3. bis 5. Geschoß, Achsen- oder Sektionerschließung
- 3 Grundrissystem für mehr- und vielgeschossige Gebäude sowie Wohnhochhäuser mit Vertikalerschließung (erweiterte Sektion)
- 4 Grundrissystem für mehrgeschossige Gebäude mit Sektionerschließung
- 5 Grundrissystem mit Sektionerschließung. Bei allen Gebäudekategorien anwendbar
- 6 Grundrissystem für mehr- und vielgeschossige Gebäude, Sektionerschließung mit Außenküche
- 7 Grundrissystem für mehrgeschossige Gebäude und Sektionerschließung

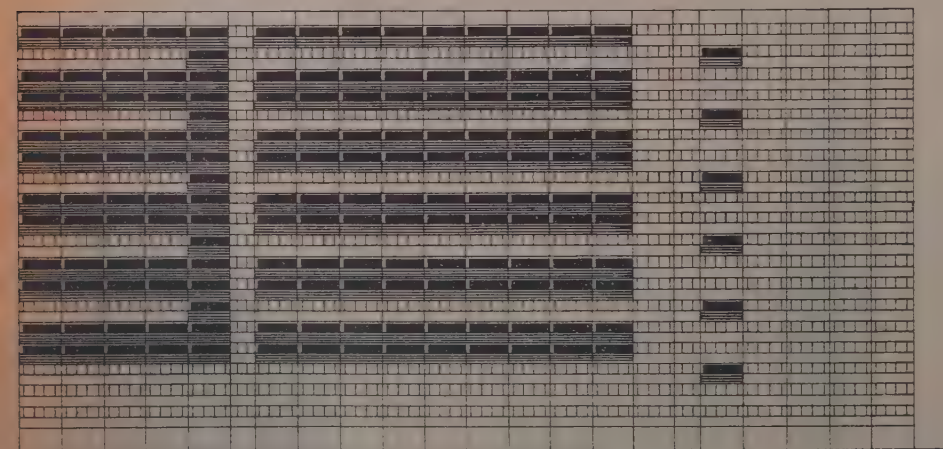
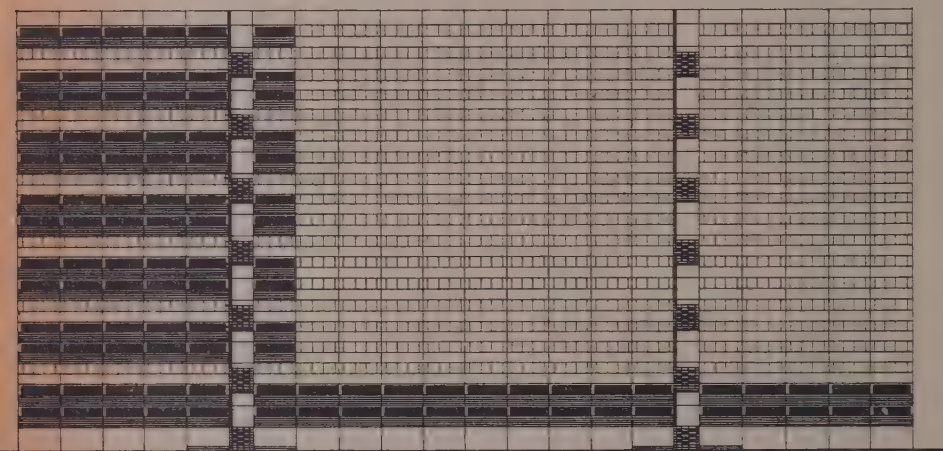
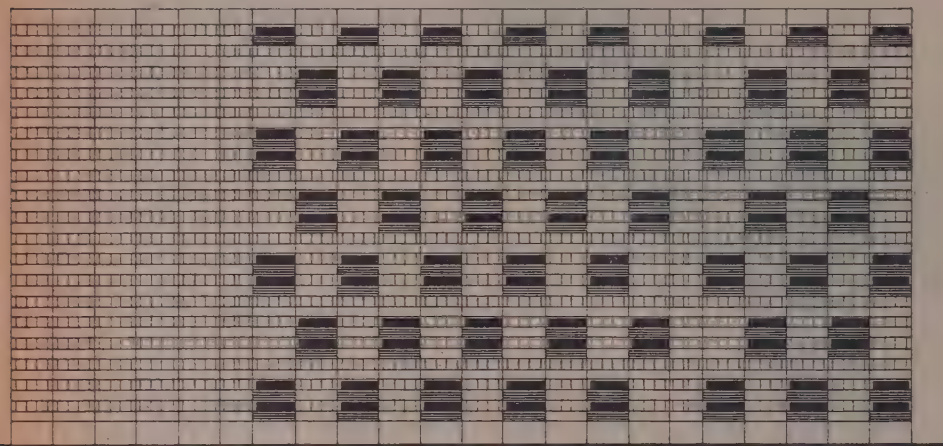


4





Einige Fassadenvarianten zum Vorschlag
P 200 1 : 1000



Fünf Jahre

VEB Verlag für Bauwesen

In diesem Monat kann unser Verlag, der VEB Verlag für Bauwesen, auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. 1960 erschien der erste Titel des jungen Verlages, der „Bautechnische Ratgeber“. Seitdem wurden insgesamt 200 Bücher und Broschüren in vielen hunderttausend Exemplaren mit dem bekannten Zeichen „vb“ verlegt. Mit seiner bedeutenden Buchproduktion und mit 11 Fachzeitschriften ist der VEB Verlag für Bauwesen der größte Fachverlag des Bauwesens in beiden deutschen Staaten und einer der größten Bauverlage der Welt überhaupt. Die Bücher und Zeitschriften des Verlages sowie die Schriften der „Deutschen Bau-Enzyklopädie“ werden heute in viele Länder der Erde exportiert. Ob in Moskau oder Wien, in Frankfurt am Main, London oder Havanna, überall findet die Bauliteratur aus der DDR wachsendes Interesse. Diese Erfolge des Verlages sind auf das engste mit der raschen Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen der DDR verknüpft. Der Verlag betrachtete es stets als seine vornehmste Aufgabe, die Entwicklung unseres Bauwesens, insbesondere den Vormarsch des industriellen Bauens, zu fördern und den Bauarbeitern, Ingenieuren und Architekten Wissen zu vermitteln, das sie befähigt, die großen Aufgaben zu lösen. Die Erfahrungen und Fortschritte unseres Bauwesens fanden andererseits in unserer Fachliteratur ihren Niederschlag. Gerade in dieser engen Verbindung von Theorie und Praxis liegt der Erfolg fünfjähriger Tätigkeit begründet, zu dem wir den VEB Verlag für Bauwesen, seine Leitung und alle seine Autoren und Mitarbeiter beglückwünschen möchten.

Für die kommenden Jahre sind dem Verlag quantitativ wie qualitativ höhere Aufgaben gestellt. Die technische Revolution und die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung im Bauwesen erfordern eine schnelle und exakte Information über den Welt höchststand, neue Lehrbücher für die Hochschulen, Fachschulen und Berufsschulen, Studienmaterial für die Weiterbildung der Bauschaffenden und Schriften über Probleme der Architektur und des Städtebaus, die sich an ein sehr breites Leserpublikum wenden.

Der Verlag hat sich die Aufgabe gestellt, Autoren von Rang zu verpflichten und eine Fachliteratur zu schaffen, die mithilft, das Gesicht des Bauwesens der Zukunft zu prägen. Schon im Verlagsprogramm dieses Jahres ist eine Reihe von wichtigen Neuerscheinungen vorgesehen, über die wir unsere Leser im nächsten Heft informieren werden. Wir glauben, nicht zuviel zu versprechen, wenn wir sagen: Wer an die Zukunft denkt, wird in der Fachliteratur aus dem VEB Verlag für Bauwesen das Richtige finden. red.

Veranstaltungen

Kolloquium über die prognostische Einschätzung bis 1980

Am 16. September 1964 fand im Haus des Lehrers in Berlin ein Kolloquium statt, an dem sich Soziologen, Schriftsteller und Mitarbeiter aus Projektierungsbetrieben beteiligten.

Die Diskussion war auf die Fragen gerichtet, die mit der Verbesserung des Lebens und Wohnens im Zeitraum bis 1980 zusammenhängen. Sie wurde getragen von dem Willen, eine Einschätzung der Möglichkeiten unter Beachtung der Weiterentwicklung der verschiedensten Einflußfaktoren des Lebens auf das Wohnen zu geben. Insbesondere wurden folgende Punkte behandelt:

Erfassung der Bedürfnisse der Menschen

Mit der weiteren Mechanisierung und Automatisierung der Industrie treten neue, noch nicht erforschte Probleme der Lebenshaltung der Menschen auf. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die ständige Qualifizierung der Erwachsenen, die erhöhten Anforderungen bei der Vorschul- und Schulbildung verlangen eine Veränderung der Lebensgewohnheiten und der Lebensführung und sind damit Voraussetzung für die Entwicklung auf dem Gebiete des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus. Ein wesentlicher Einfluß muß durch die Forschung auf sozialem Gebiet ausgeübt werden, wobei neben allgemeinen Fragebogenaktionen eine Direktforschung in Schwerpunktbetrieben und in den neuen Aufbaustädten der Republik vorzunehmen ist.

Das Ziel dieser Untersuchungen besteht darin, die Entwicklungsetappen der Vergesellschaftung des Lebens zu erfassen, um daraus die Entwicklungsrichtung für Wohn- und gesellschaftliche Bauten und den Städtebau ableiten zu können.

Verbesserung der Wohnfunktionen

Bereits heute läßt sich erkennen, daß eine Veränderung der Wohnfunktion einsetzen muß. Der ständigen Qualifizierung und Weiterbildung muß innerhalb der Wohnung durch Schaffung eines „Arbeitsplatzes“ Rechnung getragen werden. Die wachsende Anzahl berufstätiger Frauen zwingt uns, die Einrichtungen der Küche so zu verändern, daß mit einem minimalen Arbeitsaufwand auszukommen ist. Im Zuge der weiteren Vergesellschaftung sind dazu städtebaulich in bezug auf Verbesserung der Dienstleistungen, des Handelsnetzes, der gastronomischen Einrichtung und so weiter erhebliche Anstrengungen notwendig.

Vor dem Wirksamwerden neuer, weitgreifender Maßnahmen sind für die Periode bis 1980 ständige Verbesserungen der vorhandenen Einrichtungen und der städtebaulichen und bautechnischen Projektierung anzustreben.

Insbesondere wurden angesprochen:

■ Ausrüstung der Küche mit weiteren arbeitserleichternden Maschinen und Geräten, mit dem Ziel, bis 1980 die Bereitstellung von Halbfertiggerichten und vorbereiteten Speisen und Lebensmitteln so weit voranzutreiben, daß die Küche nur noch als „Endküche“ betrieben werden kann.

■ Der Entwicklung der Wohnungsgröße ist eine Perspektive zu geben. Der steigende

Lebensstandard ist verbunden mit einer Nutzung oder dem Erwerb hochwertiger Industriegüter, und den Forderungen nach einem Arbeitsplatz zur Qualifizierung ohne Beeinträchtigung durch die anderen Funktionen (Wohnen, Schlafen, Essen) ist nachzugehen.

■ Der Sektor Dienstleistungen ist weiter auszubauen. Die Fragen der Hausreinigung und der Reinigung der Wäsche sind zu untersuchen und weiter zu bearbeiten.

■ Handelseinrichtungen, kulturelle und gastronomische Einrichtungen sind weiter zu konzentrieren, so daß minimale Wege beim Einkauf entstehen, und kulturelle und gastronomische Einrichtungen sind so zu entwickeln, daß sie zu Zentren des gesellschaftlichen Lebens werden.

■ Die Unterbringung alter Menschen ist so zu lösen, daß „Alters- oder Feierabendheime“ in den Wohnkomplexen untergebracht werden, damit eine Familiennähe ermöglicht wird.

Vergesellschaftung

Die Entwicklungstendenz zum hotelmäßigen Wohnen wird bis 1980 eine wesentliche Rolle spielen. Erst im Zeitraum nach 1975 kann man zu einer neuen Qualität in der Nutzung der Wohnungen und zu einer neuen Qualität der Konsumtionsweise und der Lebensweise gelangen. Es wird zur Zeit noch angezweifelt, ob bis 1975/1980 die Entwicklung insgesamt so weit vorangetrieben werden kann, daß eine vollständige Umstellung möglich ist. Der Entwicklungsprozeß jedoch ist in jedem Falle voranzutreiben.

Städtebau

Der Aufbau der Stadtzentren muß mit einer Neuordnung der Funktionen verschiedener gesellschaftlicher Einrichtungen erfolgen. Die Zentren der Städte sollen einen großen Anteil Wohnungen enthalten, um die Stadtzentren nicht als „entvölkerte Zentren“ entstehen zu lassen. Das Wohnen in den Stadtzentren wird von den Anwesenden bei entsprechend moderner und technisch einwandfreier Ausstattung der Wohnungen als Vorteil angesehen. Besonders ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung vielgeschossiger Gebäude zu sehen, in denen einige tausend Menschen wohnen und in denen oder in deren unmittelbarer Nähe die entsprechenden gesellschaftlichen Einrichtungen unterzubringen sind.

Experimentalbauten

Die gesamte Entwicklung muß durch Experimentalbauten in „Experimentalfeldern“ untersucht werden. Kritisiert wird bei der derzeitigen Entwicklung, daß Muster- und Experimentalbauten nicht konzentriert, sondern an vielen Stellen (Berlin, Dresden, Frankfurt [Oder], Weimar) für den Wohnungsbau und in anderen Orten für gesellschaftliche Einrichtungen entrichtet werden. Damit ist es nicht möglich, den Gesamtkomplex Wohnungsbau, gesellschaftliche Bauten und Städtebau zu lösen. Experimentalprojekte sind im breiten Kreis zu beraten, zu verteidigen. Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung sind zu führen.

Abschließend wird eingeschätzt, daß dieses Kolloquium eine große Anzahl Gedanken gegeben hat. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, etwa den gleichen Kreis wiederholt zusammenzuführen, um zu Einzelfragen konkreter Vorstellungen entwickeln zu können und die Beziehungen zwischen Architektur und Städtebau einerseits und den verschiedenen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaft und des Gesundheitswesens andererseits weiter auszubauen.

Hermann Henselmann

Bezirksvorstand Dresden beriet über den Postplatz

Der Erweiterte Bezirksvorstand und die Fachgruppe Städtebau berieten am 6. Oktober 1964 die Weiterbearbeitung des Wettbewerbsergebnisses über die städtebauliche und architektonische Gestaltung der Westseite des Postplatzes. Der Bezirksvorstand Dresden empfiehlt nach Kenntnisnahme der Wettbewerbsergebnisse über die Empfehlungen des Preisgerichtes hinaus, für die weitere Bearbeitung der Westseite Postplatz noch folgende Gesichtspunkte zu beachten:

- Der Abstand zwischen dem ersten Wohnhochhaus „Neue Freiburger Straße“ und der Doppelscheibe des Postkomplexes müßte gegenüber dem im Entwurf (1. Preis) gezeigten nach Möglichkeit noch vergrößert werden.

- Aus der Thälmannstraße heraus müßte die Reihung der Hochhäuser im Bogen der „Neuen Freiburger Straße“ noch städtebaulich wirksam sein. Sie dürfte keinesfalls durch die Postbauten verdeckt werden.

- Beim Durchblick von der Austrittsstufe Gemäldegalerie aus dürfen hinter dem Bühnenhaus des Großen Hauses die Hochhausseiben der Post nicht sichtbar werden, damit keine weitere Überschneidung des Kronentores erfolgt.

- Die Reihung der fünf Hochhäuser an der „Neuen Freiburger Straße“ sollte auf jeden Fall durch ein sechstes ergänzt werden, um die städtebauliche Idee konsequent durchzuführen und dem Hochhaus gleichen Typs in der Rosenstraße die Anbindung an diese Reihung zu geben.

- Die Empfehlungen des Preisgerichtes, daß das Kollektiv der Technischen Universität Dresden, Lehrstuhl Professor Göpfert, vom Projektanten – Bezirksdirektion Deutsche Post, Abteilung Hochbau, Sektor Projektierung – städtebaulich konsultiert wird und

daß dem Preisgericht die ausgearbeitete Konzeption der Aufgabenstellung noch einmal zur Begutachtung vorgestellt werden möchte,

werden sehr begrüßt. Heinrich Rettig

Lehrgang über Dorfplanung in Weimar

In der Zeit vom 27. Oktober bis 29. Oktober 1964 führten das Bezirksbauamt und die Fachgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Erfurt ihren zweiten Qualifizierungskursus in Weimar durch. Als zentrales Thema wurde die Rekonstruktion und Werterhaltung der ländlichen Wohnbaubsubstanz behandelt. Vorbereitet war der Kursus durch die gemeinsame Veranstaltung im September des Jahres, welche die Stellung der Denkmalspflege bei der Rekonstruktion und Werterhaltung in unseren Städten und Dörfern zum Inhalt hatte.

Aufgabe des Lehrganges war es nun, sich über weitere grundsätzliche Fragen klar zu werden und an einem Planungsbeispiel die gewonnenen Erkenntnisse zu erproben.

Der Lehrgangsleitung gelang es, bekannte Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Siedlungs- und Dorfplanung zu gewinnen, die aus ihrer Praxis das Verständnis für die Gesamtproblematik der Siedlungsplanung

auf dem Lande bei den Lehrgangsteilnehmern zu wecken wußten.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Lehrstühle für Städtebau und Entwerfen sowie Ländliches Bauwesen und Entwerfen der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar den Kursus tatkräftig unterstützt haben und die Teilnahme von Studenten ermöglichten.

Der erste Tag des Lehrganges war Vorträgen von Dr. Manger, Dr. Krenz, Dozent Püschel und Dozent Sachs zur Einführung in die Problematik des Planungsbeispiels, zur Siedlungsnetzplanung, zur Planung landwirtschaftlicher Produktionsbereiche und zur Rekonstruktion von Kleinstädten gewidmet.

Am Vormittag des zweiten Tages wurde das Planungsbeispiel, die Gemeinde Berlstadt, besichtigt. Nach einem Vortrag von Professor Till Lammert über die Entwicklung von Typenprojekten für die Landwirtschaft begann dann die Tätigkeit der Arbeitsgruppen an den Studienentwürfen. Am letzten Tag des Lehrganges wurden die Studienentwürfe erläutert, beraten und bewertet sowie Schlußfolgerungen für die weitere Tätigkeit gezogen.

Im Vortrag von Dr. Krenz wurde die Notwendigkeit der Untersuchung unseres Siedlungsnetzgefüges dargelegt. Zwei Hauptaufgaben der Wirtschaftsplanung fordern eine klare Konzeption für die Festlegung von Siedlungsschwerpunkten:

- die Sicherung der Entwicklung der führenden Industriezweige,

- die Orientierung der Landwirtschaft auf industriemäßige Produktion.

Es ist notwendig, die Investitionen in den Bereichen der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung einschließlich im Wohnungsbau auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren und sie damit in ihrer Wirksamkeit zu erhöhen. Dr. Krenz betonte, daß seines Erachtens ein Siedlungsschwerpunkt etwa die Größe von 2500 Einwohnern haben müßte. In dünner besiedelten Gebieten jedoch lassen sich nicht immer Schwerpunkte eindeutig bestimmen. Hier wird die künftige Entwicklung in der Landwirtschaft die Entscheidung herbeiführen.

Dozent Püschel demonstrierte am Beispiel von Untersuchungen, die an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar in den landwirtschaftlichen Produktionsbereichen Magdala, Kreis Weimar, und Niedernissa, Kreis Erfurt, vorgenommen wurden, das System einer künftigen Siedlungsnetzentwicklung, ausgehend von den Erfordernissen der industriemäßigen landwirtschaftlichen Großproduktion. Die Erläuterung des Produktionsbereiches Weißensee, Kreis Sömmerda, vermittelte zugleich den Übergang zu den Ausführungen von Dozent Sachs zu den Vorschlägen einer Rekonstruktion einschließlich Werterhaltung des Zentrums der Kleinstadt Weißensee (3950 EW). Kollegen Sachs gelang es, den Lehrgangsteilnehmern methodische Grundlagen für eine Rekonstruktionsplanung zu vermitteln. Die in kollektiver Arbeit mehrerer Lehrstühle erarbeitete Konzeption sieht einzelne Baustufen vor, wie sie in der Praxis realisierbar erscheinen. Offen blieben hierbei noch eigentumsrechtliche Fragen und die Problematik der Finanzierung.

Professor Lammert setzte sich mit den in den Veröffentlichungen anläßlich der Perspektivplankonferenz des ZK der SED genannten Vorschlägen zur Konzentration der Viehhaltung auseinander. Die Information über die Typisierung kompakter Bauten ließ noch viele Fragen offen wie

- Nutzung der Altbausubstanz,

- Einbeziehung und Mechanisierung vorhandener Produktionsbauten in künftige Großanlagen,

- Futtermittel- und Dungtransporte.

Insgesamt gesehen, vermittelten die durch zahlreiche Lichtbilder ergänzten Vorträge den Anwesenden einen Überblick über den derzeitigen Stand der für die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung wichtigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im ländlichen Bauwesen.

Vom Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung waren vom Planungsbeispiel Berlstadt folgende Unterlagen zusammengestellt worden:

- Programm zur baulichen Entwicklung des Siedlungsschwerpunktes Berlstadt,

- Übersichtskarte 1:25 000 vom landwirtschaftlichen Produktionsbereich,

- Vorschlag zur Flächennutzung 1:5000,

- Karte der Ortslage 1:1000 mit Nutzung und Bauzustand,

- Karte eines Teiles der Ortslage 1:500.

Diese Unterlagen wurden in Mappen den Arbeitsgruppen übergeben. Die Arbeitsgruppen selbst bestanden zur Hälfte aus Mitarbeitern für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in den Stadt- und Kreisbauämtern und zur Hälfte aus Studenten.

Als Aufgaben wurden gestellt:

- Beurteilung der vorgegebenen Flächennutzungsplanskizze 1:25 000,

- Vorschlag für die Lage des künftigen Ortszentrums 1:1000,

- Vorschlag für die Rekonstruktion und Werterhaltung eines Teiles der Ortslage in zwei Etappen.

In der Bearbeitung der Aufgabenstellung entwickelte sich eine fruchtbringende Gemeinschaftsarbeit zwischen Praktikern und Studenten. Trotz der Kürze der Zeit (etwa 5 Stunden) entspann sich ein Wettbewerb, dessen Ergebnisse in Form von sechs, zum Teil stark unterschiedlichen Entwürfen gute Grundlagen bieten für eine weitere dorfplanerische Bearbeitung.

Im abendlichen Kolloquium, zu dem der BDA eingeladen hatte – in dessen Händen die Organisation des Lehrganges lag –, wurden mit reger Anteilnahme die Fragen der Notwendigkeit des Wohnungsbaus auf dem Lande, die Fragen der Konzentration des Bauens sowie funktionelle und gestalterische Probleme erörtert. Die Ergebnisse der Diskussion, über die noch zu berichten ist, gingen in die nachfolgenden Schlußfolgerungen ein:

- Bei allen Investitions-, Rekonstruktions- und Werterhaltungsmaßnahmen sind gründliche Überlegungen der Zusammenhänge im Siedlungsnetz, der Flächennutzung und der baulichen Konzeption der Siedlung Voraussetzung einer sinnvollen dörflichen Entwicklung.

- Alle baulichen Einzelmaßnahmen müssen konsequent genutzt werden, um unsere Siedlungen zu erhalten.

- Die örtlichen Organe des Bauwesens müssen in der Lage sein, die Baumaßnahmen auf dem Lande bezüglich Standort und Kapazität beurteilen und darauf Einfluß nehmen zu können.

- Entsprechend dem Beispiel Weißensee und der Untersuchung am Planungsbeispiel Berlstadt sind planmäßig für die Siedlungszentren in den Kreisen Vorschläge für die komplexe Werterhaltung, Rekonstruktion und Sanierung zu erarbeiten und die entsprechenden Maßnahmen zur Durchführung einzuleiten.

- Der Wohnungsbau auf dem Lande 1963 ist zu analysieren, in welchem Umfange er für die Sicherung landwirtschaftlicher Kader wirksam geworden ist.

- Mit dem Bezirkslandwirtschaftsrat und den Kreislandwirtschaftsräten ist eine wissenschaftlich begründete Perspektivplanung zur Konzentration des Wohnungsbaus auf dem Lande zu entwickeln.

Kurt Weinrich

Aus Leserbriefen

Seit einigen Wochen wird in öffentlicher Diskussion größerer Kreise der Bevölkerung in der Tagespresse zu eigentlich grundsätzlichen Problemen unserer gegenwärtigen und künftigen sozialistischen Architektur Stellung genommen. Es war und ist dort in Frage-Antwort-Gesprächen zu erfahren, warum unsere neuen gesellschaftlichen Einrichtungen, insbesondere die der Gastronomie, teils unzuverlässig, teils zu exklusiv, teils nicht den Bedürfnissen entsprechend ausgestattet sein sollen und warum entscheidende Einrichtungen fehlen oder nicht so vorhanden sind, daß sie den echten Bedürfnissen breiter Kreise der Bevölkerung entsprechen. Es wurden dabei unter anderem Vorstellungen genannt, die sich zum Beispiel die Dekoration der DEFA für das Lindenrestaurant in Berlin, anläßlich der Dreharbeiten für einen Film, für immer wünschenswert (Vorgartenstühle mit kleinen Tischen, unter Markisenüberdachung usw.).

Soweit aber nur der Hinweis auf die Thematik der Veröffentlichungen. Sie sind jedenfalls Ausdruck des Fühlens, Denkens und Wollens der Bürger unserer Stadt und beweisen zumindest die Notwendigkeit, die begonnene Diskussion in Fachkreisen fortzusetzen.

In Anlehnung an die genannte Diskussion haben viele meiner Arbeitskollegen und auch ich die Möglichkeit und die Pflicht, im Rahmen der täglichen Arbeit mit Bürgern und Abgeordneten der örtlichen Volksvertretung über Probleme gleicher Art zu sprechen. Und es zeigt sich dabei stets wiederkehrend, daß das Problem der Beschäftigung, der Freizeitgestaltung, des Lebens nach Feierabend als einer großen gesellschaftsbildenden Kraft insbesondere für unsere Jugendlichen noch nicht annähernd durch unsere Architektur gelöst worden ist. Obwohl schon viele Haupt- und Geschäftsstraßen völlig neu gestaltet wurden, gibt es keine Straße in Berlin, wo sich Menschen aller Schichten, Mentalitäten und Berufsrichtungen ständig einfinden und hingezogen fühlen, um bewußt oder unbewußt unter anderem auch ein Nachtleben sozialistischer Art zu entfalten.

Ich teile diese Meinungen der Bürger prinzipiell. Und weil unsere bisherigen großen Aufbauleistungen außer jedem Zweifel stehen und außerdem noch viel größere Bauvorhaben in den aller nächsten Jahren einer Lösung zugeführt werden müssen, drängen sich die schwebenden Fragen für eine allseitige, fundierte und tiefgründige Diskussion um unsere Architektur und unseren Städtebau auf. Ich persönlich erwarte von einer umfassenden Diskussion zur weiteren Klärung des Wegs unserer gesamten Architektur eine größere Wissenschaftlichkeit und damit im Zusammenhang die Verbesserung der Methoden. Dazu sollten zum Beispiel als Fragen gehören:

■ Wie gestalten sich heute und morgen die Beziehungen der Menschen zueinander?

■ Wie gestaltet sich der ganz normale Feierabend einer berufstätigen Familie zu Hause oder im Rahmen vorhandener oder möglicher gesellschaftlicher Einrichtungen?

Typische und untypische Fälle, die Relationen zueinander und so weiter. Die Rolle der Architektur dabei.

■ Was hat Berlin für eine Jugend, was sind ihre Probleme, was sind dabei die Probleme der Gesellschaft, wie verbringt sie den Feierabend, wie sollte er verbracht werden, welche Rolle spielt dabei die gesamte Architektur?

■ Wo und wie ist das Leben unserer Veteranen organisiert, wie ist ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt, wie wirkt sich das im Städtebau und in der Architektur aus?

■ Die allseitige Rolle der Straßen und der Hofräume im gesellschaftlichen Leben der Menschen und in der Entwicklung der Beziehungen zueinander (auch Erarbeitung von Frequenzzahlen usw.).

■ Wissenschaftliche und damit allseitige Analyse der bestehenden Bausubstanz (z. B. alte und neue Karl-Marx-Allee).

Das Recht und die Pflicht aller Bürger zur Mitarbeit verlangt die Einbeziehung breiter Kreise der Bevölkerung in die Diskussion. Die genannten Punkte sind nur angedeutet, wenn auch drängend, und erheben deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Einbeziehung der beruflich nicht ausgebildeten Bürger in die Diskussion verlangt neue Wege

und Methoden der engeren Bindung an die Fachprobleme:

■ Erläuterung der Konzeptionen ... in der Tagespresse und breite öffentliche Diskussion

■ Bildung von Diskussionszirkeln interessierter Bürger (Leser) zur Klärung schon spezieller Probleme

■ Bildung von Diskussionskollektiven, bestehend aus Journalisten, Bürgern aller Berufsgruppen und Architekten und Veröffentlichung der Diskussion in illustrierten Zeitungen (z. B. nach der bewährten Methode der NBI)

■ Gemeinsame Beratungen von Vertretern der „Deutschen Architektur“ und bestimmten Zeitungen und Zeitschriften zur Vorbereitung, Koordinierung und Auswertung der Diskussion

■ Gleichzeitige Diskussion in der „Deutschen Architektur“

■ Diskussion und Auswertung in der Deutschen Bauakademie

■ Vergeben von Forschungsaufgaben zu den oben genannten Punkten an sozialistische Kollektive, Arbeitsgemeinschaften oder ehrenamtliche Arbeitsgruppen des BDA und der KDT

■ Ausschreibung von Wettbewerben zur Verbesserung der gesellschaftlichen Substanz bestehender Bauensembles und so weiter

Betrachten Sie bitte dieses Schreiben als einen Versuch, Ihnen praktisch in kurzen Zeilen die Gedanken einiger Bürger und Kollegen Architekten darzulegen, denen die Bebauung Berlins und die Entwicklung unserer sozialistischen Architektur nicht gleichgültig ist.

In Erwartung einer Stellungnahme von Ihnen ist die Bereitschaft vorhanden, das hiermit begonnene Gespräch in mündlicher Form fortzusetzen und bei geeigneten Ergebnissen jede mögliche Unterstützung zu geben.

Dipl.-Ing. Joachim Dobbrick, Berlin

P. S.: Als Mitglied des Bundes Deutscher Architekten habe ich mir erlaubt, eine Durchschrift dieses Schreibens zusammen mit einem Anschreiben an die Bezirksgruppe des BDA zu versenden.

Kollege Dobbrick spricht uns aus dem Herzen. Es sind brennende, nicht nur die Architekten und Städtebauer bewegende Fragen, die hier aufgeworfen werden, Fragen, die sich nicht im Selbstlauf lösen. Professor Schneidrat hat schon mit seinem Beitrag im Heft 11/1964 auf einige ernste Mängel hingewiesen, deren Ursache hauptsächlich darin zu sehen ist, daß die Diskussion mit den Nutzern der Bauten nicht rechtzeitig und nicht gründlich genug geführt wurde. Aber auch unter den Architekten vermissen wir das Gespräch, den kritischen Meinungsstreit über unsere Arbeit, unsere Projekte und Bauten.

Fast in jedem Heft unserer Zeitschrift stellen wir Projekte, Bauten und Gedanken zur Diskussion, aber das Echo ist noch zu gering. Um so mehr freuen wir uns, daß jetzt aus dem Leserkreis der Wunsch laut wird, das Gespräch über dringende Fragen unserer Architekturentwicklung wieder in Fluß zu bringen. Die „Deutsche Architektur“ wird dabei sein und mit Berichten, Fragen, Meinungen und Standpunkten dieses Gespräch nach Kräften fördern.

Unsere Leser haben das Wort! red.

Beim Studium des Heftes 7/1964 fiel uns auf, daß mehrmals auf den Seiten 396 und 420 statt des richtigen Begriffs Wärmedämmung beziehungsweise Schalldämmung oder Schalldämpfung immer von Wärmeisolierung beziehungsweise Schallsolierung gesprochen wird. Diese Begriffe sind längst überholt! Wir meinen, daß in einer Zeitschrift wie die „Deutsche Architektur“ solche Fehler nicht gehäuft auftreten dürften. Während der Ausbildung legen wir großen Wert auf die richtige Anwendung feststehender Begriffe wie zum Beispiel Sperrung, Dämmung, Dichtung, Isolierung. Isoliert werden Kranke (mit ansteckenden Krankheiten) von Gesunden und der elektrische Strom. Wärme wird gedämmt. Ebenso ergreifen wir Schalldämmungsmaßnahmen und so weiter.

Wir empfehlen Ihnen, zukünftig auf eine exakte Verwendung solcher Begriffe zu achten.

Deutsche Bauakademie
Zentralstelle für Berufsbildung und Studienmaterial,
Abteilung Weiterbildung und Fachschulingenieurausbildung
Dipl.-Ing. Fuchs
Dipl.-Ing. Mönck

Die Kritik wird anerkannt. Wir werden uns künftig vor solchen Fehlern hüten. red.

An unsere Leser

An alle Betriebssektionen des BDA

Wenn ein neues Jahr beginnt, werden gern in besinnlicher Stunde gute Vorsätze gefaßt: sich das Rauchen abzugewöhnen, ab morgen zu sparen und so weiter — kurz sich zu bessern. Wir schließen uns davon nicht aus. Auch das alte Sprichwort, daß „der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert“ sei, hat uns nicht abgehalten, den Vorsatz zu fassen, unsere Zeitschrift in Inhalt und Form zu verbessern, für eine pünktliche Auslieferung zu sorgen und einen engeren Kontakt mit unseren Lesern herzustellen. Wir möchten nicht, daß es bei dem Vorsatz bleibt. Deshalb wenden wir uns heute an Sie, verehrte Leser, und ganz besonders an die Betriebssektionen des BDA mit der Bitte, uns mit Ihren kritischen Hinweisen zu unterstützen. Wir möchten an Sie einige Fragen richten, deren Beantwortung für unsere Arbeit von Bedeutung ist:

■ Lesen Sie die Zeitschrift nur aus allgemeinem Interesse, oder ist sie Ihnen für Ihre Tätigkeit von Nutzen?

■ Welche Themen oder Beiträge vermissen Sie?

■ Welche Beiträge des Jahres 1964 waren Ihnen für Ihre Tätigkeit nützlich, haben Ihnen Anregungen gegeben oder haben Ihnen ganz einfach gefallen?

■ Welcher Beitrag des Jahres 1964 gefiel Ihnen inhaltlich am besten?

● Welche Beiträge gefielen Ihnen nicht?

■ Soll die Form der Zeitschrift beibehalten werden, oder halten Sie Veränderungen für wünschenswert?

■ Welches Heft oder welcher Beitrag des Jahres 1964 gefiel Ihnen in der Form am besten?

■ Welches Titelbild empfanden Sie als besonders anziehend oder treffend für den Charakter der Zeitschrift?

■ Durch welche Veränderungen könnte der Leserkreis der Zeitschrift erweitert werden?

■ Möchten Sie selbst durch Beiträge oder in anderer Weise an der Gestaltung der Zeitschrift mitwirken?

Wir hatten ursprünglich die Absicht, Ihnen die Beantwortung dieser Fragen sehr leicht zu machen und einfach eine Karte mit den Fragen beizufügen. Wir möchten jedoch Ihre Meinung und Kritik mit unseren Fragen nicht einengen. Vielleicht wollen Sie auch nur zu einer Frage, aber dafür ausführlicher, Stellung nehmen. Wir möchten jedes Schema vermeiden und freuen uns über jeden Hinweis, der dazu ansetzt, unsere Arbeit zu verbessern. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme bis zum 15. Februar 1965 zusenden würden. Dann wird jedoch unser Briefkasten nicht verschlossen. Er ist für Sie immer offen. Wir freuen uns jederzeit über Ihre Zuschriften und verschließen uns auch nicht Ihren Sorgen und Fragen. Kommen Sie auch ruhig selbst einmal zu uns in die Redaktion.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht versäumen, Ihnen für Ihr bisheriges Vertrauen zu unserer Zeitschrift zu danken und Ihnen viel Freude und Erfolg bei Ihrer Tätigkeit zu wünschen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Redaktion

Gebhard Schreyer

Walter Stielitz

Ekkehard Feige

Spezial-Fußböden Marke „KÖHLIT“



als schwimmende Estriche in verschiedenen Ausführungen mit besten schall- und wärmedämmenden Eigenschaften sowie Industriefußböden, Lino-leumestriche und Kunststoffbeläge verlegt

STEINHOLZ-KÖHLER KG (mit staatl. Beteiligung)
111 Berlin, Blankenburger Straße 85-89
Telefon 48 55 87 und 48 38 23

Walter Schenk

Erscheint März 1965

Die Schrift im Malerhandwerk

Etwa 144 Seiten, 140 Bilder, 33 Tafeln

Halbleinen

etwa 18,— MDN

5. Auflage

PHONEX und RAUMA

für akustik und lärm bekämpfung ein-schließlich entwicklung, projektierung, produktion und montage durch



horst f. r. meyer kg

112 berlin, max-steinke-straße 5/6
tel. 563188, tel. 646631



Wir produzieren für die Bauindustrie:

Industrie-, Stall- und Kellerfenster

Kabelabdeckhauben
Kellersinkkästen
Schachtringe
Sohlbänke mit Lüftungskappen

Konen
Gehwegplatten
Rasenkanntsteine

BETONBAU OSTHARZ

Erhard Mundt KG, 3607 Wegeleben — Tel. 2 34 / 2 36

Schiebefenster, Hebetüren

sowie alle Fenster-konstruktionen aus Holz

PGH Spezial-Fenster- und Türenbau

7112 Gaschwitz bei Leipzig
Gustav-Meisel-Straße 6
Ruf: Leipzig 39 65 96

Brücol -Holzkitt flüssiges Holz

Zu beziehen durch die Niederlassungen der Deutschen Handelszentrale Grundchemie und den Tischlerbedarfs-Fachhandel. Bezugsquellenachweis durch:
Brücol-Werk Möbius,
Brückner, Lampe & Co.
7113 Marktleiberg-Großstädteln

Gerhard Heroldt

Industrieller Wohnungsbau

Band II: Plattenbauweise

184 Seiten, 137 Abbildungen, 24 Tafeln
Leinen

18,50 MDN

Ihre Bestellungen richten Sie bitte an den örtlichen Buchhandel oder direkt an den Verlag

VEB Verlag für Bauwesen · Berlin W 8

Das Werk behandelt nach der Darstellung der Grundsätze der Industrialisierung des Bauens die konstruktiv-statischen und bauphysikalischen Probleme der Plattenbauweise. An vielen Beispielen wird ein Überblick über die Konstruktionselemente unter Beachtung ihres Komplettierungsgrades gegeben. Besonders ausführlich werden die Verbindungen und Fugen im Montagewohnungsbau behandelt. Ein größerer Abschnitt umfaßt die Vorfertigung von großformatigen Elementen, die Fertigungsverfahren und die Fertigungsstätten. Im Abschnitt über die Montage wird vor allem der Schnellbaufießfertigung von Wohnbauten breiter Raum gegeben.

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 MDN beim Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Beton

532 Apolda, W. Cyliax, Beton und Stahlbeton, Bauelemente, Telefon 9 79
Beton-Stall- und -Kellerfenster.
kompl. DDR · GM

Fußbodenpflege



46 Lutherstadt Wittenberg, VEB Wittol, Wittol braucht man zur Fußbodenpflege, Wittol-Bohnerwachs Wittol - Edelmwachs, Wittol - Emulwachs, Wittol - Selbstglanz

Glasdachziegel

5214 Gräfenroda, VEB Glaswerk

Wir liefern: Glasdachziegel
Glasbausteine
Betongläser
(Prismenplatten)

Modellbau

99 Plauen, Wolfgang Barig
Architektur- und Landschafts-Modellbau
Technische Lehrmodelle und Zubehör,
Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Mechanische Wandtafeln



5804 Friedrichroda
Ewald Friederichs,
Mech. Wandtafeln
Tel. 3 81 und 3 82

Neonlichtwerbung

9037 Karl-Marx-Stadt, Rudolf Kreyssel KG, liefert Neonwerbeanlagen, Schilder aller Art, Metallbuchstaben, Spiegel
Zwickauer Straße 109, Ruf 3 40 12

Sonnenschutzrollos



5804 Friedrichroda
Ewald Friederichs,
Sonnenschutzrollos
Tel. 3 81 und 3 82

Kunsthandwerk

922 Oelsnitz, Melanchthonstraße 30
Kurt Todt, echte Handschmiedekunst,
Türbeschläge, Laternen, Gitter

Teppiche



6505 Münchenbernsdorf (Thür.)
VEB Thüring. Teppichfabriken
Wir fertigen:
Teppiche
Läufer
Vorlagen
Brücken
aus Bouclé und außerdem
Schlingenpolware ranowa

Verdunkelungsanlagen



5804 Friedrichroda
Ewald Friederichs,
Verdunkelungsanlagen
Tel. 3 81 und 3 82

Fritz Menz

Kinderkrippen — Kindergärten

Um- u. Ausbau vorhandener Gebäude

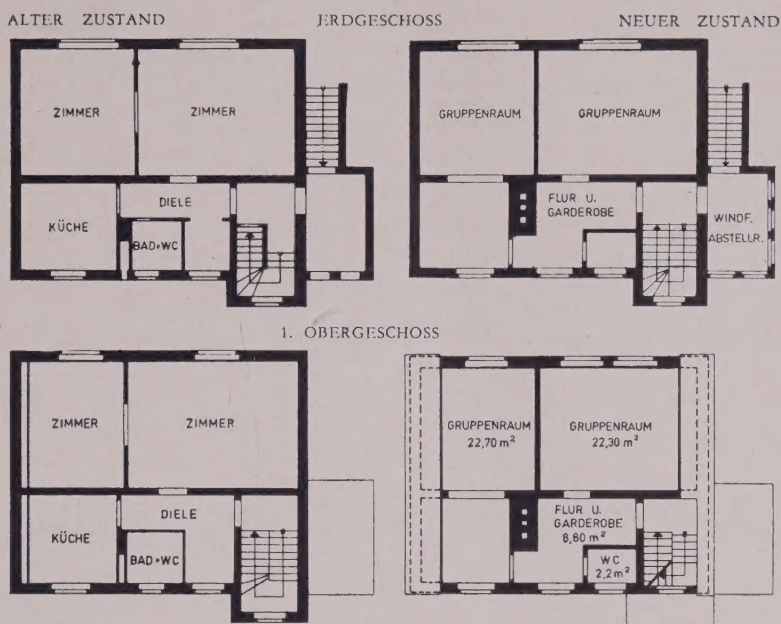
VEB Typenprojektierung bei der
Deutschen Bauakademie

67 Seiten, 43 z.T. farbige Bilder,
kartoniert 2,50 MDN

Der Autor gibt Vorschläge zur Nutzung von Altbauten für die so dringend notwendigen Einrichtungen zur Entlastung der werktätigen Frauen. Durch zahlreiche Illustrationen, veranschaulichende Zeichnungen und nicht zuletzt durch ihre gefällige Aufmachung wendet sich die Veröffentlichung an breite Schichten und ist bei der immer bedeutungsvoller werdenden komplexen Erneuerung der Altbausubstanz eine wertvolle Hilfe.

Schriftenreihe „Unser Rat — eure Tat“
Bezug durch das Buchhaus Leipzig

Soeben erschienen



DEUTSCHE BAUINFORMATION · BERLIN

Prof. Dr.-Ing. habil. E. HAMPE

VORGESPANNTE KONSTRUKTIONEN

THEORIE
TECHNOLOGIE
KONSTRUKTION

BAND I 416 Seiten, 307 Abbildungen, 93 Tafeln
Leinen 48,— MDN

BAND II (erscheint im August 1965)
etwa 320 Seiten, 420 Abbildungen, 70 Tafeln
Leinen etwa 48,— MDN

Beide Bände behandeln die Theorie und die Anwendung vorgespannter Konstruktionen und vermitteln durch zahlreiche Ausführungsbeispiele ein umfassendes Bild von den Möglichkeiten des Einsatzes. Behandelt werden u. a. Industrieböden, Behälter, Rohre, Talsperren, Straßen, Rollbahnen, Senkkästen, Massenbauteile für den Hochbau, Schwellen, Stäbe, Maste, Pfähle. Ein weiterer Abschnitt befaßt sich mit dem Verhalten unter besonderen Bedingungen, wie Stabilitätsprobleme, Schwingungsverhalten, hohen Temperaturen u. a. Untersucht wird ferner die Wirtschaftlichkeit vorgespannter Konstruktionen. Zahlreiche Literaturangaben sind im Gesamtwerk enthalten.

Interessenten:

Statiker, Konstrukteure, Projektanten, Technologen,
Bauleiter, Dozenten, Hochscholstudenten

Richten Sie bitte ihre Bestellungen an den örtlichen
Buchhandel oder direkt an den Verlag.



VEB VERLAG FÜR BAUWESEN · 108 BERLIN

KARL SCHMIDT

KOMPAKTE INDUSTRIEGEBÄUDE

ERSTER BAND

GRUNDLAGEN

ENTWURF

Die bisher in der Wissenschaft und Praxis gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse über kompakte Industriegebäude werden in diesem Buch zusammenfassend einem breiten Interessentenkreis zugänglich gemacht.

Es ist leicht verständlich geschrieben und trägt dazu bei, daß alle am Industriebau Beteiligten, besonders aber die Ingenieure der Projektierungsbüros und der Industrieaufbetriebe sowie alle Industrietechnologen, die Prinzipien und Vorteile der kompakten Industriegebäude und ihrer kombinierten Nutzung erkennen und richtig anwenden.

Aus dem Inhalt:

Die industrielle Großproduktion
Arbeitspsychologie
und Arbeitsphysiologie
Entwurfslösungen
Die wichtigsten Nebenfunktionen
im kompakten Industriegebäude

188 Seiten · 114 Abbildungen
28 Tafeln · Halbleinen 17,90 MDN



Ihre Bestellungen richten Sie bitte
an den örtlichen Buchhandel oder
direkt an den

VEB Verlag für Bauwesen,
Berlin W 8,
Französische Str. 13/14